

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stangisch, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 80 A.

Inhalt: Unfallversicherungs-Statistik. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahnungen, Differenzen. Bekanntmachung des Vorstandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Jahresberichte der Gewerkschaften: GdM u. A. M., Dornmünd. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissions usw. — Aus anderen Verufen. — Abrechnung des Zentralverbandes der Maurer für das vierte Quartal 1905. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Unfallversicherungs-Statistik.

I.

Das Reichs-Versicherungsamt hat dem Reichstage seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1905 vorgelegt. Wir geben daraus eine allgemeine kurze Uebersicht. Es standen im Berichtsjahre zum Zweck der Durchführung der Unfallversicherung:

1. Berufs-Genossenschaften: 66 gewerbliche mit 619 449 Betrieben und 7 849 170 versicherten Personen; 48 land- und forstwirtschaftliche mit 4 658 892 Betrieben und 11 189 071 versicherten Personen. Insgesamt 114 Berufs-Genossenschaften mit 5 278 341 Betrieben und 19 038 191 versicherten Personen.

2. 204 Reichs- und Staats-Ausführungsbehörden für Reichs- und Staatsbetriebe mit 750 384 versicherten Personen; 312 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden mit 87 460 versicherten Personen. Insgesamt 616 Ausführungsbehörden mit 837 834 versicherten Personen.

Hiernach waren fast 19,9 Millionen Personen gegen Unfall versichert, wozu noch die bei den 14 Versicherungsanstalten der Baugewerks-Verufs-Genossenschaften, der Tiefbau- und der See-Verufs-Genossenschaft kommen. Jedoch ist zu beachten, daß in der Gesamtzahl, die auch alle versicherten landwirtschaftlichen Unternehmer, sowie die landwirtschaftlich im Nebenberufe beschäftigten Personen umfasst, etwa anderthalb Millionen solcher Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert gewesen sind.

Im Jahre 1905 betrug nach einer vorläufigen Ermittlung die Zahl aller bei den Berufs-Genossenschaften, Reichs-, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden zur Anmeldung gelangten Unfälle 609 024, die der erstmalig entrichteten Unfälle 141 277.

Von besonderem Interesse ist ein Nachweis der Steigerung der Entschädigungssumme seit dem Inkrafttreten der Unfallversicherung. Die im Jahre 1905 verausgabten Entschädigungen (Menten usw.) betrugen nach einer vorläufigen Ermittlung M. 136 906 112

gegen M. 1864/1740 im Jahre 1904,	
„ 117246500 „ 1903,	
„ 107443326 „ 1902,	
„ 98555869 „ 1901,	
„ 88649946 „ 1900,	
„ 78680633 „ 1899,	
„ 71108729 „ 1898,	
„ 63973548 „ 1897,	
„ 57154398 „ 1896,	
„ 50125782 „ 1895,	
„ 44281736 „ 1894,	
„ 38163770 „ 1893,	
„ 32340178 „ 1892,	
„ 26426377 „ 1891,	
„ 20315320 „ 1890,	
„ 14464303 „ 1889,	
„ 9681447 „ 1888,	
„ 5932930 „ 1887 und	
„ 1915366 „ 1886	

Selbstverständlich ist seit 1886 in demselben Verhältnis auch die Zahl der Versicherten gewachsen. Und überdies ergibt die Steigerung jeder Ausgaben sich aus der Dauer des Rentenbezuges durch Verletzte und Hinterbliebene.

Entschädigungen (Menten usw.) wurden im Jahre 1905 gezahlt oder angewiesen auf:
812817 Verletzte,

69698 Witwen (Witwer) Getöteter,
100563 Kinder und Enkel Getöteter,
3805 Verwandte der aufsteigenden Linie Getöteter.
daneben erhielten ferner im Jahre 1905:
14600 Ehefrauen (Ehemänner),
33015 Kinder und Enkel und
275 Verwandte der aufsteigenden Linie.

als Angehörige von Verletzten, welche in Geisland untergebracht waren, die gesetzlichen Unterhaltungen, so daß im Berichtsjahre zusammen 1 634 773 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung zu teil geworden sind.

Ueber die Anstellung von technischen Aufsichts-Beamten zur Ueberwachung der versicherten Betriebe enthält der Bericht folgende Nachweisungen: Von den 66 gewerblichen Berufs-Genossenschaften des Deutschen Reichs hatten am Schlusse des Berichtsjahrs 60 Berufs-Genossenschaften (gegen 59 im Vorjahre) 268 technische Aufsichts-Beamte (gegen 250 im Vorjahre) angestellt. 200 dieser Beamten (gegen 180 im Vorjahre) übten mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts beziehungsweise der zuständigen Landes-Versicherungsämter gleichzeitig die Funktionen von Rechnungs-Beamten aus.

Von den 268 Beamten waren 11 bei zwei oder mehreren, insgesamt bei 28 Berufs-Genossenschaften tätig, so daß am Schlusse des Berichtsjahrs im ganzen 251 Personen (gegen 235 im Vorjahre) als technische Aufsichts-Beamte bei den 60 Berufs-Genossenschaften beschäftigt waren.

Die Zahl der technischen Aufsichts-Beamten ist bei den 10 dem Reichs-Versicherungsamt unterstellten Baugewerks-Verufs-Genossenschaften während des Berichtsjahrs von 65 auf 72, bei allen 12 deutschen Baugewerks-Verufs-Genossenschaften von 70 auf 83 gestiegen.

Dieser Steigerung der Zahl der Aufsichts-Beamten ist eine nennenswerte Bedeutung nicht beizumessen. Ueberhaupt ist ja das Berufs-Genossenschaftliche Aufsichts-Beamtentum für die Frage der Unfallversicherung nahezu ganz belanglos. Was können denn 268 Aufsichts-Beamte in der Ueberwachung der 619 449 gewerblichen Betriebe mit 7 849 170 versicherten Personen leisten? Auch diese Nachweisung wieder läßt die Notwendigkeit einer gründlichen und umfassenden Ausgestaltung der Betriebskontrolle unter Heranziehung von Arbeitervertretern erkennen. Besonders bei den Baugewerks-Verufs-Genossenschaften, deren Betrieb nicht auch wie die anderen Gewerbe der Inspektion der Gewerbe-Aufsichts-Beamten unterliegen.

Ueber Unfallversicherung und Alkoholgenuss spricht der Bericht sich wie folgt aus:

„Erheblichste Ursache für den Alkoholmißbrauch die Unfallhäufigkeit in ungünstiger Weise. Die Unfallfolgen heißen bei den durch Alkoholmißbrauch in ihrer Widerstandsfähigkeit geschwächten und an den körperlich und geistig schädigenden Wirkungen des Alkohols erkrankten Personen schwerer und entwickeln sich ungünstiger als bei Gesunden. Die Träger der Unfallversicherung haben daher unter dem Gesichtspunkte der Unfallverhütung allen Anlaß, die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs in den Bereich ihrer Unfallverhütungsvorrichtungen zu ziehen.“

Das Reichs-Versicherungsamt hat eine Zusammenstellung der auf das Verbot der Beschäftigung betrunkenen Arbeiter, den Genuss geistiger Getränke usw. bezüglichen Bestimmungen der Unfallverhütungsvorchriften der gewerblichen und der land- und forstwirtschaftlichen Berufs-Genossenschaften, nach dem Stande der bis zum Beginn des Jahres 1906 erlassenen Vorschriften im Reichs-Arbeitsblatt (1905 Nr. 12 S. 1046 ff.) veröffentlicht. Die Vorschriften beziehen sich auf die Ausweisung von Betrunknen aus der Arbeitstätte; die Nichtzulassung von Arbeitern, die an Trunksucht leiden, zu gefährlicheren Arbeiten; das Verbot des Mitbringens, des Verkaufs oder des Genusses alkoholischer Getränke auf der Arbeitstätte und die Verpflichtung der Arbeitgeber, für geniesbares Trinkwasser Sorge zu tragen.

Im Berichtsjahre sind auf den Alkoholgenuss bezügliche Unfallverhütungsvorchriften der Papiermacher-, der Hanoberischen

Baugewerks- und der Bageri-Verufs-Genossenschaft sowie von 14 land- und forstwirtschaftlichen Berufs-Genossenschaften vom Reichs-Versicherungsamt neu genehmigt worden. Die Anregung bei der Brauerei- und Mälzerei-Verufs-Genossenschaft, auf die Freibergergewährung in Brauereibetrieben beschränkt einzutreten, hat zu einem Erfolge noch nicht geführt; dagegen ist von dieser Berufs-Genossenschaft der Brauntweinergenuß bei der Arbeit in einem Nachtrage zu ihren Unfallverhütungsvorchriften verboten worden, und dieser Nachtrag hat die Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts erhalten.

Ohne Zweifel, der Alkoholmißbrauch steigert die Unfallgefahr. Aber das Reichs-Versicherungsamt würde gut tun, sich auch einmal um die Feststellung der Ursache dieser besagten werten Erscheinung zu bemühen. Alkoholmißbrauch ist, wie die tägliche Erfahrung lehrt, in sehr vielen Fällen eine ganz direkte Folge übermäßiger Arbeitsleistung, wie sie besonders mit der wild und rücksichtslos betriebenen Akkordarbeit gegeben ist. Und abgesehen davon bringt diese Akkordarbeit an sich schon eine erhebliche Steigerung der Unfallgefahr mit sich. Es würde sich schon der Mühe verlohnen, auf diese darüber Erhebungen anzustellen und zwar hauptsächlich und in erster Linie bei den Arbeitern, nicht nur bei den Unternehmern und ihren Angestellten.

Politische Umschau.

Im Reichstage wurde gelegentlich der dritten Beratung einiger Nachtragskassen für Südwestafrika und Kamerun das Kolonial- und Innen- einer scharfen Kritik von Seiten der Arbeiter fast aller Parteien unterzogen. Am gründlichsten gingen die sozialdemokratischen Redner zu Werke. Zur Sprache kam u. a. die geradezu fantastische Dienstreue, die der frühere Gouverneur in Kamerun, Jesso v. Puttkamer, ein Nachkomme des berühmten preussischen Polizeiministers v. Puttkamer, der den Sozialdemokraten gegenüber immer von „Moral“ triefte, getrieben hat. Herr Jesso hatte den „guten Geschmack“, sich von Berlin eine Dame der Halbwelt, die er als „Gosine“ ausgab unter dem falschen Namen „Gräfin v. Eardorff“, auf den er auch ihren Paß fälschte, mit nach Kamerun zu nehmen. Er hat dort ohne Scheu vor seinen Untergebenen und der öffentlichen Meinung mit dieser „Gosine“ der freien Liebe geschuldet, wie das bei den „Besten der Nation“ und anderen Kaiserlichen Herren von Bildung und Wesig als „hansbrettsmäßige Passion“ so üblich ist. Weiter wird Jesso beschuldigt, sich schlimmer Ungerechtigkeiten, Gewalttaten höchst bedenklicher Art, gegen die sogenannten „wildes“ Eingeborenen schuldig gemacht zu haben. Die Erfahrung lehrt ja, daß alle Kolonialpolitik immer mehr oder weniger eine Politik der rohesten Gewalt, der Brutalität, oft gerade der Bestialität war. Natürlich immer im Namen der „Kultur“ und des „Christentums“! Offenlich wird Herr Jesso zur strengsten gerichtlichen Verantwortung gezogen und gebührender bestraft, als vor einigen Jahren gewisse andere Kolonialhelden, der Gänge-Beters, der Möderer Prinz Prosper v. Arenberg zc.

Am letzten Schwermertage, Mittwoch, den 21. März, beriet der Reichstag folgenden Antrag des antilemischen Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und Genossen:

„Die verbündeten Regierungen werden ersucht, durch Vermittelung des Reichsanlages des Innern Maßnahmen der Bundesregierungen herbeizuführen, wodurch die allen Reichsangehörigen durch Bundesgesetze und den § 17 des Reichswahlgesetzes gewährleistete Versammlungsfreiheit wirksam vor gewaltsamen Störungen geschützt ist.“

Es war ohne weiteres klar, daß dieser Antrag dazu dienen sollte, einen gefälligen Vorstoß gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen. In seiner Begründung entsprach denn Herr Liebermann von Sonnenberg jeder Voraussetzung: Er motivierte sein Vorgehen mit der Behauptung, daß die Sozialdemokraten gegenwärtig Verammlungen durch Standal begünstigten. Von sozialdemokratischen Rednern wurde demgegenüber festgestellt, daß diese Vergewaltigungsprogras besonders bei den Antilemisten und anderen Ordnungspolitikern zu finden sei. Mit Recht bemerkte der Abgeordnete Bernstein, wenn der Antrag wirklich nur den Zweck hätte, die Versammlungsfreiheit sicher zu stellen, so würde er keine energischeren Verteidiger gefunden haben, als die Sozialdemokratie. Denn gerade sie hätte diese Freiheit hoch und wolle der Niedersticht in Versammlungen den höchsten Schutz gewähren. Aber das Ziel des Antrages sei, die Versammlungsfreiheit zu beschränken. Zutreffend meinte der freilemische Abgeordnete Schrader gegenüber der Anregung der Antragsteller: „Es müsse bestimmt ausgesprochen werden, daß der Vorliegende unter allen Umständen das Hausrecht besitzt und daß die aufstehenden Beamten verpflichtet seien, auf Wunsch des Vorliegenden zusehender Personen festzusetzen und eventuell zu entfernen“; die Durch-

führung dieser Bestimmung würde darauf hinauslaufen, den Vorständen zum Polizeibeamten zu machen.

Der Antrag erfuhr das verdiente Schicksal der Ablehnung gegen die Stimmen der Antikemilien, Konfessionspartei und eines Teiles der Reichspartei.

Einen **Seimarbeiter-Gesetzentwurf** hat bekanntlich kürzlich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags eingebracht. Unter dem unabweisbaren Eindruck der Bedeutung dieser Frage sind die bürgerlichen Parteien nacheinander dem von den „Unflüglern“ gegebenen Beispiel gefolgt, indem sie entsprechende Anträge stellten. Die freisinnige Volkspartei stellt das abschließende Verlangen, zwecks Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Abschaffung von Mißständen in der Seimarbeit erst eine Enquete zu veranstalten. Als ob diese Mißstände nicht bereits allgemein bekannt wären! Der zweite Antrag ist von Vertretern des Zentrums, der Nationalliberalen, der Freikonservativen, der Konfessionspartei, der freisinnigen Vereinigung, der Reformpartei, der Polen und der Wirtschaftlichen Vereinigung gemeinsam eingebracht. Er bietet, im Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Antrag, fast nur Halbmheiten und mangelhafte Bestimmungen oder vielmehr „Gefühlsphrasen“, nach denen die Regierung bei „möglichst baldiger“ Vorlage eines Gesetzentwurfs sich richten soll. Gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Entwurf fordert er Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Seimarbeit, Verbot gesundheitsgefährlicher Betriebe, Ausdehnung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung auf die Hausindustrie. Zusammengefaßt würde auch die Annahme dieses Entwurfs einen Fortschritt bedeuten.

Auf die großartigen Massenemonstrationen, die am 21. Januar und am 18. März d. J. die Sozialdemokratie in Preußen gegen das **Dreiklassenwahlrecht** und für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum Landtag unternahm, hat die preussische Regierung am 22. März eine Antwort gegeben, die sich geradezu wie eine Verhöhnung des Volkes ausnimmt. Sie ließ dem Abgeordneten eine Vorlage zugehen, die eine neue Wahlkreisverteilung bezweckt. Das ist die ganze „Reform“. Die Grundlage des bestehenden Wahlrechts, das Dreiklassensystem, der indirekte Charakter und die Differenzierung der Stimmabgabe werden nicht angefaßt. Selbst das leitende nationalliberale Organ, die „National-Zeitung“ erklärt:

„Die Vor schläge charakterisieren sich im wesentlichen nur als kleine Ausbesserungen; eine Wahlreform kann man das bei dem besten Willen nicht nennen. Die Tendenz des Antrages geht in der Hauptsache dahin, bei den nächsten Wahlen eine Obstruktion der Sozialdemokratie, wie sie schon 1903 vielfach beabsichtigt und hier und da auch gescheitert wurde, von vornherein unmöglich zu machen.“

Aber die Sozialdemokratie wird nicht aufhören, das Dreiklassenwahlrecht zu bekämpfen und für das Volkes Recht einzutreten.

Bei der am 20. März vollzogenen **Reichstagswahl** im Kreis Kaiserslautern erhielt der sozialdemokratische Kandidat **Klement** 7568 Stimmen (Schmidt (Vereinigter Liberaler) 7565 Stimmen, Meißner (Bund der Landwirte) 6597 Stimmen und Kempf (Zentrum) 7784 Stimmen. Bei der Wahl 1903 erhielten die Sozialdemokraten im ersten Wahlgang 7009, die Freisinnigen 8024, das Zentrum 4228, Bund der Landwirte 6114 Stimmen. Die sozialdemokratische Stimmengruppe ist recht erheblich, sie beträgt 559 Stimmen. Klement kommt demnach mit dem Liberalen in Schwachwahl. Allerdings hätte der liberalen Kandidaten durch Unterstützung der übrigen Ordnungsparteien der Sieg sicher sein.

Die **Reichstagsfraktion der freisinnigen Volkspartei** hat am 20. März abermals einen Verlust erlitten. Der Abgeordnete **Julius Ratzmann**, Vertreter des Wahlkreises Altmühl-Jochheim, starb an den Folgen eines Schlaganfalls. Politisch rechnete er sich teils zur bürgerlichen Demokratie; auf sozialpolitischem Gebiete teilte er so ziemlich den Standpunkt Eugen Richters. Der Sozialdemokratie hat er als Vertreter in großen und schwierigen Prozessen dinst, besonders während des Sozialistengesetzes, schätzbare Dienste geleistet. Im Wahlkreise Altmühl-Jochheim hat also eine Ergänzungswahl stattgefunden.

Die **Opposition katholischer Arbeiter** gegen die in Wahrheit arbeitende Politik des Zentrums tritt immer schärfer hervor. Trägt doch die „regierende Partei“, deren Wahlzettel heutzutage für Wahrheit, Freiheit, Recht lautet, hauptsächlich mit der Verantwortung für die sozialwucherliche Zerstörung der Lebensmittel, unter der die christlichen Arbeiter, besonders auch die der industriellen Bezirke Rheinlands und Westfalens nicht minder schwer zu leiden haben, als ihre „gottlosen“ sozialdemokratischen Klassenverfechter. Auch in den Kreisen des christlichen Proletariats erkennt man mehr und mehr, daß die agrarische Zoll- und Steuerpolitik, der das Zentrum zum Siege verholfen hat, nicht, wie dem Volke vorgeschwemmt worden ist, dem „Schutze der nationalen Arbeit“ dient, sondern im Gegenteil unserem ganzen wirtschaftlichen Leben die schwersten Schädigungen zufügt.

Jetzt ist in den christlichen Gewerkschaften am Niederrhein ein Flugblatt in zehntausenden von Exemplaren verbreitet worden, in dem u. a. folgendes ausgesprochen wird: „Vor nahezu sieben Jahren erging der Ruf an die Arbeiter: Organisiert Euch! In Scharen strömten die christlichen Arbeiter herein, um sich in der Berufsorganisation zusammenzuschließen. In vielen wirtschaftlichen Kämpfen haben die Arbeiter selbst gegen ihre Arbeitgeber, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, zusammengegriffen, und manche Erfolge sind der gewerkschaftlichen Organisation zu verdanken. Aber nun einmal die Gegenwehr. Was nützt es den Arbeitern, wenn sie durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß 5 pZt. Lohnsteigerung erhalten, ihnen aber auf anderem Gebiete um 25 pZt. die Lebensmittel und die Wohnungsmiete verteuert werden?“

Wir christlichen Arbeiter haben keine politische Vertretung, wir streiten um die Dornen, die uns prägt der politische Kapitalismus. Jene, die sich bisher dem christlichen arbeitenden Volke als politische Vertreter aufgestellt, haben die Interessen des christlichen

arbeitenden Volkes mit Füßen getreten. Stermit ist, weil die Sozialdemokratie für das christliche Volk nicht in Betracht kommt, unsere Zentrumspartei gemeint.“ Es wird dann gesagt, die Arbeiterklasse des Zentrums befinde zu 80 pZt. aus dem werktätigen Volke, während die Abgeordneten entweder zu der bestehenden Klasse gehören oder doch von ihr abhängig seien. In den christlichen Wahlkreisen habe man zwar einige Seimarbeiter, trotzdem tue die Zentrumspolitik, was sie wolle. Auf sozialpolitischem Gebiete habe die Zentrumspartei in den letzten Jahren fast nichts geleistet, wohl aber die notwendigen Lebensmittel verteuert. Dazu wird bemerkt:

Im Jahre 1902, am Vorabend des heiligen Weihnachtsfestes, hat unsere Zentrumspartei durch Annahme des Posttarifs dem arbeitenden Volke eine Wunde geschlagen, die jetzt beim Antratreten der Handelsverträge bereits zu eitern anfängt. Die Lebensmittelpreise steigen von Woche zu Woche, immer trostloser wird die Lage des Arbeiters. Nicht einmal mehr ein Stückchen Fleisch erscheint heute auf dem Wirtstisch zahlreicher Arbeiterfamilien. Dem arbeitenden Volke verweigert unsere Zentrumspartei die notwendigen Lebensmittel, um des reichen Mannes Steuerzettel zu schlingen. Als das jetzt in Kraft getretene Zollgesetz vor drei Jahren im Reichstag zur Generaldiskussion stand, erklärten unsere Zentrumsabgeordneten im Reichstag sowohl wie vorher in allen Wählerversammlungen, durch das neue Zollgesetz würden die Lebensmittel nicht verteuert, das Auslandsfrage des Zoll. Ein hervorragender Agitator von der Zentrumspartei des katholischen Volksvereins erlaube sich sogar zu behaupten, wenn noch sechsmal soviel Zoll auf eine Ware komme, deshalb würde die Ware nicht teurer.

Der jetzige Reichstagsabgeordnete, **Stiebert**, ging nach Köln zu den Agrariern und erklärte dort, die christlichen Arbeiter seien bereit, der notwendigen Landwirtschaft den Zoll zu bewilligen.

Stiebert wird beschuldigt, nicht berechtigt gewesen zu sein, diese Erklärung im Namen der christlichen Arbeiter abzugeben. Pflicht dieser Arbeiter sei es, die Vertreter des Kapitalismus abzuwählen und Männer aus dem Volke zu wählen. Immer neue Steuern bewillige das Zentrum, wie gerade jetzt wieder die neuen indirekten Steuern in der Steuerkommission. Es scheie sich aber eine Reichseinkommensteuer einzuführen. Die Zentrumspartei habe der obersten christlichen Grundlag: dem Vernein der Güter, über Bord geworfen und beachte nicht, was im katholischen Staatsismus stehe: die Unterdrückung der Armen, Waisen und Witwen sei eine Sünde, die zum Himmel schreie. Durch die Steuerpolitik treibe das Zentrum das christliche arbeitende Volk der Sozialdemokratie in die Arme.

Das Flugblatt schließt mit folgender Mahnung: „Christliche Arbeiter, christliche Gewerkschafter, laßt Euch nicht länger einflößen, allein auf gewerkschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiete Eure Lage verbessern zu können; das legen nur jene Leute, welche die politische Gleichberechtigung des arbeitenden Volkes nicht anerkennen. Christliche Arbeiter, laßt Euch verfassungsmäßig verbriefte Rechte, Euch durch selbständige politische Streben an der Gesetzgebung beteiligen zu können. Streben wir, innerhalb der Zentrumspartei eine christliche volksmäßige Politik zum Durchbruch zu bringen, damit die Lebenslage des arbeitenden Volkes nicht noch mehr verschlechtert wird.“

Wenn die Massen der christlichen Arbeiter erst einmal wirklich zum selbständigen politischen Denken gelangt sind, so befinden sie sich auf dem Wege, der zum selbständigen politischen Handeln auf dem Boden der sozialdemokratischen Prinzipien und Forderungen führt. Die Möglichkeit einer selbständigen Arbeiterpartei ist nur zu regeln mit der Sozialdemokratie. Wer unter „christlicher“ Politik eine Politik der Gerechtigkeit und Humanität versteht, und wenn es Ernst ist um deren Verwirklichung, der kann folgerichtig gar nicht anders, als die Bestrebungen der Sozialdemokratie unterstützen.

Maurerbeziehung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Schleswig-Holstein:

Barnstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen), **Itzehoe** (Streik der Bauarbeiter), **Lauenburg** (Sperre über Basedow), **Schleswig** (Aussperrung angedroht);

Mecklenburg:

Schwerin (Sperre über Ferd. Stange);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), **Jarmen** (Sperre über Brandt und Heidtschmidt), **Stralsund** (Sperre über Hasselmann und Albrecht), **Lütz** (Streik), **Treptow a. d. Rega** (Sperre über Paul Wittke);

Ost- und Westpreussen:

Könitz (Aussperrung), **Marlenwerder** (Differenzen), **Königsberg** (Sperre über Tiets);

Posen:

Schneidemühl (Aussperrung);

Schlesien:

Rauschwalde b. Görlitz (Sperre über Unternehmer Paul), **Waldenburg** (Sperre über die Spiegelhütte auf Kolonie Sandberg), **Ohlau** (Sperre über Nippert in Baumgarten);

Brandenburg:

Spandau (Sperre über die Unternehmer Leo und Rösch), **Strasburg i. d. Uckermark** (Sperre über Böring), **Friedenwalde** (Sperre über Unternehmer Reuss);

Braunschweig:

Blankenburg a. Harz (durch Zimmererstreik in Mitleidenschaft gezogen);

Provinz Sachsen:

Halberstadt (Massregelung), **Wittenberg, Bez. Halle** (Aussperrung angedroht);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in Möckern, Hallesche Strasse, R. Hippe in Leipzig-Anger, Weissenburger Strasse, Bernhard Schammelt, Ecke Bayerische und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse), **Wurzen** (Sperre über Lehmann in Pöschau), **Hirschberg** (Aussperrung), **Grossenhain** (Partieller Streik), **Meissen** (Sperre über das Kolleppwerk), **Neusörnitz bei Meissen** (Sperre über Kundisch);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), **Coburg** (Differenzen), **Eisenach** (Sperre über Wagner), **Gera** (Sperre über Hirsch), **Arnstadt** (Streik);

Rheinprovinz und Westfalen:

Benrath bei Düsseldorf (Sperre über Judick), **Güterloh** (Aussperrung), **Gerresheim bei Düsseldorf** (Sperre über die Heyesche Glashütte), **Dortmund** (Sperre über das Eisenwerk Hösch), **Ahrweiler-Neuenahr** (Streik);

Bayern:

Bamberg (Sperre über Hartmann);

Hannover, Oldenburg und Lipppe:

Burgdorf (Sperre über Allending), **Visselhövede** (Sperren über Cohrs und Köster), **Fyrmon** (Streik), **Melle** (Partieller Streik);

Hessen:

Witzenhausen (Sperre über Maurermeister Oehm, Grossalmende), **Mainz** (Sperre über die Kupferwerke in Gustavsburg);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Sperre über den Unternehmer Neurohr), **Mundenheim** (Sperre über die Fabrik Gilling), **Schifferstadt** (Streik);

Elssass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg).

In **Dortmund** haben nun auch die Kollegen, die auf den industriellen Werken beschäftigt sind; angefangen, für eine Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Zunächst sind sie genötigt gewesen, bei der Firma Hösch die Arbeit niederzulegen. Gefordert werden 8 pZt. Zuschlag. Der Zuzug ist von den ganzen Werken streng ferngehalten.

Auf der Scheffels Glashütte in Gerresheim bei Düsseldorf legten am Dienstag, den 20. März, sämtliche dort beschäftigten 17 Maurer wegen Lohnunterschieden die Arbeit nieder. Sie erhielten bis jetzt bei 8 stündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von M. 4.50. Im Werksheim beträgt er 50–52 pZt. pro Stunde. Die Maurer wandten sich an den Baumeister Jakob, der ihnen auch 50 pZt. Lohn pro Stunde bewilligte; an andern Tagen zog er jedoch seine Zugeständnisse zurück und wollte bei elfstündiger Arbeitszeit nur einen Tagelohn von M. 4.75 bezahlen. Da dies eine Reduzierung des bisherigen Lohnes von 4 pZt. pro Tag bedeutet, so legten die Kollegen die Arbeit nieder.

Da selbst die unorganisierten Maurer und Bauhelfer von Unterbach, dem einzigen Orte, wo unser Zweigverein noch keinen Fuß fassen konnte, die Arbeit niedergelegt haben, so dürfte auch der Glasgigler gezwungen sein, in kurzer Zeit einen höheren Stundenlohn zu zahlen.

Die Sperre über Judick in Benrath besteht fort; bis jetzt ist es ihm nicht gelungen, weitere Streikbrecher zu erhalten. Da er eine größere Arbeit unbedingt anfangen muß, so dürfte er bald gezwungen sein, organisierte Maurer zu beschäftigen.

In **Ahrweiler**, wo die Organisation noch sehr jung ist, haben die Kollegen Forderungen gestellt, die aber von den Unternehmern brüsk zurückgewiesen wurden. Am 26. März sind sie in den Streik eingetreten. Zuzug ist selbstverständlich fernzuhalten.

Auf den Kupferwerken in Gustavsburg bei Mainz forderten die dort beschäftigten Maurer eine Lohnerhöhung von 40 auf 60 pZt. Alle Versuche, die Firma zum Nachgeben zu bewegen, scheiterten, so daß die Kollegen die Kündigung einreichten. Die Forderung deckte sich mit dem Mitteldeutschen Arbeiterbündnis vereinbarten Lohnsätzen. Zuzug ist fernzuhalten.

In **Bamberg** sind bei dem Unternehmer Hartmann Differenzen ausgebrochen. Seit dem 17. März ist von den Steinmetzen über das Geschäft die Sperre verhängt. Zwei Steinmetzen arbeiten als Arbeitswillige. Als nun im Laufe dieser Woche die von diesen hergestellten Streikarbeit von den Maurern verlegt werden sollte, weigerten sich diese, und wurden sie darauf hin am Samstag Nachmittag entlassen. Wir antworteten mit Verhängung der Sperre über 2 Bauten, die am Sonntagabend-Damm gelegen sind. In Betracht kommen 14 Kollegen; Zuzug ist fernzuhalten.

In **Arnstadt** fordern die Kollegen 40 pZt. Stundenlohn. Da verschiedene an die Unternehmer gerichtete Schreiben ohne Antwort blieben, so werden die Kollegen versuchen, ihre minimale Forderung durch den Streik durchzusetzen.

Im **Gau Mannheim**. Im Gau Mannheim sind bisher Lohnbewegungen zum Abschluß gebracht in Straßburg (Elß), Bézard, Frankenthal, Dürkheim, Rheingönheim, Neuhofen, Mutterstadt, Pfaltz, Labenburg und Gochsheim. In diesen zehn Orten wurden Verträge abgeschlossen. Dabei wurden Lohnerhöhungen von 4 bis 8 pZt. pro Stunde erzielt.

In sechs Orten wurde die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt.

In **Lampertheim** haben weitere zwei Unter-

nehmer den Tarif unterchristlich anerkannt. In **Lampertheim** wurde eine vorläufige Vereinbarung getroffen, wonach die achtstündige Arbeitszeit eingeführt und ein Stundenlohn von 45 pZt. pro Stunde gezahlt wird. Die endgültige Regelung soll erfolgen, sobald die Arbeit besser im Gange ist.

In **Schwellingen** haben Unterhandlungen stattgefunden; jedoch konnte eine Einigung noch nicht erzielt

werden; Gefordert sind 50 % pro Stunde. Die Unternehmer wollen 1906 46 %, 1907 48 %, 1908 50 % zahlen. In den nächsten Tagen wird eine Versammlung unserer Kollegen zu dem Angebot Stellung nehmen.

Geschieht sind die Unterhandlungen in Gahloch und Bretten. Im letzteren Orte dürfte es in den nächsten Tagen zum Streit kommen. Eigentümliche Verhältnisse herrschen in Gahloch. Nach den Behauptungen der Unternehmer sind in Gahloch 31 Maurermeister vorhanden. Gahloch ist eine Landgemeinde mit circa 6000 Einwohnern. Von 54 Maurern sind jedoch nur 30 in Gahloch beschäftigt; 24 arbeiten außerhalb. Es kommt sonach auf jeden Unternehmer noch nicht einmal ein Maurer. Bei den Unterhandlungen am 17. März waren zehn Unternehmer gegen, die zusammen acht Maurer beschäftigten. Wird in Gahloch ein Stück Arbeit vergeben, so sind alle Unternehmer dahinter her, wie der Teufel hinter einer armen Seele. Die Arbeit wird dann zu einem Schandpreis übernommen, und dann müssen 11, 12 und 13 Stunden am Tage gewöhnt werden, und doch wird es in vielen Fällen nicht möglich sein, trotz 13 Stunden Arbeit, den üblichen Gehaltslohn herauszufinden. Ist es doch keine Seltenheit (wie die Unternehmer bei den Verhandlungen selbst versicherten), daß der Submitter Mauerwerk zum Preise von M. 1,70 übernommen wird.

Als Gegenatz hierzu sei erwähnt, daß z. B. in Ludwigshafen der Maurer für den Submitter durchschnittlich M. 3,50 erhält.

Da die Gahlocher Unternehmer nun aber durchaus nicht die Hand zu einer Verringerung bieten wollen, so werden wir den Maurern empfehlen, dies „Gebot“ zu meiden.

In St. Ingbert und Zweibrücken haben wiederholte Unterhandlungen auch noch zu keinem Resultat geführt. Eigentümlich war das Verhalten der sogenannten christlich organisierten und ihres Führers in St. Ingbert. Bei den ersten Verhandlungen waren die Unternehmer bereit, die zehnstündige Arbeitszeit zu gewähren. Das zweite Mal erklärten jedoch die „Christen“, sie wollten keine zehnstündige Arbeitszeit. Damit zeigten sie wieder einmal, daß sie unfähig sind, Arbeiterinteressen zu vertreten.

Zum Abschluß ist die Lohnbewegung auch in folgenden Fabriken gebracht worden: Chemische Fabrik Neufloss, Badische Anilin- und Sodafabrik, Zellstofffabrik Waldhof, Chemische Fabrik Wohlgelegen, Gummi- und Lederwaren, Industriefabrik Redara, Thonwarenfabrik Friedrichsfeld. In diesen Fabriken sind nahezu 600 Maurer beschäftigt. Es wurde eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 6 % pro Stunde erzielt, außerdem in den größten Fabriken für Überstunden 25 % für Nachtarbeit 50 % und für Feiertagsarbeit 100 % Zuschlag. Einige Fabriken hatten noch der Regelung.

Außer den bisher genannten Orten sind noch in folgenden Orten Forderungen eingereicht: in Büßfeld, Rierheim, Gehrweiler, Colmar, Mes, Waldsied und Mühlheim. In einigen weiteren Orten wird die Forderung in den nächsten Wochen eingereicht werden.

Zum Streit ist es am 21. März in Schifferstadt gekommen. Dort sind Mitte März Forderungen eingereicht. Die Unternehmer antworteten mit der Maßregelung von acht Kollegen; da zur Zeit nur 14 Maurer beschäftigt sind, so war der Streit unersetzlich die beste Antwort. Arbeit ist genügend vorhanden, so daß die Schifferstädter Mauermeister bald einsehen werden, daß heute andere Zeiten sind.

Unersetzlich ist auch noch die Lohnbewegung in Speyer. Dort hatten wir bekanntlich 1905 einen zweitägigen Streit. Das ganze Bürgertum und die Staatsmacht stand gegen uns. Der Kampf wurde mit einem Teilsieg beendet. Im Januar 1906 fragten wir bei den Herren an, ob sie 1906 bereit wären, sich mit uns zu einigen. Der eine war hierzu bereit, ein zweiter antwortete ablehnend; die anderen schwiegen sich aus. Später kam dann die Mitteilung von der Unternehmervereinigung, daß sie unterhandeln wollten; sie wollten jedoch vorher einen Tarif aufstellen und uns dann weitere Mitteilung machen. Ende Februar wurde unser Vorhaben auf das Gewerbeinspektorat in Speyer gestellt. Dort wurde ihm eröffnet, die Unternehmer hätten dem Gewerbeinspektorat die Regelung der Sache übertragen. Das Inspektorat sollte eine gemeinsame Sitzung veranstalten und hierbei den Vorsitz führen. Es wurde nun am Mittwoch, den 28. Februar, Vormittags 9 Uhr, eine Sitzung anberaumt. Da die Lohnbewegung gemeinsam mit den Bauarbeitern geführt wird, so wurden zur Sitzung außer den Lohnkommissionen die Bauvorstände Fischer und Forster eingeladen. Beide erschienen Mittwoch früh in Speyer. Hier wurde nun mitgeteilt, daß am Tage zuvor Herr Höfner vom Gewerbeinspektorat bei unserem Vorstehen gewesen sei und die Nachricht gebracht habe, daß um 9 Uhr mit uns nicht unterhandelt werden könne. Zu dieser Zeit wurde mit den Christlichen verhandelt. Wir konnten uns aber in der Nähe aufhalten; wenn wir gebraucht würden, sollten wir Nachricht erhalten. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Lohnkommissionen mit den beiden Bauvorständen wurde über die Sachlage beraten und einstimmig beschlossen, gegen obige Zusage zu protestieren und unter solchen Verhältnissen nicht an Verhandlungen teilzunehmen. Zum besseren Verständnis sei erwähnt, daß vor dem Streit eine christliche Organisation in Speyer nicht bestand. Es hatten sich dann während des Streiks nach und nach 19 Streikbrecher angeschlossen. Diese 19 Mann haben sich nun nach dem Streit dem christlichen Bauhandwerkerverband angeschlossen, und sind trotz unseres Protestes auch aufgenommen worden. Diese 19 haben während des Streiks zahlreiche Kollegen wegen Vagabundieren ins Gefängnis gebracht. Diesen 19 gegenüber haben wir mit den Bauarbeitern zusammen 360 Mitglieder. Es ist selbstverständlich, daß wir mit Leuten, die sich in so schwerer Weise an der Arbeiterkassierbarkeit vergangen haben, nicht zusammen an einem Tisch sitzen mögen. Wenn das Gewerbeinspektorat die Hand zu einem solchen Vorgehen geboten hat, so haben wir kein Vertrauen in seine Unparteilichkeit. Und wenn die Speyerer Unternehmer uns mit einem mit den christlichen Streikbrechern abgeschlossenen Tarif überumpeln wollen, so ist das kein ehrlich Spiel. Auf diese Weise ist der Frieden nicht herbeizuführen.

In Wankenburg am Sarz sind durch den Zimmererstreit bereits 86 Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. Die Unternehmer Speyer und Bielefeld waren mehrmals schnell damit zur Hand, obwohl nach Lage der Sache sehr wohl noch weiter gearbeitet werden konnte. Die Unternehmer mögen sich vorsetzen! Sie müssen sich nicht hundert, wenn ihnen die Wankenburg Kollegen zu passender Zeit die Rechnung zur Begleichung präsentieren.

Gau Berlin. Ein Generalstreik im gesamten Bauwerke der Provinz Posen wird für diesen Sommer geplant. Dieser höheren Abschnitt läßt sich, das Zentralblatt für das deutsche Bauwerk aus Posen berichtet. Wenn diese Schauermaur auf das richtige Maß zurückgeführt wird, so bleibt übrig, daß in einer Anzahl Orte, je nach dem Vorhandensein der Organisationen, die Bauhandwerker Forderungen auf Verbesserung ihres recht niedrigen Lohnes und auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen. Von einem Generalstreik in der Provinz Posen kann also keine Rede sein, nicht einmal von einem gemeinsamen Vorgehen mehrerer Orte. Das weiß auch jeder, einschließlich der Arbeitgeber und ihres Zentralblattes für das deutsche Bauwerk.

Aber es handelt sich um etwas anderes. Den Herren Arbeitgebern in Posen und dem ganzen Osten wird die Gewerkschaftsbewegung recht unangenehm, sie gedenken mit Schärfe der Zeit, wo die Bauhandwerker behandelt werden dürfen, wie der polnische Schlachthof noch heute mit seinen armen Knechten umgeht. Die Organisation beginnt auch hier ordentlich einzugreifen. Die Arbeitgeberorganisation hat sich nun vorgenommen, der immer kräftiger werdenden Bewegung mit dem in Posen Deutschland wiederholt in Anwendung gebrachten Mittel — der Ausperrung — entgegenzutreten. Auf ihren Arbeitgeberberatern für den Osten ist das beschlossen; das preisen die Späken bereits von den Dächern. So frage dieser Tage ein „Herr vom Bau“, der es auch wissen muß, einen Arbeitervertreter in einer der größten Städte in der Provinz Posen, ob er denn wisse, daß beschlossen sei, daß in allen Städten, wo Lohnforderungen gestellt würden, eine allgemeine Ausperrung erfolgen solle. In der vorigen Woche in Schneidmühl erfolgte Ausperrung ist der Anfang der neuen Taktik. Unter diesen Umständen wird die Ansicht, die mit vieler Nothz erdacht werden soll, ganz sonnenklar. Die Unternehmer wollen sich dem Publikum als die verfolgte Unschuld zeigen, die von den bösen Arbeiterorganisationen furchtbar angegriffen und zur Schmachthaus geführt werden soll. Wenn in diesem Sinne in der Öffentlichkeit Stimmung gemacht ist, so meinen sie, wird es leichter sein, für die geplanten Ausperrungen die „moralische Berechtigung“ herbeizuleiten. Wir haben nun der Frage die Schellen umgehängt und werden dafür zu sorgen haben, daß die Räume der Herren nicht in den Himmel wachsen.

Die Ausperrung in Schneidmühl ist nur von fünf Arbeitgebern vorgenommen; es waren dort 12 Boltere, 75 Gefellen und 53 Lehrlinge beschäftigt. Zur Zeit sind noch 12 Boltere, 20 Gefellen, 24 Italiener und sämtliche Befestigung beschäftigt. Zwei Arbeitgeber haben nicht ausgeperrt. Es ist recht interessant, daß die Unternehmer mitten in der Verhandlung, wo unsere Leute noch täglich auf eine Antwort auf ihr letztes Schreiben warteten, wo sie weitere Verhandlungen vorzuziehen und auch erwarten konnten, plötzlich ausgeperrt wurden und zwei Stunden später schon die Italiener eintrafen. Diese Lücke werden wir uns merken müssen.

In Spremberg weigerten sich die Unternehmer, die am 1. März laut Vertrag, fällige Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Sie wollten den höheren Lohn erst mit dem 1. April eintreten lassen. Grund: die Aufstellung der Rechnungen für ihre Auftraggeber sei zu schwierig, wenn in einem Quartal zweierlei Löhne zur Auszahlung gelangen. Tabelle! Die Kollegen konnten dieses Argument nicht für stichhaltig anerkennen. Nach einer Verhandlung mit dem Bauvorstand folgte sich der Arbeitgeber Mittag und zahlte den Lohn, während Sonndir erst durch eine zweitägige Sperre zur Zurechtweisung des Vertrages gezwungen werden mußte.

Beim Unternehmer Neuf in Freyentalde legten am 19. März sämtliche Kollegen wegen schlechter Behandlung durch den Bolter und wegen der schlechten Wohnverhältnisse die Arbeit nieder. Beträge sind bis jetzt im Gau Berlin in folgenden Zweigvereinsbezirken abgeschlossen worden:

1. Großen a. d. Oder	4 %	Lohnerhöhung
2. Dreg-Neufst. a. d. Dölfe	5 "	"
3. Filschne	3 "	"
4. Granitz	5 "	"
5. Guben	5 "	"
6. Lübben	5 "	"
7. Nepper	2 1/2 "	"
8. Wittstock a. d. Dölfe	4 "	"
9. Wusterhausen a. d. Dölfe	5 "	"
10. Zehdenitz	5 "	"

In Posen haben die Kollegen den bestehenden Tarif gekündigt und eine Lohnzulage von 5 % gefordert. Bei dem gegenwärtigen Ausperrungsstau, woran die „Herren vom Bau“ in der Ostmark alle laborieren, ist es nicht ausgeschlossen, daß es deswegen zu einem harten Kampfe kommt. Unterstützt werden die Unternehmer durch den Umstand, daß in Posen vier Mauererorganisationen bestehen und zwar außer unserm Zweigverein die christliche, die kirchlich-landwirtschaftliche und die nationalpolitische. Von diesen dreien hat sich die letzte bereits zum Roten bequemt; ob nicht die anderen beiden auch noch folgenmäßig werden, steht noch dahin.

In Gumbinnen antworteten die Unternehmer auf die Lohnforderungen der Kollegen im Januar dieses Jahres gar nicht. Als die Bauhilfsarbeiter am 19. März wegen Maßregelung eines ihrer Kollegen zu einer Arbeitseinstellung schritten, erklärten sich die Mauerer solidarisch, und siehe da: nach einstämmigen Streik kam folgender Arbeitsvertrag für die Mauerer zu Stande: Zehnstündige Arbeitszeit; bis zum 1. April 1906 37 %, vom 1. April bis 1. August 1906 40 %, vom 1. August 1906 bis 1. April 1907 42 % und vom 1. April 1907 45 % Lohn pro Stunde. Junggeheilen und Jubilären erhalten pro Stunde 5 % weniger. Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ist zu vermeiden, nötigenfalls aber mit 10 % Zuschlag pro Stunde zu vergüten. Der Landarbeit, 3 Kilometer von der Stadt gerechnet, gibt es eine Zulage von weiteren 5 % pro Stunde. Daß sich die Sache so gestaltete, haben die Unternehmer wohl schwerlich gegahnt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

„Arbeit und Kultur“. Die dritte Auflage des unter diesem Titel von uns herausgegebenen Buches ist fertig. Wir sind aber bereit, eine vierte Auflage des Buches herstellen zu lassen, wenn noch genügend Bestellungen eingehen. Weitere Bestellungen erwarten wir recht bald.

Materialverhand. Am Donnerstag, den 27. d. M., verbanden wir an die Kassierer der Zweigvereine:

- a) ein Zirkular, betreffend Abrechnung zc. für das 1. Quartal;
- b) ein Zirkular, betreffend Markenverhand;
- c) zwei Abrechnungsformulare;
- d) eine Aufnahmefliste;
- e) ein Zweigvereins- und Adressenverzeichnis;
- f) ein Formular, betreffend Krankenunterstützung.

Zweigvereine, die die vorgenannten Drucksachen nicht bis Montag, den 2. April, erhalten haben, werden ersucht, uns Mitteilung zu machen.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 18. bis 24. März für nachfolgende Mitglieder erteilt worden:

Albert Wehlhase-Strahburg i. Elsaß (Gau), Verbands-Nr. 102 848; Frdr. Wiche-Göbe, 59 279; Joh. Peter Schmidt-Frankfurt a. M. (Gau), 20 978; Paul Hinge-Berlin (Gau), 7229; Wilh. Behne-Bromberg (Gau), 56 672; Gust. Rombow-Stettin (Gau), 45 555; Otto Wöhe-Berlin, 106 127; Frdr. Weder-Gambach (Gau), 70 742; Frdr. Klose-Waldenburg (Gau), 231 551; Joh. Bürger-Göln, 147 473; Chr. Bier-Perth (Gau), 109 651; Frdr. Kuhlitz-Krausnick (Gau), 81 887; Wilh. Sauerland-Morshausen (Gau), 91 504; Gottfr. Böppel-Berlin, 9777; Anton Grunwald-Berlin (Gau), 8445; Wilh. Grunwald-Berlin, 54 211; Kaspar Wirth-Samober (Gau), 12 680; Herm. Vollbrecht-Stettin, 45 555; Fr. Marinsien-Burg a. Fehm., 57 668; Heinr. Voigt-Wittenberge, 119 586; Franz Schröder-Halberstadt, 76 261; Josef Hahn-Mainz, 40 553; Franz Wölfe-Zeltow, 103 795; Frdr. Jungheim-Samuel (Gau), 113 436; Jul. Gleng-Berlin, 3889; Paul Giebarth-Posen, 44 433; Aug. Bösch-Mathenow (Gau), 96 138; Frdr. Alpers-Samober, 32 728.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Käster, Hamburg 7, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 20. bis 26. März 1906 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
Zittau M. 150, Jüterburg 54,72, Oßershan 2,25, Sebnitz 200, Erfurt 160, Straßburg 129,40, Essen a. d. Ruhr 400, Stuttgart 500, Chemnitz 300.

b) Für Verbandsrats-Protokolle.
Zittau M. 3, Jüterburg 2.

c) Für Funerale.
Bremen und Umgebung M. 30.

d) Für „Arbeit und Kultur“.
Zittau M. 30, Bremen und Umgebung 150, Jüterburg und Oßershan je 1,50.

e) Für Einbanddecken usw.
Berlin M. 15.

Vom Verbandsvorstande bekräftigt sind die neu-gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingeleistet haben.

Als verloren gemeldet wurden die Mitgliedsbücher der Kollegen Jos. Mehlert-Biesbaden (Verb.-Nr. 49 097), Adam Schuch-Biesbaden (49 208), Jos. Böhm-Geiberg (295 439), Otto Thiele-Oranienburg (32 826), Karl Müller-Samober (238 676), Carl Dinsch-Fürstberg (70 316), Ignaz Schwarz-Danzig (225 253), Max Reil-Grimmshaus (140 141), Frdr. Debus-Dortmund (180 317), Joh. Müller-Dortmund (83 554), Johs. Romenmacher-Stuttgart (300 363), Otto Rärcher-Eutawart (47 901), Bernh. Mart. Koch-Freszen (162 894), Stefan Siebler-Würzburg (195 648), Peter Wenzel-Mannheim (140 625), Franz Klein-Büßdorf (184 548), Alb. Michel-Königsberg i. Pr. (81 022), Fritz Knapp-Königsberg i. Pr. (80 874), Franz Lindt-Königsberg i. Pr. (153 861), Ernst Kamofski-Königsberg i. Pr. (163 892), Jos. Malatof-Posen (44 491), Kaspar Bauspel-Mecklenburg (267 614), Franz Wölfe-Berlin (67 620), Herm. Rühme-Berlin (756), Aug. Grunwald-Berlin (135 668), Heinr. Hünfeldt-Bielefeld (235 773), Jos. Peller-Leipzig (37 289), Gust. Frohberg-Greiz (167 463), Eduard Lepelt-Berlin (181 258), Karl Albrecht-Berlin (2941), Georg Engler-Berlin (7945), Karl Gärig-Berlin (123 055), Alfred Herfert-Berlin (196 682), Franz Gogolin-Berlin (80 134), Karl Kreg-Göln (59 357), Heinr. Steffen-Herford (247 845), Carl Brilla-Hamburg (64 569), Joh. Klein-Kaiserlautern (261 638).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts des Zweigvereins Berlin: Wilhelm Hoff (Verbands-Nr. 70 254), Paul Gärtner (129 240), Friedrich Mohr (4315), Bernhard Hopplin (4320), Erfurt: Albert Müller (113 667), Karl Spangenberg (113 850), Ernst Wagner (53 889), Otto Waploß (252 394); M e i n s d o r f -L e n n e p : August Schieber (256 550); vom Verbandsvorstande auf Antrag des Vertrauensmannes in

Chemnitz: Ferdinand Frank (88 998); auf Antrag des Vertrauensmannes in Leipzig: Paul Schwabe (88 488).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufforderung. Der Kollege Albert Söhenstild (Verb.-Nr. 217 248), wird hierdurch, aufgeführt, seine Adresse an den Gauvorsitzenden Fritz Kahl in Dortmund, Leffingstr. 32, mitzuteilen.

Kollegen, denen der Aufenthalt Söhenstilds bekannt ist, werden ersucht, an Kollegen Kahl Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorsände.

Gau Ost (Danzig).

Die Wohnung des Kollegen Schwarz befindet sich ab 1. April: Marienstr. 18, part., in Langfuhr bei Danzig.

Der Gauvorsand.

Jahresberichte der Gauvorsände.

Gau Köln a. Rh.

Das Jahr 1905 war im allgemeinen ein gutes Baujahr. Allerdings steht die Zahl der beschäftigten Maurer in den einzelnen Orten in keinem Verhältnis zur Einwohnerzahl. Im Ruhrkohlengebiet und auch in anderen Landesteilen Deutschlands sind in gleich großen Orten bedeutend mehr Maurer beschäftigt. Wir führen die größten Orte hier an nach der letzten Statistik im vorigen Jahre:

	Einwohnerzahl 1900	Beschäftigte Maurer 1905
Köln.....	373 229	1 844
Düsseldorf.....	213 767	897
Erfeld.....	156 937	377
Darmen.....	141 947	391
Darmen.....	141 591	420
Erfeld.....	106 928	344
Mensfeld.....	58 108	254
M. Gladbach.....	58 014	147
Romm.....	50 737	197
Solingen.....		
Obilge.....		
Wald.....	106 686	423
Schleich.....		
Gräth.....		
Mühlheim a. Rh.....	45 085	91
Mehr b. M. Gladbach.....		
Odentkirchen.....	48 779	274

In diesen zwölf Arbeitsorten resp. Wohnbezirken mit rund 1 1/2 Millionen Einwohnern sind nur 5 153 Maurer beschäftigt worden. Im benachbarten Kolonnengebiet wurden beispielsweise in den zwölf Arbeitsorten resp. Bezirken: Essen (Stadt), Dortmund, Duisburg, Witten, Bochum, Gagen, Witten a. d. R., Oberhausen, Gelsenkirchen, Reddinghausen, Mülheim und Homberg mit rund 800 000 Einwohnern im Jahre 1900 rund 8000 Maurer beschäftigt. In Frankfurt a. M. wie überhaupt im Rheingau, sind ebenfalls im Verhältnis zur Einwohnerzahl bedeutend mehr Maurer beschäftigt.

Während in unseren Städten auf je 1000 Einwohner dreieinhalb Maurer kommen, entfallen im Kolonnengebiet auf 1000 Einwohner acht Maurer, im Frankfurter Gebiet noch mehr. Die Ursache liegt wohl darin, daß in unseren Orten, wie im Wuppertal, in Erfeld, Mühlheim, Gladbach und Wachen a. Rh., die Textilindustrie vorherrschend ist, während wieder im Bergischen Lande die Glasindustrie und Kleinmetallindustrie dominiert. Beide Industrien haben in den letzten Jahren nur mäßige Beschäftigung gehabt. Ueberhaupt scheint es, als wenn diese Industrien mehr und mehr von der Konkurrenz anderer Bezirke zurückgedrängt würden. Jedenfalls ist der kleine Aufschwung im vergangenen Herbst nicht von langer Dauer; es zeigt sich bereits wieder ein Abflauen.

Am allerbedauerlichsten war die Konjunktur im verfloßenen Jahre im Wuppertal. In den Hauptstädten Wachen, Erfeld wurden noch 1904 1555 Maurer beschäftigt, wie oben schon erwähnt, im Vorjahre nur 768 Maurer, also nicht einmal die Hälfte. Dementsprechend war auch das Verhalten der Unternehmer sehr trübsal. Mangelnde wirtschaftliche Baunotwendigkeit veranlaßte in sehr unchristlicher Weise die schlechte Konjunktur zu Lohnreduzierungen auszunutzen. In einzelnen Fällen leider auch mit Erfolg. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Wuppertal sind augenblicklich mit den schlechtesten im ganzen rheinisch-westfälischen Gebiet. Nur Wachen steht noch dahinter zurück. Trotz der guten Konjunktur in den Hauptorten Köln und Düsseldorf entwickelte sich im allgemeinen die Organisation nicht in zufriedenstellender Weise. Von wesentlichen Einfluß war hier die Ausperrung im Industriegebiet. Durch diese wurden wir während der Hauptkämpfe mit Maurern förmlich überflutet und sehr viel zweifelhafte Elemente fanden, da sie im Industriegebiet abgelehnt wurden, in unserem Gau Unterschlupf. Auch die Lohnbewegungen wurden durch diese Ausperrung ungünstig beeinflusst.

In diesem Jahre wird im allgemeinen die gute Konjunktur wohl noch anhalten; es scheint auch, als sollte in den Wuppertälern wieder mehr Arbeitsgelegenheit kommen, wenigstens sind eine Anzahl städtischer Gebäude vorgesehen. Die Privatbauteiligkeit wird auch in diesem Jahre noch gering sein. In Erfeld steht eine große Zahl Wohnungen leer. In den Hauptorten Köln und Düsseldorf wird dieses Jahr wieder viel gebaut werden.

Mitgliederbewegung.

Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahre wieder gestiegen; allerdings nicht so stark, wie in den Vorjahren. Würde das Wuppertal durch die große Arbeitslosigkeit nicht so bedeutend zurückgegangen sein, wäre das Verhältnis wesentlich günstiger gewesen. Dort fiel die Mitgliederzahl, die 1904 durchschnittlich 847 betrug, auf 545 im Jahre 1905. Am Jahresabschluss waren nur noch 469 Mitglieder vorhanden, also circa 400 weniger als im Vorjahre. Aber

auch im Kölner Gebiet war die Entwicklung nicht zufriedenstellend. Es zeigte sich hier, daß lange Zeitverträge auch hemmend auf die Organisation wirken können, wenn nicht mit aller Macht an der Aufklärung gearbeitet wird und besonders die Kleinarbeit verrichtet wird. Im dritten Quartal war die Mitgliederzahl in Köln immerhin über 2500 gestiegen; sie fiel jedoch kurz vor Quartalschluss wieder, da ein großer Teil der Kollegen nach Beendigung der Ausperrung wieder in das Kolonnengebiet abrückte.

Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl in den einzelnen Jahren:

Jahr	Zweigvereine	Beschäftigten	Durchschnittliche Mitgliederzahl	In Orten
1901.....	10	—	1414	9
1902.....	13	—	1853	50
1903.....	13	25	3191	89
1904.....	16	51	4189	152
1905.....	17	67	4345	157

Die Zahl der Orte, wo Mitglieder des Verbandes, sei es in Zahlstellen oder unter Vertrauensleuten, Kassieren usw., vorhanden sind, ist gegen das Vorjahr nur um 6 gestiegen. Die Steigerung würde größer sein, wenn nicht das Zweigvereinsgebiet Herborn, wo in 13 Orten Mitglieder waren, an den Gau Frankfurt abgegeben worden wäre. Im Zweigvereinsgebiet von n. haben wir in verschiedenen Orten die Mitglieder verloren. Neue Zweigvereine wurden in Altwieser und Gummersbach gegründet. Die Mitgliederbewegung in den einzelnen Vereinen gestaltete sich so:

Zweigvereine	1904				1905			
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.
Wachen.....	16	17	17	9	—	24	85	105
Altwieser.....	—	—	—	—	—	—	42	50
Darmen-Erfeld.....	868	901	772	808	—	617	419	465
Witten.....	272	355	100	114	—	45	78	61
Erfeld.....	146	200	198	213	—	245	300	287
Köln a. Rh.....	1914	2015	2104	1867	—	2075	2150	2016
Darmen.....	—	23	38	55	—	133	149	96
Düsseldorf.....	437	560	554	451	—	808	878	766
Gummersbach.....	—	—	—	—	—	31	18	8
Herborn.....	—	—	53	71	—	—	—	—
Silben.....	23	54	88	67	—	60	62	68
Gräth.....	3	2	2	2	—	2	2	2
Mensfeld.....	82	143	96	63	—	112	133	120
Mehr b. M. Gladbach.....	7	35	18	19	—	34	25	185
Siegen.....	8	7	13	4	—	7	36	44
Solingen.....	155	152	161	124	—	126	144	110
Wald.....	23	41	72	30	—	27	35	48
Wermelskirchen.....	31	28	25	32	—	50	42	38
Summa.....	3945	4531	4311	3929	—	4392	4598	4419

durchschnittlich 4189 durchschnittlich 4345

Am Schluss des Jahres 1904 waren 3929 Mitglieder vorhanden. Im Jahre 1905 wurden aufgenommen 2573, zugerechnet 1403; zusammen 8205. Abgerechnet sind 3100, wegen Schulden getriggen 268, gestorben 25, ausgeschieden 198, ausgeschieden 36, zum Militär eingezogen 30; zusammen 3657. Es blieben sonach am Jahresabschluss noch 4548 Mitglieder vorhanden sein. In Wirklichkeit sind nur 4419 Mitglieder gemeldet; über 129 fehlen also jegliche Angaben.

Finanziell ist wieder ein Fortschritt zu verzeichnen. Der Markenverkauf gestaltete sich folgendermaßen:

Jahr	1901	1902	1903	1904	1905
I. Quartal....	—	3557	10746	13588	13542
II. ".....	11146	13945	23551	41874	45652
III. ".....	13896	20968	40422	49234	51872
IV. ".....	13188	19563	27155	34592	38971
Summa.....	38290	58033	101874	139288	150037

In 13 Zweigvereinsgebieten wird jetzt ein Aufschlag von 5 bis 6 pro Woche erhoben; einige Spezialbezüge zahlen 10 bis 20 Aufschlag. Das Vermögen der Kassalassen betrug am Schluss des Jahres 1904 6500, am Schluss des Jahres 1905 rund 12 000.

Veranstaltungen wurden abgehalten im Jahre 1905: 119 öffentliche und 596 Mitgliederveranstaltungen. Vorstands- und Vertrauensmännerkämpfe fanden 742 statt. Im Jahresabschluss hatten nach Angaben der Vorstände 3280 Mitglieder voll bezahlt; 324 waren von einer bis neun Wochen, 85 von neun bis dreizehn Wochen und 30 über dreizehn Wochen rückständig; von 634 Mitgliedern fehlten die Angaben. In den größeren Vereinen sind die Forderungen mit vielen Schwierigkeiten verknüpft und in den kleineren Vereinen, wo man viel leichter arbeiten kann, fehlt oft der gute Wille.

In Postkästen gingen ein 477 Stüd, und zwar 198 Briefe, 231 Postkarten, 23 Telegramme und 20 Drucksachen. Ausgegeben sind 359 Stüd, und zwar 32 Briefe, 170 Postkarten, 3 Telegramme, 1 Postanweisung, 2 Geschäfts-papiere, 3 Karte und 128 Drucksachen.

In Lohnbewegungen, Sperrten und Streiks hatten wir im Berichtsjahre 32 zu verzeichnen. Sie verteilten sich auf die Zweigvereine Köln mit 14, Düsseldorf mit 8, Wachen-Erfeld mit 4, Erfeld, Dürren, Mehr b. Gladbach, Mensfeld, Solingen und Wermelskirchen mit je 1. Unter vorstehend bezeichneten befanden sich 12 allgemeine Lohnbewegungen, wobei es sich um höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit und einige Nebenforderungen handelte.

Folgende Orte stellten Forderungen: Schwelm, Gahlinghausen, Köln (Kanalmaurer), Kall b. Köln, Erfeld, Dürren, Düsseldorf, Rath, Wernath, Mensfeld, Solingen und Wermelskirchen. In fünf Orten, Kall, Rath, Wernath, Solingen und Wermelskirchen, kam es ohne Streik zum Abschluss eines Vertrages, wodurch die geforderte Arbeitszeit und die geforderten Löhne, sowie

festgesetzte Verbesserungen festgesetzt wurden. In sechs Orten scheiterten die Verhandlungen resp. wurden Verhandlungen abgelehnt; in fünf davon kam es zum Streik. Es sind dies: Schwelm, Gahlinghausen, Köln (Kanalmaurer), Erfeld und Mensfeld; in einem Orte kam es zur Ausperrung (Dürren). In einem Orte (Düsseldorf) berichteten die Kollegen auf die Durchführung der Forderung. Aus dem Streik in Mensfeld entwickelte sich ebenfalls eine Ausperrung. Der Kanalmaurerstreik in Köln war nach dreitägiger Dauer mit vollem Erfolg beendet; der Erfelder Streik endigte nach zehntägiger Dauer mit teilweiseem Erfolg; die Dürrener Ausperrung, hatte nach vierwöchiger Dauer dasselbe Resultat. In diesen drei Fällen kam es zum Vertragsabschluss. In Schwelm, Gahlinghausen und Mensfeld wurde der Streik nach drei, resp. fünf, resp. 13wöchiger Dauer mit teilweiseem Erfolge abgebrochen.

Im ganzen wurden acht Verträge abgeschlossen. Es bestehen nunmehr Verträge in 14 Wohnbezirken, und zwar für Köln für Kanalmaurer, Maurer, Rührer, Rührer und Kleinfleger; Mühlheim für Maurer, Rührer und Rührer; Kall für Maurer, Rührer und Rührer; Kuppertberg, Wiersdorf, Schlebusch, Opladen für Maurer, Rührer und Rührer; Erfeld, Dürren, Rath bei Düsseldorf, Wernath, Gaan, Silben, Solingen und Wermelskirchen für Maurer.

20 partielle Bewegungen wurden geführt, und zwar in Köln und Umgebung 12, in Düsseldorf 6, in Wachen-Erfeld 2 und in Mehr b. Gladbach 1. In neun Fällen handelte es sich um Innehaltung des Vertrages, in den anderen Fällen um Mahregelungen, Lohnzahlung usw.

Von diesen Bewegungen wurden 16 mit vollem und 4 ohne Erfolg beendet.

Im ganzen sind 20 Bewegungen mit vollem, sieben mit teilweiseem, und fünf ohne Erfolg beendet worden.

Durch vorstehend bezeichnete Bewegungen wurde nachweislich erreicht: für 2008 Kollegen eine Lohnsteigerung von 1 bis 10 pro Stunde, durchschnittlich 4,5 %; für 671 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben bis eine Stunde. Außerdem wurde laut Verträgen in den einzelnen Gebieten der Lohn für 2732 Maurer um 2,77 % pro Stunde erhöht. In Düsseldorf legten die Unternehmer anlässlich der Lohnbewegung 2 % pro Stunde zu; hier kamen 1014 Kollegen in Betracht, so daß im ganzen für 6749 Kollegen eine Erhöhung von 3,24 pro Stunde durchschnittlich herbeigeführt wurde.

Die ersten im Kampfe waren die Dürrener Kollegen. Im Winter 1904 hatten die Zentrumsverbänder mit Unterstützung des katholischen Volksvereins im Landbezirk Dürren eine größere Anzahl Bauhandwerker organisiert. Da wachten auch unsere Kollegen wieder auf, die seit 1901 schliefen. Sie suchten jetzt das Versäumnis nachzuholen, und dies auch mit gutem Erfolge. Im Frühjahr 1905 hatten wir rund 100 Maurer im Verband. Mit den Bauhilfsarbeitern und den Zentrumsvereinen stellten wir gemeinsame Forderungen. Die Unternehmer, vom Oberstadtmayor Kriemann aus Köln bearbeitet, gründeten einen Arbeitgeberverband und beschloßen in einer ihrer ersten Sitzungen die Ausperrung, wie sie bei späterer Verhandlung erläutern; um dadurch der Bewegung von vornherein den Hals umzudrehen. Die Herren erreichten jedoch das Gegenteil des beabsichtigten Erfolges. Ein seltener Einmütigkeit nahm die Dürrener Bauarbeiterchaft den Forderungsschluß auf. Den Unternehmern gelang es nicht, „Arbeitswillige“ zu erhalten, alle herangezogenen Italiener wurden wieder abgehoben. Schließlich legten sich der Landrat des Kreises und der Oberbürgermeister von Dürren ins Mittel, und es kam nach langen, scharfen Verhandlungen zu einer Vereinbarung, wodurch den Kollegen die zehntägige Arbeitszeit und 43 % Mindestlohn zugesprochen wurden. Der 3. Mai wird in Dürrener Arbeiterkreisen nicht vergessen werden. Nachts um 12 1/2 Uhr wurde im Rathaus auf dem Bureau des Oberbürgermeisters die Einigung vollzogen, während circa 200 Bauarbeiter und andere vor dem Rathaus standen, um das Resultat zu erfahren. Dies konnte denn auch noch mit oberbürgermeisterlicher Erlaubnis im Kaprellschen Saale bekannt gegeben werden. Um 2 Uhr Nachts trennten sich die Dürrener Kollegen, nachdem sie noch in begeistertem Hoch die Einigkeit gefeiert hatten.

In Mensfeld kamen wir durch den Zimmererstreik in Mitleidenschaft. Der Scharfmacher Essenhäuser verlangte von den Maurern und Hilfsarbeitern die Verrichtung von Zimmerarbeit und maßregelte acht Mann, die diese Arbeit verweigerten. Hierauf legten sämtliche Leute die Arbeit nieder und das Geschäft wurde gesperrt. Die Unternehmerorganisation drohte die Ausperrung an, die auch von einem Teile der Herren vollzogen wurde. Wir sperrten die Geschäfte ebenfalls. In einem späteren Stadium des Kampfes erklärten die Kollegen den allgemeinen Streik, ohne dadurch das Resultat (teilweise Erfolg) zu ändern. Bei diesem Kampfe stellte sich die Behörde (im Gegensatz zur Dürrener) vollständig auf die Seite der Scharfmacher. Das städtische Rathaus wurde hier als Streikbrecheramt eingerichtet und unsere Streikposten, in der denkbar schroffsten Weise von den Polizeibehörden behandelt; nichts wurde unversucht gelassen, um den Maurern das Streiken zu verleiden. Die Streikleiter wurden fast jeden Tag sistiert; es regnete förmlich Anklagen über Anklagen. Trotzdem hat der Streik den Unternehmern eine ernste Lehre gebracht. Sie haben eingesehen müssen, daß man dauernd die Arbeiterbewegung in Mensfeld nicht zurückfallen kann. Wenn es auch nicht gelang, die Unternehmer zur vollen Anerkennung der Forderungen zu zwingen, so mußten die Herren sich doch bequemen, 50 % Stundenlohn zu zahlen. Auch hat man sich gebüht, die alte Gewohnheit, im Winter 4 bis 6 % pro Stunde abzugeben, wieder anzuwenden. Hoffentlich holen unsere Kollegen in diesem Jahre das übrige nach und bringen den Herren bei, daß berechnete Arbeiterforderungen anerkannt werden müssen.

Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß die italienischen Streikbrecher in der freiesten Weise auftraten,

unser Streifen mit dem Meibolber bedrohten und sich in jeder Art rülpsthaft benahmen. Es war dies nicht anders zu erwarten, da der Herr Oberbürgermeister die Subjekte in höchstigen Schatz nahm. Eine Interpellation der sozialdemokratischen Stadtverordneten, warum ein städtisches Gebäude zum Streikbrecherherd hergegeben wurde, führte zu erregten Auseinandersetzungen zwischen diesen und der bürgerlichen Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium. Der Oberbürgermeister und der Stadtbaurat begründeten ihre Maßnahmen damit, daß es Brauch im Baugewerbe sei, daß man die Arbeiter eventuell dort unterbringe usw., und die Herren von Bildung und Besitz spenden begeisterten Beifall. Die Herren, die sonst an nationalen Phrasen fast erkranken, konnten es gutheißen, daß ihre Landsleute monatelang ausgesperrt und ausländische Streikbrecher im städtischen Rathaus auf wärmste aufgehoben wurden. Und das nennt sich dann liberal! Selbst der Seelsorger der Italiener, Kaplan Sonnenschein von Eberfeld, der die italienische Mission im Rheinlande hat, ließ man nicht zu den Streikbrechern und drohte ihm mit Verhaftung, als er dennoch einmal ins Rathaus hineingegangen war. Man befürchtete, der Herr könne die Schächden so solidarisch handeln befehlen; fernermal die Religion doch nur dazu da ist, arbeitseigebulde und willige Ausbeutungsobjekte zu erzeugen.

Hier zeigte sich der Klassenkampf in so nackter, brutaler Form, daß selbst ein christliches Mitglied der Streikleitung meinte, man müsse Sozialdemokrat werden, wenn man nicht noch das bishigen Religion hätte.

Arme, verirrte Menschen!

In Erefeld kam es im Juli zu Sperren bei einzelnen Unternehmern. Verhandlungen mit den Unternehmern scheiterten. Hieraus traten bei weiteren Unternehmern die Kollegen in den Streik; und nach einigen Wochen des Kampfes, als die Entscheidung noch nicht fiel, wurde zum allgemeinen Streik übergegangen. Das half zuletzt. Die Unternehmer verhandelten wieder und es kam schließlich zu einer Einigung. Sofort wurden 51 $\frac{1}{2}$ und ab 1. April 1906 53 $\frac{1}{2}$ bewilligt bei zehnstündiger Arbeitszeit. Hier erlaugten sich die Zentralkomitee wieder einen jeitlichen Streik. In der Forderung war eine Prüferkommission vorgegeben, bestehend aus sechs Unternehmern und sechs Arbeitern; letztere aus je zwei Personen der drei Verbände. Als alles mit den Unternehmern vereinbart war, forderte Range-Göln, der Bezirksleiter des Zentrumsverbandes, daß seinem Verbande nicht zwei, sondern drei Vertreter zuerkannt würden, also eine Prüferkommission eingesetzt würde, wodurch die Unternehmer demnach auch noch einen Sitz erhielten. Er begründete das damit, daß sie jetzt auch Hilfsarbeiter organisiert hätten und für diese eine Vertretung haben müßten. Von unseren und den Vertretern des Hilfsarbeiterverbandes wurde das Ansinnen zurückgewiesen, waren wir doch dreifach so stark organisiert als das Zentrumsverbände. Es mußte nicht die Christlichen fanden bei den Unternehmern Gegenliebe. Die Herren, die das christliche Element lieben haben, da es viel zäher ist als das freie, waren sogar bereit, in bezug auf die Akkordarbeit, die sie als ausdrücklich gestattet bezeichnet wissen wollten, noch die vorher strikte abgeleitete Konzeption zu machen, daß in einem Nachschub bemerkt werde, die (Akkordarbeit) solle nach Möglichkeit vermieden werden. Da zu erwarten war, daß die Schwarzen eventuell den Vertrag allein abschließen würden (bei den Herren war es Zeit, denn die Mitglieder wären ihnen sonst davon gelaufen), so wollten wir schließlich ein, hatten wir doch bei dieser Gelegenheit noch einen Erfolg für die Gesamtheit der Kollegen erzielt. Lange und Konjunktur sind ihres „Steges“ auch nicht recht froh geworden; denn überall wurde diese hinterlistige Treiben der Schwarzen auf den Arbeitsstellen verurteilt, und die Folge war ein weiteres Anwachsen der freien Organisationen. Die übrigen Streiks bieten nichts Bemerkenswertes, höchstens, daß die Zentralkomitee in S a m e l m sowohl wie in S a l l i n g a u s a btreiben und uns die Durchführung des Kampfes überließen. Auf Vorfaltungen wurden aus dem Ausperrungsgebiet einige Streikende gefolgt, die jedoch am zweiten Tage bereits die Arbeit wieder aufnahmen. In S a l l i n g a u s kam eine Kolonne Kassauer (Christliche) an, die die Arbeit bei einem Unternehmer aufnahmen, trotzdem der Herr nicht bewilligt hatte. Jetzt ließ man in der „Gewerkschaft“, daß die Streikbrecher einen Erfolg erzielt hätten. Wir haben nichts davon konstatieren können.

In Düsseldorf wäre es im Herbst bald noch zum Streik gekommen, Streikluft war genug vorhanden, jedoch haben die Kollegen die Durchführung ihrer Forderung auf dieses Jahr verschoben. Im Jahre 1906 wird die Bewegung im ganzen Gau wohl groß werden, sind doch bereits aus fast allen größeren Orten Lohnbewegungen gemeldet. Im Vorort Gölz und Umgebung laufen am 1. Mai d. J. sämtliche Verträge ab; nur der Vertrag der Pfiesenleger läuft weiter. In den bis jetzt gepflogenen Verhandlungen ist eine Einigung nicht erzielt worden. Die Schwarzen machen auch bereits wieder Seitensprünge. Zur Agitation wurde im Frühjahr die vom Hauptvorstande herausgegebene Broschüre benutzt. Die eingeleitete Säusagitation wurde in verschiedenen Vereinen sehr schlecht durchgeführt. Es scheint, als sollte es damit in diesem Jahr besser werden, wenigstens sind in den größeren Orten die Vorbereitungen besser getroffen worden. In Siegerland hat sich die Mitgliederzahl etwas gehoben. Es ist Aussicht vorhanden, in diesem Jahr noch mehr Einfluss zu gewinnen. Der Dillkreis soll von Siegen aus, von wo er auch leichter zu erreichen ist, bearbeitet werden. Im H e r t a l begannen wir im Herbst mit der Agitation. Es gelang uns, in kurzer Zeit ca. 70 Mauerer zu organisieren. — Nun ging der Spieß auf los. Die ganze bürgerliche Gesellschaft, Behörden, Unternehmer, Doktoren, Pastoren, alles, was nur einen Namen hat im Amt, schrie und tobte gegen die „rote Motte“, die sich erschreckt hatte, das friedliche Amt, in dem man bisher sich so schön an der Arbeitskraft der Widerbemittelten bereichern konnte, mit ihrem aufrührerischen Geiste zu erfüllen. Sofort wurden die Zentrumspolitiker und Gewerkschaftler von Gölz und M. Glabach hinfammandiert, um den roten Geist zu bannen. Range-Göln mußte sich in einer großen Versammlung in Albrecht, über die wir feinergeit berichteten, im Schweiß seines An-

gesichts, den Amtsaltern das Grauen beibringen. Alle Viebesmühe war vergebens. Wohl wurden einige unserer Kollegen wankelmütig und traten in den Zentrumsverband ein, einige andere blieben überhaupt unorganisiert, aber das Gros blieb standhaft. Die Kollegen haben von Verhandlungen gerade genug, sie wollen nunmehr Taten sehen. Und dafür sind ja bekanntlich die Zentralkomitee nicht zu haben. Allerdings hat die christliche Missionen es gutgeheißen, den Zentralverbänden sämtliche Kolale abzutreten. Man hat sich dies sogar ein Stück Geld kosten lassen, aber man hat dadurch unsere Kollegen um so fester gemacht. Reiter nicht das Unternehmertum die Persönlichkeitsverfälschung aus, seine Antwort auf unsere Lohnforderung ist eine freche Herausforderung für die Arbeiter. Selbst zu Maßregelungen von Kollegen, die fast ein Menschenalter bei einem Unternehmer gefolgt haben, ist man geschritten. Mögen sie uns unterdrücken, beschimpfen, obdasslos machen, hinausbringen werden sie uns nicht mehr aus dem Amt, soviel steht fest. Ueberhaupt haben wir einen immer erbitterter werdenden Gegner in den Zentrumsgefechtschaften. Alle Bemühungen der Eblen, in den Hauptorten nennenswerte Fortschritte zu machen, waren bis jetzt vergeblich. Nur im Wadener Bezirk haben sie eine gewisse Anzahl Bauhandwerker und Hilfsarbeiter, Steinbrucharbeiter usw. im letzten Jahre organisiert. Doch auch hier hatten wir die Vorarbeit dazu gemacht. Im Holländischen haben wir die Kollegen ausgerüstet; dann haben sich die Geistlichen eingemischt und der Zentrums-Rang durfte dann die Leute organisieren. Auch im Wadener Bezirk werden wir, wenn die Kollegen sich erst von dem wahren Wesen der Zentrumsgefechtschaftsbewegung überzeugt haben, vorwärts kommen; eine erfreuliche Zunahme haben wir im letzten Jahre schon dort zu verzeichnen gehabt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die „christlichen“ Organisationen Zentrumsgründungen sind und auch nach dieser Weise tangen müssen, so hat man ihn wieder im Wadener Bezirk erbracht. Gemeinsame Forderungen mit den freien Bauarbeiterverbänden zu stellen, lobten die Schwarzen ab, weil, wie Range sagt, sonst die Lohnbewegung in sozialdemokratischen Geruch kommt. Die Unternehmer wissen solche gahnen Leute zu schätzen. Was man kaum für möglich hielt in Waden, war vor einigen Wochen zu beobachten: die Unternehmer ließen Samstagmorgens 4 Uhr Feierabend machen, damit sich der Zentrumsverband mit dem Unternehmervorstande, 10 pSt. Lohnverhöhung (11), in einer Verammlung beschäftigen konnte. Und in S i m p e l s e (Holland) tags am 11. Februar d. J. eine gemeinsame Versammlung von holländischen Zählstellen, die zu dem Zweck einberufen waren, die Bauarbeiter über die Interessengemeinschaften der christlichen Gewerkschaften und dem holländischen „Volkssbond“ (Herfale Organisation) aufzuklären. Range-Göln erklärte in seinem Referate, die holländischen Kollegen müßten sich dem „Volkssbond“ anschließen, da dies die Organisation sei, die ihre politischen Interessen in Staat und Kommune betreibe. Dann gab er bekannt, welche Vereinbarungen zwischen der Leitung des christlichen Verbandes und der holländischen Zentrumsorganisation getroffen seien. Wir lassen sie, weil sie sehr bescheiden für die angeblich neutralen Zentralkomitee sind, folgen. Erstens: das Organ des Volkssbonds, der „Volkssbond“, wird den christlichen Mitgliedern für 1 Cent pro Woche zur Verfügung gestellt; zweitens: die christlichen Mitglieder haben genau wie die Mitglieder des Volkssbonds ein Anrecht auf die Benutzung der Rechtsanwaltsstelle in Wadstätt; drittens: der „Volkssbond“ nimmt Artikel auf, die wir ihm zuwenden; viertens: der „Volkssbond“ veröffentlicht die Streiferte, die wir von Deutschland melden, damit nicht Kollegen aus Unkenntnis an Streiferte gelockt werden; fünftens: die Benutzung des holländischen Arbeitsnachweises; sechstens: verpflichtet sich der holländische Volkssbond, in Holland verbodend und agitatorisch für die deutschen „christlichen“ Gewerkschaften einzutreten, und zwar in allen Grenzorten und im Winter, wenn die holländischen Bauarbeiter aus den deutschen Städten zurückkehren. Die Zentrale des Zentrumsverbandes muß an den Volkssbond für alle holländischen Mitglieder, die anderthalb Jahre Mitglied sind und nicht als Mitglieder dem Volkssbond angehören, pro Jahr und Kopf 25 $\frac{1}{2}$ zahlen.

In der Versammlung sprach auch der Herr Viktor Suren aus Wadstätt und heide, Range und der Herr Bilar, überboten sich gegenseitig in Versicherungen, daß der eine für den anderen tätig sein wolle und müsse. Hier setzen wir also eine „Personlunion“, um im Wadenergefechtsfeld zu reben, wo man sie sich immer gar nicht denken kann. Und dabei folgen die Leute immer noch dem Neutralität!

Zimmerhin müssen wir beobachten, daß auf dieser Seite, was Mührigkeit in der Agitation anbelangt, sehr viel geleistet wird. In in verschiednen Orten sind unsere Kollegen nicht entfernt so eifrig als die Schwarzen. Bei unseren Mitgliedern hat sich in manchem Orte eine fatte Ruhe eingestellt. Sie sind nicht gern darin gefolgt, und während die Schwarzen unterwegs sind, um Zwietracht zu säen, hoden die unsrigen hinter dem Ofen. Allerdings gibt der Zentrumsverband für Agitation auch bedeutende Summen aus. Man muß sich oft wundern, woher die Leute das Geld nehmen, wenn man sieht, daß nach Orten, wo sie kaum ein Duzend Mitglieder haben, drei bis vier Referenten geschickt werden. In R i e t e n fand vor kurzer Zeit eine Versammlung statt, in der Zumbrodt-Gelsenkirchen, Meister-Düsseldorf, Ehler-Grefeld und noch einige Grefelder Agitatoren anwesend waren; dabei waren neben einem halben Duzend unserer Mitglieder noch zehn christliche Bauhandwerker und einige Duzend christlicher Textilarbeiter, Holzarbeiter usw. anwesend. Auch große Flugblätter mit den obligaten Beschimpfungen der freien Verbände waren in großer Zahl verteilt worden. Der Erfolg stand hier in gar keinem Verhältnis zu den aufgewandten Mühen und Kosten. Jetzt hat man sogar für den Bezirk Grefeld, Bieren und M. Glabach einen Mann freigestellt, der die Auseinanderorganisation als Geschäft betreiben soll. Goffentlich werden unsere Freunde eifriger als bisher an die Arbeit gehen, damit dem arbeitgeberverächlichen Tun der Schwarzen nach Möglichkeit vorgebeugt wird. In Rheinland-Westfalen wird die Entscheidungsschicht zwischen Zentrums und Sozialdemokratie, zwischen Fränkern und Licht, geschlagen werden; sorgen wir, daß durch unsere Bewegung nicht zu kurz kommt. Vorwärts, an die Arbeit!

Die Jahresabrechnung des Gaus sieht so aus:

Einnahme.	
Kassenbestand vom vorigen Jahre	M. 414,85
Beitrag auf Grund des Statuts	2184,99
Zuschuß vom Vorland	1593,09
Für Streikleitung zurück	567,51
Beiträge der Zweigvereine	831,80
Summa	M. 5591,74

Ausgabe.	
Gehalt	M. 1940,—
Arbeitsvermittlung	53,89
Däten	1498,20
Bahngeld	987,55
Bureauanteile	162,50
Druckfachen	65,25
Porto	29,65
Statistik	267,64
Agitationsflour Göttingen	168,55
Sonstiges	180,70
Summa	M. 5591,74

Kassenabluß.

Einnahme

Ausgabe

Kassenstand

Der Gauvorstand. J. A.: Ernst Wuth.

Gau Dortmund.

In unserer Aufstellung über die Kosten der Ausperrung im Industriegebiet ist uns ein Fehler unterlaufen, der die Aufwendungen des christlichen Verbandes um tausend Mark größer erscheinen läßt, als sie in Wahrheit sind. Dort steht, daß die Christlichen für Fernhaltung des Zuges für Maurer M. 4534,64 und für Bauhilfsarbeiter M. 40,70 aufgewandt hätten; das trifft nicht zu. Die richtigen Zahlen sind: M. 3534,64 und M. 40,70. Die Schlusszahl für die Fernhaltung des Zuges ist also ebenfalls um M. 1000 niedriger, nämlich M. 3535,34. Die anderen Zahlen werden durch diese Richtstellung nicht berührt.

Der Gauvorstand. J. A.: F. Kahl.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbefchlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Forderungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Ueber die Berichterstattung.

Neben dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teile unseres Blattes ist der Teil, der die Berichterstattung über das Verbandsleben bringt, für den ganzen Verband von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Der Bericht über den Stand der Organisation an einem bestimmten Orte ist nicht nur für die Mitglieder an eben diesem Orte bestimmt, ebenso wenig wie der Bericht über den Stand eines Streiks oder einer Lohnbewegung besonders für die direkt daran beteiligten Mitglieder geschrieben ist. Für die letzten diese gedruckten Berichte eigentlich nicht erst notwendig sein. Diese Berichterstattung soll vielmehr jeden Leser des „Grundstein“ in den Stand setzen, sich ein eigenes selbstständiges Urteil über den Stand unserer ganzen Bewegung zu bilden. Die Berichte von den Lohnbewegungen, aus den Organisationen, aus den Versammlungen, sie alle sollen ein getreues Spiegelbild des Ganzen sein. Und sie sind es ja auch; die Jahrgänge des „Grundstein“ sind gewissermaßen eine Enzyklopädie der deutschen Mauererbewegung der letzten zwei Jahrzehnte.

Mit der wachsenden Größe des Verbandes wird es aber dem „Grundstein“ immer schwerer, das zu bleiben. Die Orte, deren Berichte heute im „Grundstein“ erscheinen, haben sich in den letzten Jahren ganz enorm vermehrt, infolgedessen wächst natürlich auch der Raum, den diese Berichte in Anspruch nehmen. Ja er wächst herartig, daß wir uns in diesen Zeilen einmal recht dringend mit unsern Wünschen an die Kollegen wenden müssen. Obgleich der letzte Verbandstag die Vergrößerung unseres Fachorgans von 8 auf 12 Seiten beschlossen hat, waren wir doch wiederholt gezwungen, diese Grenze zu überschreiten, und trotzdem mußten wir oft zu unserem letzten Ausbühlmittel greifen: nämlich Berichte zurückzustellen. Wir wissen, daß uns das besonders von den betreffenden Schriftführern als unzulässige Zuthaten angerechnet wird, wir wissen es durch die oft mehr als nötig notwendigen Anfragen: „Warum kommt unser Bericht nicht zum Abdruck?“ „Wir gelten wohl nichts?“ usw. Und weil wir das wissen, darum ist die Zurückstellung von Berichten das allerbeste Mittel, um Platz zu schaffen. Aber es gibt noch ein anderes Mittel, nur steht es nicht uns, sondern nur den Zweigvereinsvorständen zu Gebote. Es heißt: Was halten!

Es gibt eine Anzahl Zweigvereine, die glauben, ihre Pflicht nicht erfüllt (oder ihr Recht nicht ausgenutzt) zu haben, wenn nicht von jeder Versammlung ein Bericht im „Grundstein“ steht. Oft versuchen auch die Schriftführer, ein in der Versammlung gehörtes Referat in dem Bericht wiederzugeben. Andere wieder halten es für hoch notwendig, der aufstrebenden Kollegenchaft All-Deutschlands die familiären Namen der ge-

wählten Verwaltungsratsmitglieder oder auch sämtliche Punkte der Tagesordnung mitzuteilen. Etwas, was ebenfalls sehr häufig wiederkehrt, ist das herzerweichende Klagen, wenn einmal die Versammlungen schlecht besucht gewesen sind. Die Beher des „Grundstein“ kennen die Attenden zur Genüge. Daß sie nichts helfen, weiß man überall, wenn man eine solche Aufmunterung für nötig hält, so muß sie am Orte geschehen, den leuten Raum im „Grundstein“ aber sollte man für wichtige, die Allgemeinheit interessierenden Berichte freilassen. Wie oft müssen wir es uns befragen, dies oder jenes Wissenswerte zu bringen, weil der Raum ausgefüllt ist mit Berichten, die ruhig verschwinden könnten, ohne daß der Charakter des Blattes als Niederschlag unserer Bewegung auch nur wesentlich beeinträchtigt würde. Dagegen könnte für die Bereicherung des Wissens der Kollegenschaft viel mehr getan werden. Aus diesen Erwägungen heraus richten wir das bringende Ersuchen an die Zweigvereinsvorstände, mit der Einbringung von Versammlungsberichten Maß zu halten. Wenn nicht ganz besonders wichtige Sachen verhandelt worden sind, die für die Gesamtheit des Verbandes Interesse bieten, dann sehr man ganz davon ab.

Nun noch ein Wort über die Berichterstattung über Lohnbewegungen, Streiks, Ausperrungen usw. In diesem Falle sind die Wünsche der Redaktion anderer Art. Hier sind wir der Meinung, daß zu wenig Bericht erstattet wird. In unserem Streikregister befinden sich Orte bezeichnet, von denen uns oft drei, vier, ja noch mehr Wochen lang keinerlei Nachricht über den Stand der Bewegung zugeht. Wir tappen oft vollständig im Dunkeln, ob die und die Sperrung noch besteht oder nicht. Wird sie dann gestrichen, so ist auch das wieder nicht recht. Wir führen mitunter einen Streikort noch wochenlang im Streikregister, trotzdem wir keinen Bericht, weder von der Streikleitung, noch vom Gewerkschaftsstand erhalten, bis es schließlich dem Zweigvereinsvorstande einfallt, uns zu schreiben, daß der Streik und die Ausperrung längst aufgehoben sei. Derartige Fälle können nicht vorkommen, wenn man es mit der Berichterstattung genauer nimmt, als es bisher geschehen ist.

Es wäre uns am liebsten, wenn die Berichterstattung über die Streiks usw. von dem Gewerkschaftsstand befragt würde. Auch tatliche Gründe sprechen dafür. Von mehreren Gauen wird es ja auch schon so gehandhabt, aber bei weitem nicht von allen. Die Berichte der Gewerkschaften haben für uns den unschätzbaren Vorzug, daß sie auf jeden Fall zuverlässig sind, während die Berichte der dritten Streikleitungen manchmal — aus leicht erklärlichen Gründen — nach einer gewissen Richtung hin gefälscht sind. Wird diesem Wunsch der Redaktion Rechnung getragen, so bedeutet das keineswegs, daß die dritten Streikleitungen von der Berichterstattung ausgeschlossen sind; über plötzlich eintretende wichtige Ereignisse werden sie immer berichten müssen. Was wir damit bezwecken, ist nur, auf jeden Fall sicher über die Bewegungen informiert zu sein.

Bekanntlich besteht für den „Grundstein“ die Regel, alle Sperrungen, über die länger als vier Wochen nicht berichtet worden ist, aus dem Streikregister zu streichen. Wir machen hier nochmals darauf aufmerksam, in Zukunft kann dabei keine Ausnahme mehr gemacht werden. Wenn es die Zweigvereinsvorstände nicht für nötig halten, einige Stellen darüber zu schreiben, so müssen sie es sich auch gefallen lassen, daß die Notiz ohne Gang und Klang wegschleift. Leider ist es auch noch immer nicht überflüssig, auf die Elementarregeln für jeden brauchbaren Bericht hinzuweisen. Trotz aller Ermahnungen im Briefkasten usw. kommen noch immer dieselben alten Verhöre dagegen vor. Jede Woche kommen Berichte, wo das Papier auf beiden Seiten beschrieben ist. Recht oft stoßen wir noch auf Orts- oder Personen-namen, die bei allem graphologischen Scharfsinn der Redakteure, Seher, Korrektoren usw. nicht zu entziffern sind. Beherzige man das doch endlich! Jeder Arbeiter kann verlangen, daß ihm die Arbeit nicht unnötigerweise erschwert wird — als die Proletarier am „Grundstein“!

So, nun haben wir unserm Herzen mal Luft gemacht; nun wollen wir sehen, ob's hilft.

Ungetreuer Hilfskassierer.

Der Maurer Paul Kusch, (geb. 23. 8. 1879) verkaufte in seiner Eigenschaft als „Grundstein“-Korrespondent Beitragsmarken an die Mitglieder des Zweigvereins Preßlau. Nachdem er einige Zeit hindurch regelmäßig mit dem dortigen Kassierer, Kollegen Widera, abgerechnet hatte, blieb er eines Tages (Juni 1905) eine Summe von M. 60 schuldig. Davon bezahlte er nach und nach am M. 33 ab. Mit der Begleichung der Restsumme nahm er es trotz mehrfacher Aufforderung nicht ernst, so daß schließlich Anzeige erstattet werden mußte. Das Schöffengericht zu Breslau verurteilte ihn am 19. März zu einem Monat Gefängnis.

Gau Berlin. (Konferenz-Bericht.) Am 4. März tagte im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses die 9. Konferenz für den Gau Berlin. Dieselbe war — obwohl es 48 Zweigvereine auch diesmal nicht für nötig gehalten hatten, ihrer statutarischen Pflicht zu genügen — im Verhältnis zu den vorhergehenden sehr gut besucht; da 144 Zweigvereine durch 174 Delegierte vertreten waren. Außerdem nahmen, wie in früheren Jahren, die im Auftrag des Gewerkschaftsstandes tätigen gewählten Kollegen sowie ein Vertreter des Gewerkschaftsstandes und des Ausschusses an den Verhandlungen teil. Als Gäste waren erschienen die Kollegen Knappe-Gröblich, Reich-Magdeburg, Miel-

Reißet und Schauer-Eitlin sowie die Berliner Gewerkschaften des Zimmerer- und Bauarbeiterverbandes. Den Geschäftsbericht für die seit der letzten Konferenz abgelaufene Periode erstattete Kollege Silberknecht. Auf die Jahresberichte im „Grundstein“ Nr. 11 Jahrgang 1905 und Nr. 9 d. J. verweisend führt er aus, daß es die im großen und ganzen gute Konjunktur der letzten Jahre bei uns ermöglicht habe, ohne besonders harte Kämpfe in einer großen Anzahl von Orten erfolgreich an die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gehen. Eine harte Ausbeutung der Gewerkschaften dadurch zu zeigen, daß der an das Senftenberger Kohlenrevier angrenzende Teil der Provinz Sachsen, umfassend 8 Zweigvereinsbezirke mit 106 Orten, unserem Gau zugeordnet wurde. Die 1122 Kollegen, die dort nebst einer entsprechenden Anzahl von Lehrlingen bei 45 Arbeitgebern beschäftigt sind, bilden ein außerordentlich reichhaltiges, der Agitation schwer zugängliches Element, so daß, trotzdem ein Kollege mehrere Wochen hindurch das Gebiet systematisch bearbeitete, ein nennenswerter Erfolg bis jetzt nicht zu verzeichnen ist. Die Bestimmungen des § 4 Abs. 2 des Statuts konnten leider noch nicht überall durchgesetzt werden, da der Sozialpatriotismus in einer Reihe der in Betracht kommenden Orte unsere Kollegen noch nicht zu der Einsicht kommen läßt, daß der Zusammenstoß einzellicher Interessengruppen der möglichen Vereinigung der Gesamtkraft zu gute kommt. Zu bedauern ist ferner, daß der Eier unserer Kollegen für die weitere Einführung der Kartellisierung, deren praktische Wirkung im Interesse einer geregelten Beitragsentrichtung unverkennbar ist, nachzulassen scheint. Sechs geeignete Mittel, die Stabilität der Mitgliedschaften zu fördern, muß man so sehr angewendet werden, als die Zahl der austretenden, ausgetretenen und wegen Schutten gestrichenen Mitglieder prozentual nicht sinken, sondern gewachsen ist, und zwar von 7,70 pZt. im Jahre 1903 auf 8,83 pZt. und 9,45 pZt. im Jahre 1904 bzw. 1905. In Berlin, wo die Fluktuation in der Gips- und Zementbranche sehr ins Gewicht fällt, waren es 1905 sogar 12,84 pZt., die uns auf diese Weise wieder verloren gingen. Daß es bei der Lokalfisten 14,90 pZt. waren, ist für uns nur ein sehr tröstlicher Trost. Zur Bewältigung der sich immer mehr häufenden Geschäfte mußte wiederholt eine Ausschleifkraft herangezogen werden, um die Aufgabe der 8. Konferenz nach Möglichkeit auszuführen. In diesem Zwecke wurden besonders die schwachen Vereine durch praktische Anleitungen, Flugblätter und Referenten unterstützt. In besonders zurückgebliebenen Bezirken mußte ein Kollege eine längere Zeit mühselige Agitation betreiben. Vor allem aber wurden die Vereinsbezirke mit elf, respektive zehnjähriger Arbeitszeit vorwärts gedrängt und die mit unter 35 A Stundenlohn veranlagten, Forderungen auf Lohnverbesserung zu stellen. Überhaupt ist der Kleinarbeit ein besonderes Augenmerk zugewandt worden; dies wird sich in Zukunft noch mehr nötig machen, umso mehr, als viele Vereine der Ansicht zu sein scheinen, die Kassagitation gehöre nicht mehr zu unseren Vorkommnissen. — Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 24.657 auf 33.478, was eine Zunahme von 36,5 pZt. bedeutet. Für den Zweigverein Berlin allein, der durch eine besonders gute Konjunktur begünstigt wurde, sind die entsprechenden Zahlen: 10.872, 16.751 bzw. 18.791 pZt. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Lokalorganisation zeigt die härtere Werkskraft unserer Agitation; indem daraus ersichtlich, daß der prozentuale Anstieg, an der Mitgliederzahl beider Organisationen von 11,10 pZt. im Jahre 1903, auf 9,05 bzw. 8,14 pZt. im Jahre 1904 bzw. 1905 gesunken ist, in Berlin von 18 pZt. auf 13,70 bzw. 10,66 pZt. Die Quantität unserer Arbeit kommt jedoch in der Tatsache zum Ausdruck, daß in 156 Orten Lohnforderungen gestellt werden konnten, und daß es möglich war, für 7044 Kollegen eine Verfürgung der Arbeitszeit und für 44.889 eine Erhöhung des Stundenlohnes durchzuführen. Im ersten Jahre für 13.864 Kollegen 8 1/2, im zweiten Jahre für 31.005 Kollegen 5 1/2 A pro Stunde. Die Förderung des Bauarbeitergewerkschafts steht nach wie vor auf dem passiven Widerstand der Behörden, während man, wo es gilt, der Bewegung Knüttel zwischen die Beine zu werfen, oft mit wahrem Feuerwerk zu Werke geht. Getabelt muß werden, daß die Kollegen an diesen Orten der Pflege der Verfassungstiftung noch immer nicht das nötige Verständnis entgegenbringen. Im übrigen wickelte sich der Verkehr mit den einzelnen Zweigvereinen in zufriedenstellender Weise ab, was wohl vorwiegend der guten Konjunktur zu verdanken ist, die uns der Notwendigkeit entth. in die Lohnbewegung bremsen einzugreifen. Auch das Zusammenarbeiten mit den Zimmerern und Bauarbeitern auf Grund des Kartellvertrages war sehr gut.

Dem von Reumann gegebenen Kostenbericht ist lebhaft zu entnehmen, daß, obwohl die weitaus große Mehrzahl der Zweigvereine ihre Beiträge richtig und pünktlich entrichtet hat, einzelne Teile lobenswerte Eigenschaften vollständig vermissen lassen. Wenn einige auch durch unglückliche Umstände nicht in der Lage sind, ihren Pflichten nachzukommen, so trifft dies beispielsweise bei Estorff in seiner Weise zu, wo man es bisher verstanden hat, auf die wiederholten Mahnungen zu reagieren. Im Zweigvereinsgebiet Groß-Berlin um einige Zahlstellen noch eigene Lokalfisten führen und ihre Gewerkschaften selbst aufzuführen haben, ist es die Zahlstelle Nordorf, die sich mit seltener Halsstarrigkeit weigert, ihrer Pflicht zu genügen. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag Löwen-Brandenburg angenommen, der den Gewerkschaftsstand beauftragt, in Zukunft nicht mehr mit den einzelnen Zahlstellen, sondern nur noch mit den Zweigvereinen abzurechnen. Die Mahnungen sollen unter allen Umständen eingebracht werden. Nach dem Bericht der Referenten wurde dem Gesamtvorstande die Decharge erteilt und dem Kassierer ein Mandat von M. 50 erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Lohnbewegung, Streiks und Kartellverträge, referierte Silberknecht. Reumann betonte, daß es nicht nur unternommen könne, wenn diese Materie uns auch in den nächsten beiden Jahren hervorragen beschäftigt werde. Mache doch die Lebensmittelpreispolitik der herrschenden Klassen eine Steigerung des Preises der Arbeitskraft unabwiesbar notwendig, wenn man verhüten wolle, daß der Kulturstand des deutschen Proletariats rückwärts gefördert werde. Im Gegensatz zu den letzten beiden Jahren dürfte jedoch in diesem Jahre die Bewegung sich unter hartnäckigen Kämpfen abspielen. Denn während voriges Jahr um diese Zeit bereits eine große Reihe von Orten ihre Forderungen auf dem Verhandlungswege durchgesetzt gehabt hatte, so seien es zur Zeit erst fünf Orte bzw. Zweigvereine, die ihre Forderungen abgelehnt haben, während bisher von 75 Vereinen Forderungen gestellt wurden. Seien auch die bei den Verhandlungen sich bemerkbar machenden Schwierigkeiten zum Teil auf den gelinden Winter zurückzuführen, so trete doch an einigen Orten das Verlangen des Unternehmertums, wieder einmal ein

zuziehen mit uns zu wagen, unverkennbar hervor. Eine systematische Tätigkeit nach dieser Richtung entfalte der Arbeiterverband für den südlichen Teil des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. O. Man dürfe daher gespannt sein, wie sich die Dinge nach den Verhandlungen der Generalversammlung des Arbeiterverbandes für das Baugewerbe, die am 14. u. 15. d. M. in München tagen wird, gestalten werden. Die Schachmachertheorien, die man so gerne praktisch verwirklichen möchte, seien jedoch nicht neu und wir werden ihnen gegebenen Falles zu begnügen wissen. Deshalb sei es aber nötig, die in früheren Kämpfen gemachten Erfahrungen mehr denn je unserer Taktik zu grunde zu legen. Reumann entwickelte nunmehr die Grundsätze, nach denen im allgemeinen verfahren werden müsse, ohne eine Schablonisierung für jeden einzelnen Fall festzulegen. Im Vordergrund müsse stehen die Abschaffung der Unfälle, die Forderungen möglichst lange vorher einzureichen, während man dem Gewerkschaftsstand erst Mitteilung mache, wenn die Karte verfahren sei. Bismarck müsse dieser schon bei Formulierung der Forderungen an Rate gezogen werden, um möglichst einheitliche Entwürfe, die frei sind von allem unnötigen Ballast, zu stande zu bringen. Von der Gepflogenheit, zu den Verhandlungen einen Vertreter des Gewerkschaftsstandes heranzuziehen, sollte, wenn irgend möglich, nicht abgegangen werden. Besonders Schmidt sei darauf zu legen, daß bei eventuell sich notwendig machenden Streiks die Kollegen vorher genau über die ihnen zuziehenden Rechte, sowie die ihnen obliegenden Pflichten informiert werden. Die größte Wichtigkeit sollte man bei Abschluß von Tarifverträgen walten lassen und, bevor man den Arbeitern nachteilige Bestimmungen hineinbringen ließe, sich lieber entschließen, längere Zeit ohne Vertrag zu arbeiten. Ingracht betonte, daß den Kollegen allerorts in ihrem Bestreben, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, freie Bahn gelassen werden solle, müsse doch verstanden werden, daß man die je nach den Umständen zweckmäßige Taktik und vor allem die Realitätsfähigkeit außer acht läßt.

Die lebhafteste Diskussion über diesen Punkt bewegte sich durchweg im Sinne des Referats. Staats-Polen müßte das Hauptgewicht der organisatorischen Disziplin bei, die sowohl geteilt werden müsse, als es möglich ist, den Kampf in jedem Moment kurz abbrechen, um jeden geeigneten Augenblick von neuem zu beginnen. Die Vorrede des Kollegen Buchholz, Berlin, der Gewerkschaften verfolge das Prinzip, bei Streiks in der Provinz die Kollegen so schnell wie möglich nach Berlin abzuschicken, wo sie nicht selten das Geir der Arbeitslosen vermehren, werden von Reumann und dem Referenten, als zu Unrecht erhoben, zurückgewiesen. Letzterer betont, daß man sich bei Abschließung der Kollegen aus Streikorten immer von der Lage des Arbeitsmarktes in den übrigen Orten leiten ließe. Daß sich einzelne Kollegen in bestimmten Fällen, trotzdem ihnen anderwärts Arbeit nachgewiesen wurde, dennoch nach dem großen Sammelort Berlin wandten, ist nicht die Schuld des Gewerkschaftsstandes. Die angeführten Grundsätze nochmals kurz resumierend, spricht er die Hoffnung aus, daß sie im Interesse des Ganzen strikte eingehalten werden möchten. Das Referat über den dritten Punkt: „Agitation“ erstattete Otto Reumann, der einleitend sein Bedauern darüber ausdrückte, daß die Beschlüsse der letzten Konferenz zu diesem Punkt noch zum großen Teil ihrer Durchführung harren, weshalb ein wesentlicher Reiz nicht vorliegen könne. Wohl wäre es möglich, in Polen trotz der schwachen Konjunktur die Zahl der Zweigvereine vor 13 auf 17 und die der Mitglieder von 1086 auf 1449 zu erhöhen, während gleichzeitig die „Christen“ einen etwa gleich starken Anstieg ihrer Mitgliederzahl zu verzeichnen hätten; an eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte jedoch noch nicht gegangen werden, insbesondere soweit die Verfürgung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden in Betracht kommt. Zur Belebung der Agitation, der nicht nur das Unternehmertum, sondern auch Polizei und Waffen in seltener Einmütigkeit (Die Einmütigkeit dieser drei ist nun gerade nicht selten. D. Red.) hindernd entgegenstehen, soll im Frühjahr wieder eine besondere Bezirkskonferenz nach Posen einberufen werden, um über die zur Führung des Bezirks geeignet erscheinenden Maßnahmen zu beraten. Aber auch im übrigen Teil des Gaues war es bei weitem nicht möglich, das aufgestellte Programm durchzuführen. Wohl ist die Zahl der Bezirke mit einheitlich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen von 82 auf 113, die der in Betracht kommenden Unternehmer und Gesellen von 1319 bzw. 24.015 auf 1609 bzw. 35.798 gestiegen, während gleichzeitig die Zahl der Bezirke mit ungleichen Bedingungen von 67 mit 643 Unternehmern und 8145 beschäftigten Gesellen auf 46 bzw. 881 bzw. 4223 gesunken ist. Dessen ungeachtet sind die Errungenschaften gerade in den letzten Bezirken nicht weniger als zufriedenstellend. Die Tatsache jedoch, daß sich die Vorrede dieser Bezirke niemals über ein sehr bescheidenes Maximum erheben können, ohne die Randgesellen mitzuziehen, drängt uns immer wieder vor die Alternative, entweder mit allem Eifer an die Gewinnung dieser „Mitzugelassenen“ zu gehen, oder die mühsam errungenen Positionen einer künftigen Gefahr auszuliefern. Daß letzteres möglich ist, beweist beispielsweise der Kreis Grotzen a. d. O., wo durch systematische Agitation die alte Arbeitskumbe im ganzen Bezirk beseitigt wurde und der Lohn bei den 24 Bauunternehmern auf die gleiche Höhe gebracht wurde wie in der Stadt. Die Mehrzahl der Kollegen schreite daher vor der Schwierigkeit der notwendigen Agitation zurück. Sie müsse aber, und zwar einheitlich, betrieben werden, indem überall auf die Verfürgung der Arbeitszeit das Hauptgewicht gelegt werde. Nicht nur, daß die 21 Bezirke, in denen noch die 86 Unternehmern für 1365 Gesellen und 893 Lehrlinge ohne Unterbroch die 11- oder gar mehrstündige Arbeitszeit besteht, in den Kampf um den zehnstündigen Tagelohn gedrängt werden, auch der weiteren Verfürgung von 10 auf 9 Stunden, vor der sich besonders die Kollegen in der Umgebung Berlins zu drücken suchen, müsse man ernsthaft näher treten und in den Köpfen der Kollegen prinzipielle Aufklärung über den kulturellen Wert der Arbeitszeitverfürgung schaffen. Hand in Hand damit müsse das Vertrauen gehen, den Umfang der halbtägigen Mittagspause während der Wintermonate zu beschränken. In diesem Punkte steht, wie eine statistische Erhebung ausweist, die Provinz Brandenburg mit der Metropole Berlin gegenüber anderen Landesteilen unendlich weit zurück. Während zum Beispiel in der Provinz Schleswig-Soltau inkl. Hamburg und Lübeck mit 90 Lohnbezirken im Winter für drei Bezirke die anderthalbstündige, für 84 die einstündige und nur für drei die halbtägige Mittagspause besteht, haben von den 182 Bezirken der Mark Brandenburg um die gleiche Jahreszeit nur 92 eine

Stunde Mittag; während sich in 90 Bezirken, insb. Berlin, die Kollegen, allen hygienischen Fortschritt zum Lohn, noch mit einer halbtagigen Mittagspause begnügen. Selbst die Provinz Polen könne und in dieser Hinsicht als erstrebenswerter Vorbild dienen, denn in 20 dort befragten Bezirken habe 18 eine Stunde, ein Viertel, und einer 1/2 Stunde Mittag. Zu verstehen sei nicht, daß das mangelhafte Interesse unserer Kollegen gerade auf diesem Gebiete zum Teil auf die schlechten Verhältnisse zurückzuführen sei, die einen längeren Aufenthalt darin als Strafe erscheinen lassen. Daraus resultierte unmittelbar, daß auch der Frage des Bauarbeiterlöhnes überhaupt in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden müsse. Die weitere organisatorische Zusammenfassung und prinzipielle Schulung der Kollegen in den einzelnen Zweigvereinen werde also auch in den nächsten zwei Jahren noch den Kernpunkt unserer Agitation bilden müssen, um sie auch für die ihre wirtschaftliche Existenz nur mittelbar bestimmenden, deswegen aber nicht minder wichtigen Fragen empfänglich zu machen. Wenn von 16 Bezirken, denen Lokale zur Verfügung standen, im verflochtenen Jahre sieben nur vier und neun noch weniger Versammlungen abgehalten haben, die dann auch noch vielfach durch kleinlichen Kräfte ausgefüllt wurden, anstatt mit ernst, das Allgemeininteresse betreffenden Dingen, so mußte das notwendig zur Desorganisation führen. Soche der leitenden Kollegen müsse es deshalb sein, in regelmäßigen Vorstandssitzungen zunächst in den eigenen Kreisen Klarheit darüber zu schaffen, wie die Versammlungen interessant und nutzbringend zu gestalten seien. Das wird nur gelingen, wenn man mit Eifer daran geht, die Arbeiterwohnungen unabhängig von der Schuldliteratur zu reinigen, der Arbeiterpresse überall Eingang zu verschaffen und weiteres Bildungsbedürfnis durch Einrichtung guter Bibliotheken zu wecken. Daß jeder einzelne die Pflicht habe, auch auf politischem Gebiete seinen Mann zu stehen, sei selbstverständlich. Aber auch das Dunkel, das noch über die Fragen der Sozialvergebung gebreitet ist, müssen wir zu verdrängen suchen, damit unsere Kollegen sich vornehmlich nicht noch um ihre ohnehin so spärlichen Rechte pressen lassen. Mit der praktischen Durchführung der gegenwärtigen Probleme müssen schon in den nächsten Wochen, bei Vereinerung der vom Hauptvorstand herausgegebenen Agitations-Broschüre, auf der ganzen Linie begonnen werden. Ferner empfiehlt als Beisitzende schon auf der letzten Konferenz verteilte Resolution (siehe Nr. 14 d. „Grst.“ Jahrg. 1904) mit folgender Ergänzung zu Abs. 3: „In Bezirken mit verschiedenen Lohn- und Arbeitsbedingungen haben die Vereinsvorstände sofort eine fräftige Agitation zu entfalten, damit es in nächster Zeit möglich ist, für alle Maurer bei allen Unternehmern die gleichen Bedingungen durchzuführen. Die Bezirke, die bei zehnständiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 60 \mathcal{M} haben, sind verpflichtet, bei weiteren Lohnforderungen auch gleichzeitig auf Verkürzung der Arbeitszeit zu stellen.“ Er schließt mit dem Appell, nicht zu ruhen und zu rasten; bis das aufgestellte Programm, allen reaktionären Wadenstücken des Gegners zum Trost, praktisch durchgeführt sei. In der Diskussion wies Schulz-Hofen darauf hin, daß die Agitation in seinem Bezirk, mehr noch als durch die Grstemeinigen und andere solche Arbeiterfreunde, durch die gewalttätige Gemanigungsverpolitik des Staats erschwert werde, die in letzter Zeit eine neue, vom politischen Nationalpatriotismus getragene Organisationsform ins Leben gerufen habe. Bismarck wachte sich zunächst gegen die von seinem Kreismitglied eingebrachten Anträge, die außer dem Spandauer, der „die agitatorischen Kollegen zur prinzipiellen Aufklärung der Mitglieder über das Wesen des Arbeiterbundes verpflichtet“, und deshalb selbstverständlich angenommen werden müßten, teils überflüssig sind, teils der Kompetenz des Verbandes unterliegen. In Bezug auf die Agitationsarbeit, die zu beschränken sei, nicht nur die Referenten, verpflichtet sind, mußte aber auch ausgedrückt werden, daß leider viele von denen, die bei jeder Gelegenheit über das System wüsten, es nicht ganz richtig meinten. Sobald ihnen Gelegenheit geboten sei, zu pöbeln, schauten sie sich nicht, selbst dem Afford zu fröhnen. Ja, sie empfinden es nachher recht unangenehm, wenn in ihrer Gegenwart über ihre soziale Begleiterfahrungen geredet würde. Die Verfestigung der Agitationsarbeit sei nicht eine Frage des Kampfes mit dem Unternehmertum, sondern eine Frage der inneren Überzeugung unserer Mitglieder. Zwecks prinzipieller Aufklärung über den Wert der Arbeitsverkürzung werde außer dem Frühlingsfestblatt im August noch eine Broschüre verbreitet werden. Dies Ziel müsse überall mit Hochdruck erreicht werden, um so mehr, als die Zerstörungsgelüste in der Provinz Brandenburg durch je einem Herde der Maurerproduktion ein großes Hemmnis. Bei einleitendem Niedergang müsse das geradezu erschreckende Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Im übrigen wäre es aber eine Schande, wenn wir bei dem 25jährigen Bestehen des Verbandes noch Orte hätten, wo länger als 10 Stunden gearbeitet wird. Man dürfe sich auch seiner Kaufkraft hingeben, daß die mit der gewaltigen Ausbreitung unserer Organisation parallel laufende Ausbreitung und Festigung der Unternehmerrorganisation über kurz oder lang einen Kampf herbeiführen müsse, demgegenüber die bisherigen als Kinderpiele erscheinen würden. Deshalb müßten wir nicht nur eine schärfere Ausbreitung der Organisation, sondern weit mehr noch deren innere Festigung ins Auge fassen. Das Klassenbewußtsein müsse jedem einzelnen so fest eingeprägt werden, daß sein Opfermut auch den größten Anforderungen gewachsen sei. Die von Schulz empfohlene Resolution wurde nach seinem kurzen Schlusswort nebst dem Antrag Spandau einstimmig angenommen. Als Hauptvorsitzender wurde wiederum der Kollege Silberblum einstimmig gewählt, nachdem die Konferenz sich damit einverstanden erklärt hatte, daß er entsprechend einer Anregung Bismarcks auch dem Hauptvorstand zur Vermeidung der Unzulänglichkeit erforderlichenfalls zur Verfügung steht. Infolge dieser notwendigen Tätigkeit hatte sich Silberblum auch vorher bereit erklärt, von seinem Posten als zweiter Vorsitzender der Generalkommission zurückzutreten. Des weiteren wurden gewählt: Otto Lehmann als Kassierer, Leop. Angel als Schriftführer, Wilh. Frisch und Otto Sanke als Beisitzer, als Redaktoren: Anton, Remm und Rudolf. Hierauf erfolgte nach einem kurzen Schlusswort Silberblums Schluß der Konferenz.

Mörsberg. Am 11. März fand hier eine allgemeine Maurerverversammlung statt, in der Kollege Werfel einen lehrreichen Vortrag hielt über: „Unsere nächsten Aufgaben im Kampf ums Dasein.“ Kollege Werfel legte den Kollegen in verständnisvollen Worten die Lage der Arbeiter,

insbesondere der Bauarbeiter, vor Augen und ermahnte sie, sich zu organisieren, nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch, damit wir uns mit beiden Händen gegen Unterdrückung und Ausbeutung wehren können. Daß Kollege Werfel den Anwesenden in die Herzen gerast hatte, bewies der Beifall, der ihm am Schluß seines Referats zu teil wurde. Auch eine hübsche Anzahl Frauen war anwesend, was sehr zu loben ist. Die Versammlung war sehr gut besucht. Einige Kollegen beteiligten sich an der Diskussion im Sinne des Referenten. Nachdem vom Vorstehenden noch zum Beifall eingeladen war, wurde die imposante Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

Mugsburg. Wenn in dem ununterbrochenen Kreislauf der Kräfte alljährlich wiederkehrend der Frühling mit all seiner Pracht und Herrlichkeit als stolzer Sieger über die Herrschaft des Winters seinen Einzug in die Lande hält, dann regt sich auch in der Menschenbrust ein übermächtiges Gefühl, ein sehndes Verlangen nach Sonnenschein und Lebensfreude, nach Glück und Vollenbung, Kraft und Entfaltung; denn im Wesen der Natur personifiziert sich der Mensch, und gleich wie dort, so bildet auch im Menschengeschichte die freie Entfaltung der Kräfte die Grundbedingung jeder gedeihlichen Entwicklung. Von diesem idealen Gesichtspunkte aus mag insbesondere der Befreiungskampf der Arbeiterklasse aus den drückenden Banden der Unfreiheit und Ausbeutung beurteilt werden, jener Kampf, welcher als tiefe soziale Empfindung einer freibewegenden Arbeiterkraft mit jedem wiederkehrenden Frühling in erhöhtem Maße in Erscheinung tritt. Vor allem das Baugewerbe entfaltet infolge der um diese Zeit naturgemäß eintretenden günstigen Konjunktur eine rege Tätigkeit, und durchdrungen von dem Gefühl der Einheit und Solidarität schließen sich die Scharen der baugehörlichen Arbeiter immer enger um die fleißigste Bahne ihrer Organisation zur Erlangung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von dem jung-frischen, kampfbereiten Geiste, der die Arbeiterarmeen aller Unternehmerrubrität zum Truge durchdringt, legte die am Donnerstag, 15. März, Abends, im „Wittelsbacher Hof“ abgehaltene Mitglieder-versammlung des hiesigen Zweigvereins wiederholt ein glänzendes Zeugnis ab. Bis auf den letzten Platz waren die geräumigen Lokalitäten des „Wittelsbacher Hof“ besetzt, und viele der noch nachkommenden Kollegen mußten sich mit einem „Stehplatz“ begnügen. Neben einem Referat des Genossen Janseman über: „Die Lohnverhältnisse in Mugsburg und der Hollarz“, lag der Versammlung eine umfangreiche Tagesordnung über verschiedene Verbandsangelegenheiten zu grunde, unter welcher letzteren besonders das „Baudelegiertensystem“ einen weiten Raum einnahm. In instruktiver Weise behandelte Referent Janseman die heutigen Lohnverhältnisse der Arbeiter, die sie nicht ausreichend bezeichnend. Die Bemessung des hiesigen ortsüblichen Tageslohnes in Höhe von 2.80 bezieht sich auf ein Kistband kommunal-sozialpolitisches Verhältnisses. Seit einigen Jahren mache sich schon eine empfindliche Steigerung der Lebensmittelpreise fühlbar, eine ausgleichende Steigerung der Löhne sei aber bis heute noch nicht eingetreten. Diese systematische Steuerungslosigkeit müsse immer mehr zu einer Unterernährung des heftigsten Volkes führen: Daß der Hollarz eine weitere Vetterung der Lebensmittel am Rande der Arbeiter bedeutet, habe sich bereits an den ungemein hohen Fleischpreisen bewiesen, und der Schweinebraten sei bereits zur unerschwinglichen Delikatesse geworden. Zur Erhaltung einer Arbeiterfamilie seien Frau und Kinder zum Miterbienen genötigt, und das stolze Wort vom deutschen Familienglück und Hauslichkeit sei am furchtbaren Wohlstand der Zeit längst zu einer hohlen Phrase herabgesunken. Durch die Steuerungslosigkeit der herrschenden Regierungen gezwungen, müßten sich die Arbeiter insgesamt aufpassen und durch Schaffung eines entsprechenden Lohnsatzes die Wirkungen des Hollarzes abzumildern suchen. Daß eine freiwillige Verbesserung der Löhne nicht erfolge, haben die letzten Jahre evident bewiesen, und deshalb sei es Pflicht der Arbeiterschaft, sich bis auf den letzten Mann zu organisieren, sich aufzuräumen zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde und zur Erkenntnis ihrer Menschenrechte, und postend auf dieselben energisch Front zu machen gegen die unersättlichen Ausbeutungsgeleüste eines vorherrschenden kapitalistischen Gertenniums. Mit einem fräftigen Appell an die Kollegen, zur Erreichung dieses Zieles auch innerhalb des Maurerhandes den letzten Mann den Reiben der Organisation einzufügen, schloß der Redner sein von reichem Beifall begleitetes Referat. Im weiteren Fortgang der Tagesordnung nahm die Versammlung Stellung zu verschiedenen internen Verbandsangelegenheiten, unter denen insbesondere das Baudelegierten-system einer gründlichen Revision und Neuregelung unterzogen wurde. Zur Erleichterung des Massenwesens wurde für die Wortorte Deuringen, Steppach und Stadbergen eine Hilfskassette errichtet. Schluß Ausbreitung der gewerkschaftlichen Idee und Stärkung der Organisation findet am 25. März eine allgemeine Flugblattverteilung statt. Auch der treuen Gelferin im gewerkschaftlichen und politischen Kampfe, der Arbeiterpresse, wurde aus der Mitte der Versammlung gedacht, und in diesem Sinne jedem Kollegen die Unterstützung der am hiesigen Orte als einzig tatkräftig und durchlos für die Arbeiterinteressen eintretenden „Schwäbischen Volkszeitung“ zur ersten und ersten Pflicht gemacht. Nach nunmehr erschöpfter Tagesordnung schloß der Vorsitzende die in allen Teilen impotante, vom besten Geiste für die Verbandsfrage getragene Versammlung, die alles in allem ein Bild frisch pulsierenden Lebens innerhalb der hiesigen Maurerkraft erkennen ließ.

Berlin. Donnerstag, den 15. März, hielt die Zahlstelle Charlottenburg eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse W. Stern einen Vortrag über: „Die Religion des Kapitalismus“ hielt. In interessanten und packenden Ausführungen verstand es der Redner, das Auditorium mit den Tendenzen des Vortrages vertraut zu machen. Langanhaltender Beifall wurde ihm dafür zum Lohn. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats, gab jedoch dem Referenten Gelegenheit, in seinem Schlusswort einige Mißverständnisse richtig zu stellen. Sodann wurden einige gewerkschaftliche Fragen erörtert. Der Kollege R. Böhme ist angeschuldigt, in Mord gearbeitet zu haben; da er jetzt aber dem Zweigverein Gr. Märchen angehört, wurde dem

genannten Zweigverein die Regelung der Angelegenheit überwiesen. Den Beschluß der Vorstandssitzung sanktionierte die Versammlung, wonach wir uns verpflichtet haben, 300 Jahresberichte der hiesigen Gewerkschaftskommission unter den Kollegen zu verteilen. Ein Exemplar kostet 10 \mathcal{M} . Den Kollegen wurde empfohlen, sich einen solchen Bericht, der ein Spiegelbild des gesamten Gewerkschaftslebens am Orte ist, anzuschaffen. Hierauf erstattete Kollege Schwiemann den Bericht von der Vertreterversammlung vom 13. März. Einwendungen wurden nicht erhoben, jedoch machte sich eine größere Unruhe bemerkbar, als Kollege Schwiemann mitteilte, daß von der Zahlstelle Berlin ein Antrag eingegangen sei, wonach die Arbeitszeit der im Zweigvereinsbureau angestellten Kollegen acht Stunden betragen soll; außerdem ist beantragt worden, diesen Kollegen einen acht- bis vierzehntägigen Urlaub zu gewähren. Auch soll der Unfallversicherungsfrage nähergetreten werden. Da diese Frage aber in einer der nächsten Vertreterversammlungen eingehender behandelt werden soll, wurde — trotz verschiedener Einwände — auch von der Diskussion dieser Frage Abstand genommen. Zum Schluß nahm man Entschlüsse über die Vorgänge, die sich auf dem Neubau des Schillertheaters abgespielt haben. Man hatte dazu um so mehr Anlaß, als bereits in der letzten Stadterordnetenversammlung der Herr Oberbürgermeister Schulters diese Vorgänge glaubte heranziehen zu können, um seine ablehnende Stellung zur Feuerungsanlage für die städtischen Beamten und Arbeiter begründen zu können. Er hat dort die Behauptung aufgestellt, daß es keinen Notstand gebe; denn das beweise der Berliner Drogenkontingentstreit und der Streik der Maurer am Neubau des Schillertheaters, wo die Maurer aus Uebermut, der seinen Ursprung in dem hohen Lohn von 75 \mathcal{M} pro Stunde habe, wegen einiger Entlassenen die Arbeit einstellen und nun streikten. Mit erschütterter Entrüstung nahm die Versammlung diese Mitteilung entgegen. Das Verhalten des Herrn Oberbürgermeisters wurde als eine grobe Entstellung von Tatsachen gekennzeichnet. Ob dieses nun bewußt oder unbewußt so gescheit hat, konnte nicht festgelegt werden. Aber anheim wurde es dem Herrn gegeben — nur schade, daß er nicht anwesend war — sich in Zukunft besser zu informieren und nicht Behauptungen in die Welt zu schleudern, die sonst als Verleumdung einer ganzen Kategorie von Arbeitern aufgefaßt werden können. Sollte Herr Schulters seine Weisheit von Herrn Maurermeister Baetge aus Spandau, dem die Maurerarbeiten übertragen sind, erhalten haben, so ist es ganz erklärlich, wenn er zu einem solchen Urteil gekommen ist, trotzdem der Tatbestand ganz anders ist. Aber Herr Oberbürgermeister: „Ein Mannes Rede ist keine Rede, man soll sie hören als Rede.“ Dem Herrn Baetge sind die Maurerarbeiten, laut Aussage einiger Kollegen, von einer Münchener Firma übertragen worden; er hat sie also nicht von der Stadt übertragen bekommen, sondern von einem Zwischenunternehmer. Der aus den Knochen der Arbeiter herauszuschälende Verdienst ist also zu teilen. Die städtische Bauverwaltung verlangt gute und solide Arbeit, die auch von den Maurern, die in ihrer großen Mehrzahl dort bis 15 Wochen beschäftigt sind, geliefert wurde. Dies ging aber dem Herrn Baetge gegen den Strich. Er jammerte, daß nicht genügend geliefert werde, und daß er jede Woche Geld ausgeben müsse. Die Regel, daß sich „gut“ und „viel“ nicht vereinbart, scheint dieser Herr verheßen zu haben; er soll es denn auch mit der Qualität der Arbeit nicht so sehr genau genommen haben, wenn mal der Herr Baumeister nicht zugegen war. Er soll dann mehr auf das Quantum, d. h. auf seinen Profit geachtet haben. Die Maurer konnten aber Herrn Baetge in dieser Beziehung nicht näher entgegenkommen, weil sie sich, und zwar mit Recht, sagten: Aus dem Steuerfädel der Stadt werden die Gelder für den Bau entnommen, unsere Kollegen sind dort auch dabei, folglich wird wir ebenfalls Bauherren. Wir haben nun als Bauherren, auch wenn wir selbst, wie in diesem Fall, auf dem Bau als Maurer beschäftigt sind, für unser Geld gute und solide Arbeit zu verlangen, also auch herzustellen, so wie sie von der Bauverwaltung verlangt wird. Herr Baetge glaubte nun, sein Ziel erreicht zu können, indem er vor längerer Zeit einige Maßregelungen vornahm. Infolge Eingreifens der Verbandsleitung wurden die Maßregelungen wieder rückgängig gemacht, und Herr Baetge erklärte sich im Laufe der Verhandlungen bereit, in Zukunft alle Beschwerden seinerseits den Maurern erst zu unterbreiten und nicht gleich das schärfste Mittel, die Entlassung, in Anwendung zu bringen. Ob Herr W. nun so verfahren hat, ergibt sich aus folgendem: Über nicht nur das Arbeitsquantum gab Anlaß zu Differenzen, sondern auch der Mangel an Rüstzeug, der sich um so mehr fühlbar machte, je weiter der Bau fortschritt. Es sind dort bereits fünf Unfälle vorgekommen, die alle auf die Mängel des Gerüstbaues, der Abdeckungen und der Schuttbächer zurückzuführen sind. Die Maurer sind wiederholt wegen Abstellung der Mängel vorzeitig geworden. Sie mußten wiederholt den Kollier resp. Unternehmer darauf aufmerksam machen, daß hier und dort noch Bedeutes an der Rüstung fehle, nicht abgedeckt und kein Schuttbach vorhanden sei. Und wie stellte sich Herr W. zu dem wiederholten Vorstellwerden? Er bezeugte dieses als Schikanierung. Sonnabend, den 10. März, besaßen nun alle 68 Maurer ihre Entlassung mit der Aufforderung, die Bude zu räumen und das Gelfier eventuell in die Zementbude zu stellen, es kämen am Montag-Abendmorgen; diese trafen denn auch am Montag ein. Herr Oberbürgermeister! Wo ist hier eine Arbeitseinstellung? Wo ist hier ein Streik aus Uebermut? Nein, das Gegenteil ist der Fall: es ist eine Ausperrung, wie sie frasser nicht gedacht werden kann. Hat nun auch Herr Baetge das getan, zu was er sich seinerzeit bereit erklärt hat, hat er den Maurern offen und ehrlich seine Beschwerden unterbreitet? Nun ist es selbstverständlich, daß, nachdem die Maurer ausgeperrt sind, sie auch den Bau sperren und Streikposten stellen. Herr W. scheint dies sonderbar vorgekommen; denn er fragte telephonisch bei der Verbandsleitung an, warum die Maurer die Arbeiter von der Baustelle fernhalten. Weiter wurde das bekannte schmeiche Vorgehen einiger Polizeibeamten den Streikposten gegenüber „Lobend“ hervorgehoben. Während man in anderen Fällen — man denke an den Raubmordern Hennig — nicht sehr viel Schwein hat, gelingt es hier den Beamten mit verblüffender Geschwindigkeit, drei Streikposten hintereinander zu fittieren

und bis zu zwei Stunden auf der Wache zu behalten, trotzdem absolut keine Gründe zum Einziehen vorhanden waren. Anders verfährt man mit den Afformaurern, obgleich jeder Preuze vor dem Gesetz gleich sein soll. Man höre: Der Kollege N. ließ sich mit einigen Arbeitern über die bestehende Differenz in einen kurzen Disput ein. Einige Afformaurer kamen mit hinzu, auch ein Beamter erschien, und im Weisheit des Beamten sagte ein Afformaurer zu dem Kollegen N.: „Du Strolch, mach daß Du wegstommst, sonst reißen wir Dir die Knochen auseinander.“ Der Kollege N., der ebenfalls kurz davorem fesselt worden war, verlangte nun auch die Entlassung dieses „Menschen“; der Beamte kam aber diesem Verlangen sonderbarerweise nicht nach. Dieser Fall beweist vieles, zeigt auch, was Geistes Kinder die dort nun beschäftigten Afformaurer sind. Es schäme wie ihre Moral ist, so schäme ich auch ihre Arbeit. Wurde von den Afformaurern eine gute Arbeit hergestellt, so ist dies bei den Afformaurern nicht der Fall. Wer ihre Praktiken kennt, weiß ganz genau, daß sie nur bestrebt sind, eine hohe Zahl Steine zu verarbeiten, ohne hierbei Rücksicht auf die Qualität der Arbeit zu nehmen. Im höchsten Maße legen sie noch etwas Gewicht auf das Aussehen der Arbeit, den sogenannten „Schnitt“. Ob aber die Steine richtig in Mästel gelegt und die sonstigen Regeln der Kunst beachtet werden, ist Nebensache. Es muß doch dann entsprechend mehr Mästel weid gemacht werden, das Weichmachen aber erfordert Zeit, und Zeit ist bei einem Afformaurer mehr als zu anderen. Die Versammlung stellte sich nun auf den Standpunkt, daß in diesem Falle unbedingt von den städtischen Körperschaften eingegriffen werden müsse. Es liege im Interesse des Baues und der Bräutal auf die Straße geworfenen Mauer, daß die Afformaurer von der Baustelle entfernt und die entlassenen Afformaurer wieder eingestellt werden. Die Versammlung erwartete daher von der Stadtverordnetenversammlung eine Prüfung der Angelegenheit und ihre Regelung in gewünschter Weise. Folgende Resolution, die der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet werden soll, gelangte einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß auf dem Bau des Schillertheaters am Sonnabend, den 10. d. M., familiäre Afformaurer eingestellt sind. Von dem Grundfals ausgehend, daß die Praktiken der Afformaurer nicht dazu angetan sind, eine solide und gute Arbeit herzustellen, so wie sie von den Afformaurern seitens der Bauverwaltung verlangt wurde, ersucht die Versammlung die Stadtverordnetenversammlung, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß die Afformaurer entfernt und die entlassenen Afformaurer wieder eingestellt werden.“ Selbstverständlich und erklärlich ist es, daß das Gebahren des Herrn Oberbürgermeisters und das des Herrn Bauges, sowie das Vorgehen der Polizei einer entsprechenden Kritik unterzogen worden ist.

Bunzlau. Am 17. März hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genosse Schlüter hielt einen Vortrag über Gewerkschaften und Genossenschaften. Redner forderte am Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen die Kollegen auf, Mitglieder des hiesigen Konsumvereins zu werden. Hierauf wurden die Delegiertenwahlen zur Konferenz vorgenommen; gewählt wurden die Kollegen Glog und Winter. Sodann wurde über die Mästel beraten, deren Ergebnis die Annahme eines Antrages war, der besagte, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung mit der Mahnung, rege zu agitieren, damit dieser Beschluß auch fruchtbar durchgeführt werde.

Crefeld. Die Maurer und Bauarbeiter in diesen Städten das dringende Bedürfnis, ihre traurige Lage zu bessern. Im vergangenen Herbst schlossen sie sich den Organisationen der Maurer und Bauarbeiter an, um geordnete Zustände im Gewerbe zu schaffen. Wenn Löhne von 38 A bis 45 A gezahlt werden, so erscheint die Forderung nach mehr Lohn nur zu gerechtfertigt. Auch die 11 bis 12 stündige Arbeitszeit soll abgeschafft werden. Am 4. März tagte nun in diesen eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, um den von der Organisation vorgelegten Tarifentwurf zu beraten. Der Redner, Kollege Mühl, schilderte den zahlreich erschienenen Maurern die traurige, unbillbare Lage der baugewerblichen Arbeiter. Zur Begründung unserer Forderung (53 A Mindestlohn, 10 stündige Arbeitszeit, Wegfall der Kündigung, wöchentliche Lohnzahlung, sowie bessere Wohnverhältnisse und andere Verbesserungen) wies Mühl überzeugend nach, daß wir wohl durch die unsumme Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen ein festes Steigen der Lebensmittelpreise konstatieren könnten, die Arbeiterlöhne dagegen seien gar nicht oder sehr wenig gestiegen. Was erreicht wurde, hätten wir der Organisation zu danken. Auch gebe es Tausende von Arbeitslosen, weshalb wir Vertiefung der Arbeitszeit forderten. Nach längerer sachlicher Begründung unserer Forderung resignierte Kollege Mühl, daß alle Mann sich organisieren müßten, um die Forderung durchzusetzen. Den Ausführungen folgte lebhafter Beifall. In der Diskussion sprach Pfeffer von den „Kamraden“. Dem Mühl wurde es wieder eingepreßt, daß er Parteipolitik getrieben habe. Ziel geklärt habe es ihn, Pfeffer, wohl, daß unsere Kollegen die Christlichen Unbedachtet liegen. Der sei eingeschaltet, daß es Vorstandsmittelglieder der Christlichen fertig brachten, total betranken in unsere Mitgliederversammlung zu kommen, um Lärm zu machen. Pfeffer meinte noch, man müsse auch den Gehaltsgegang der Unternehmer berücksichtigen. Es müßten gewisse Preise gefordert werden. Redner verlangte dann Anerkennung seiner Organisation. Der christliche Maurer (N) gab, ein Führer der Affosofisten und Mitbestellter am Stum auf unsere Mitgliederversammlung, behauptete, sie hätten noch keinen Tarif entworfen. Die „freien“ Molen müßten sehen, ihre Forderung durchzusetzen. Auf beifall: Wir ahnen den Röhren Lumen nach, indem wir weiterarbeiteten. Unser Flugblatt wurde von Zagen als flüchtig bezeichnet, während sein Kumpen Pfeffer zugab, die betreffende Behauptung eines christlichen Redners in der Affosofistenversammlung sei gefallen. Die Tatsache besteht also. Dann kam der Ringel aus Gladbach. (Wir haben den Ganges schon in Nr. 9 des „Grundstein“ kennen gelernt.) Er protestierte gegen den ihm von unserem Kollegen Wogl. zugelegten Titel Arbeitswilligen-agent, konnte aber seinen Verdr nicht wegleugnen. Ein „Pui“ nach dem anderen aus der Versammlung beehrte ihn, lieber ruhig zu sein. Dies geschah auch bald, und unsere Kollegen konnten die Äußerungen der christlichen Redner zurückweisen. Der Kollege Wogl. erinnerte den Zagen daran, daß die deutschen

„Kollablätter“ in diesen schon vor vier Wochen eine Lohnforderung des hiesigen Baugewerkschaftsverbandes publiziert hätten. Ergo habe Zagen gelogen. Dem Ringel wurde gesagt, er wäre wert, von seinen eigenen Kollegen angepöbel zu werden, da er in Gladbach die Beweise seiner „Agitation“ erbracht habe. Allerdings müßte Ringels beim Rabi anfragen, ob überhaupt auf seiner Ehre noch etwas zu reparieren sei und den Versuch machen. Kollege Pfeffer mußte auf seine „Unentwegtheit“ hören, daß er sich während der Aussprache immer ziemlich weit vom Bau, wo Streikbrecher waren, gehalten, den Streikbrechern geflühen und gewinkt habe, doch einmal nach ihm zu kommen. Drum sei es unfaßlich, meinte Wogl. heute, wo wir zur ersten Beratung versammelt wären, durch radikale Lüge von Beiseiteziehen ihrer Gewerkschaft den Unternehmern den Rücken zu stärken. Unser Tarif sei noch nicht eingebracht. Wollten sie (die Christlichen) ihn mitberaten, hätten wir nichts dagegen. Pfeffer versuchte eine Widerlegung, doch ohne Erfolg. Der Genosse Sempel wandte sich dann gegen die Jesuitentätigkeit der Christlichen, A. B. in diesen. In seinem Schlusswort reagierte Mühl auf Pfeffers Antwort. Man könne keine Lohnforderung begründen, wenn die wirtschaftlichen Zustände nicht berücksichtigt würden. Er habe keine Partei genannt oder empfohlen. Sodann besprach Redner noch den flüchtigen Fall, wo die Christlichen beschloßen hätten, mit uns nicht zusammenzugehen. Er empfahl nochmals allen Anwesenden, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Nachdem noch der Vorsitzende Wogl. einige zündende Worte zum Zusammenhalten und zur Einheit an die Kollegen gerichtet hatte, schloß er die Versammlung. Die Wirkung der Versammlung läßt sich dahin zusammenfassen: Unser Kaffaker arbeitete, um eine Anzahl Kollegen aufzunehmen, während die Christlichen wegen Nichtbewilligung von Eintrittsgeldern freilassen, d. h. gemaß. Guten Willen zeigen unsere hiesigen Kollegen. Mögen sie so weiter agitieren, dann werden wir auch in diesen den Unternehmern zusetzen können: Bis hierher und nicht weiter.

Darmstadt. Von der Zahlstelle Ober-Kamstadt wird uns geschrieben: In diesem Jahre soll wieder, wie im vorigen Jahre auch, ein Kollatzschlag von 6 A, zusammen 10 A, im Zweigverein Darmstadt eingeführt werden. Begründet wird diese Maßnahme von dem Kollegen Delp damit, daß wir für das Jahr 1905, in dem unser Vertrag abläuft, risiken müßten, um in der Lage zu sein, eine bessere Streikunterstützung zahlen zu können, wenn es zu einem Kampfe kommen sollte. Wie wir erfahren haben, sind verschiedene Zahlstellen Gegner dieses Kollatzschlages, wie wir auch. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Vertragspflicht statutarisch zu regeln ist. Genügen die jetzigen Beiträge nicht, so muß das Statut geändert werden. Unsere Kollegen zahlen gern einen erhöhten Beitrag, wenn eine dementsprechende Streikunterstützung gesichert wird. Unsere Kollegen im Zweigverein Darmstadt, die wie statutarisch festgesetzt ist, seit acht Wochen arbeitslos und in bitterster Not sind, trotzdem aber seit dem 1. März gehalten sind, Marken für Arbeitslose zu leben, wünschen, daß auf der nächsten Generalversammlung Stellung zu der Angelegenheit genommen oder eine Abstimmung darüber herbeigeführt wird.

Dortmund. Am 21. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende bekannt, daß die Baupreise über Giller & Kuhlmann mit vollem Erfolg beendet worden sei. Im Punkt „Mästel“ schilderte Kollege Mühl aus der Bedeutung des 1. Mai. Er wies darauf hin, daß es der Feiertag des Proletariats sei. Er legte weiter den Kollegen ans Herz, soviel wie möglich zu feiern und den Ausflüg mitzumachen. Es wurde beschlossen, daß die Kollegen zwei Waimarken und die Feiern eine Marke zu 50 A zu leben haben. Im Punkt „Gewerkschaftliches“ machte der Vorsitzende bekannt, daß am 24. März ein Regitationsabend stattfindet. Es sei Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen. Es wurde fobann noch zwei Kollegen eine Unterstufung von A 30 bewilligt. Alsdann erfolgte Schluß der Versammlung.

Esgefin. Am 18. März fand eine Mitgliederversammlung statt. Da der Vorsitzende nicht anwesend war, so wurde die Versammlung von den Mitgliedern abgehalten. Trotzdem ein Votum zum Vorsitzenden geschickt wurde, hielt er es nicht für nötig, zu erscheinen. Er gab auch keine Gründe an, weshalb er verhindert war. Anwesend waren acht Mitglieder, ein Kollege wurde neu aufgenommen.

Hamburg. (Situationsbericht für das Winterhalbjahr.) Die Bautätigkeit war in der Vorstadt mit Ausnahme des Monats Februar ebenso gut wie im Sommer. Die milde Witterung gehaltete es, daß unsere Kollegen vollst beschäftigt werden konnten, um aber im angehenden Frühjahr dafür büßen zu müssen, indem fast alle Winterbauten fertiggestellt wurden und der Beginn der Frühjahrsbauten durch den alljährlichen Stimmengel verzögert wird. Die Tätigkeit der Zweigvereinsleitung blieb dadurch gleich groß wie im Sommer, da sich die Differenzen unserer Kollegen mit den Unternehmern wegen Dichtung der Bauten, Heizung der Neubauten usw. nicht verminderten. Die in der Vorstadt abgehaltenen fünf Versammlungen enthielten außer zweien des Interesses der auswärtigen Kollegen. In einer dieser Versammlungen, die Ende November stattfand, wurde das Zweigvereinsregulativ beraten. Die wichtigste Aenderung, die daran vorgenommen wurde, ist, daß die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses nicht wie bisher in der Generalversammlung, sondern nach dieser durch Abstimmung in den Zahlstellen, Sektionen und Bezirken vorgenommen wird. Die anderen Aenderungen waren weniger wichtiger Natur. Die zweite wichtige Versammlung tagte am 11. März d. J. und beschäftigte sich mit einem Angebot des Bundes der Maurer- und Zimmermeister von Hamburg. Diese wünschten, mit den organisierten „Bauarbeitern“, d. h. den Maurern und Zimmerern, einen Tarifvertrag abzuschließen. Unseres war man geneigt, einen Vertragsabschluß zuzustimmen, wenn er annehmbar Bedingungen bieten würde. Nach langwierigen Verhandlungen der beteiligten Vorstände mit dem Bund, die schon seit der vorjährigen Lohnbewegung schweben, waren sie soweit gediehen, daß sie den Mitgliedern zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden konnten. Das Angebot der Unternehmern lautete auf eine dreijährige Vertragsdauer und vom 1. Juli 1906 an eine Erhöhung des Stundenlohnes von 75 auf 80 A. In dieser Versammlung wurde nach einem eingehenden Referat des Vorsitzenden, Kollegen Garthwig, folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 11. März 1906 im Lokale des Herrn Springborn tagende, von 2900 Personen besuchte Versammlung des Zentralverbandes der Maurer, Zweigverein Hamburg, nimmt Kenntnis von den Verhandlungen, die von dem Vorstand des Bundes der Maurer- und Zimmermeister Hamburgs veranlaßt sind, erhöhen die hiesige Arbeitszeit bezuschulden und dann auf eine Reihe von Forderungen einen Tarifvertrag abzuschließen, scheint der Versammlung unannehmbar aus folgenden Gründen: 1. Ein Tarifvertrag in diesem Sinne würde schwer mit dem prinzipiellen Standpunkt der Organisation in Einklang zu bringen sein; 2. ist auch die augenblicklich herrschende und vorausichtlich noch für mehrere Jahre anhaltende außerordentlich gute Konjunktur nicht danach angetan, Tarifverträge mit solchen geringen Vorteilen für längere Jahre abzuschließen; 3. würde ein Tarifvertrag, bei dem nicht die Bauhelferarbeiten einbezogen sind, keine Garantie für den dauernden Frieden im Baugewerbe bieten. Sollte es aber den Arbeitgebern unter allen Umständen auf einen Vertrag ankommen, so erklärt die Versammlung, nur dann darauf eingehen zu können, wenn gleichzeitig die Bauarbeiter als Kontrahenten mit aufgenommen werden und in dem Tarifverträge eine Vertiefung der Arbeitszeit unter neun Stunden und eine dementsprechende Lohnerhöhung festgelegt wird.“ Der Termin, von wann ab die Arbeitszeit verkürzt werden soll, kann durch weitere Verhandlungen, die anzubahnen sind, noch vereinbart werden.“

Es ist zu erwarten, daß auf Grund dieser Resolution weitere Verhandlungen mit den Unternehmern vom Bund gepflogen werden und daß die von der Gesellschaft geforderte Arbeitszeitverkürzung mit diesem auf gutlichem Wege durch Vertrag geregelt wird.

Weiter sei hier am Schluß noch kurz erwähnt, daß wiederum Mitglieder der „Freien Vereinigung“ an dem gesparten Post des Unternehmers Diebstahl, Mannmannfrage, die Mauerstreifer martiniert und dadurch für 60 unserer dort beschäftigt gemeinen Kollegen den Kampf um eine gerechte Sache erschweren.

— (Jahresbericht für 1905.) In der am 15. März stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende Garthwig eine ausführliche mündliche Erläuterung zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Aus diesem Bericht ist die schon an anderer Stelle besprochene, hier in Tabellen und amtlichen Veröffentlichungen geschilderte rege Bautätigkeit hervorzuheben, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch noch in den nächsten Jahren anhalten wird. Die unter Lohnbewegung geschilderten Vorgänge sind schon in Nr. 44 vom Jahrgang 1905 eingehend berichtet, so daß eine Wiederholung an dieser Stelle nicht nötig ist. Außer der Lohnbewegung fanden 33 Arbeitsereignisse statt, wovon 18 zu Sperren führten.

An diesen Arbeitsereignissen waren 437 Kollegen beteiligt. Von den Sperren verliefen 10 zu unseren Gunsten, während 7 verloren gingen. In drei Fällen waren es unsere Auskollegen, Mitglieder der „Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs“, die die Bauten gleich oder nach Verlauf einiger Tage befestigten, während in den anderen Fällen andere Personen gleicher Gesinnung den Streikbruch überließen. Der letzte Fall betrifft einen Tarifbruch einiger Mitglieder der „Freien Vereinigung“ in der Zahlstelle Mienstedt; diese eblen Seelen blieben natürlich auch nach Verhängung der Sperre am Bau. Bemerkenswert mag hierbei noch werden, daß bei der Sperre über den Bau des Unternehmers Diebstahl im Bezirk Mothenburgsort der Maurer Karl Paries, wohnhaft Schumannstraße 67, 2. Et., Vorstandsmitglied der „Freien Vereinigung“, sogar nach Verhängung der Sperre von dem Unternehmer die Fertigstellung der Bauten in Afford übernahm und dann von verschiedenen Bauten Leute aus der Arbeit nahm und so eine größere Streikbrecherkolonne aufzustellen sollte. Die Streikbrecherlaufbahn der „Freien Vereinigung“ führt zu immer größeren „Ergebnissen“.

Eine recht eigentliche Ereignisung machte sich in der Vorstadt bemerkbar, nämlich: daß die meisten Sperren wegen Nichtzahlung des Lohnes resp. Arbeitsgeldes erfolgen mußten. Und ist dieses wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich in den letzten Jahren recht viele unfaubere Elemente dem Bauhand zugewendet haben. Den Sperren nach zu urteilen, beschränkt sich der Bauhandwandel auf Hamburg. Aus Altona und den übrigen Nachbarorten sind solche Klagen nicht laut geworden, jedenfalls waren Sperren, um die Löhne von Bauhandwählern zu erlangen, dort nicht notwendig. In drei Fällen zahlten die Unternehmer die Kosten, die der Organisation bei Durchführung der Sperren entstanden waren, an uns zurück.

Gaben sich die Differenzen, die zur Arbeitsereignisse führten, gegen das Vorjahr bedeutend vermehrt, so sind auch naturgemäß die übrigen Differenzen gestiegen. War doch noch in weiteren 510 Fällen ein Auszufallmitglied des Zweigvereinsgebietes tätig, um aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitfälle zu sichten. Leider muß auch diesmal wieder hervorzuheben werden, daß die Affordarbeit einen großen Teil dieser Differenzen verursacht hat; an verschiedenen Bauten hatten die Kollegen die Solidarität vollständig vergessen. In 16 Fällen wurden Sektionen mit den beteiligten Kollegen abgehalten. Nach unserer Meinung liegen sich viele dieser Differenzen vermeiden, wenn sich die Kollegen mehr befleißigen würden, bei auftauchenden Streitigkeiten sich ruhig und sachlich zu überlegen. Vor allem sollten sie auf dafür Sorge tragen, daß nur solche Kollegen als Baubefehlerte gewählt werden, welche die nötigen Fähigkeiten dazu besitzen. Dieses ist leider nicht immer der Fall, oft wird es sogar ganz verkannt, überhaupt einen Delegierten zu bestimmen.

Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 4948 gegen 4107 im Jahre 1904; das ist ein Mehr von 841 Mitgliedern. Hierunter sind 12 Neubauten, 62 Ehrenmitglieder und 204 Ausländer. Von den Ausländern sind 8 Italiener und 16 Böhmen. Die Fluktuation war im Berichtsjahre außerordentlich groß, was seine Ursache darin hatte, daß eine große Anzahl Kollegen aus Streik- und Aussperrungsorten vorübergehend hier gearbeitet haben. Aber auch sonst war der Zu- und Abzug sehr erheblich. Im August hatten wir die größte Mitgliederzahl zu verzeichnen: 5978. Hinzu kommen noch 200 bis 300 Kollegen, die aus der Umgebung hier arbeiteten, nicht aber nach A. e. des Statuts nicht aufgenommen wurden. Alles in allem arbeiteten im Hochsommer über 6300 Verbandskollegen in Hamburg und Umgebung. Nach unserem Verzeichnis sind 1078 Mitglieder neu eingetreten, 1514 haben sich an- und 1274 abgemeldet. Aus dem Vergleich der Zahlen ist zu ersehen, daß eine ganze Anzahl Kollegen abgereist ist, ohne sich abzumelden.

Am Jahresfchluß hatten 82 pzt. der Mitglieder ihre Beiträge voll bezahlt, was eine kleine Steigerung gegen das Vorjahr bedeutet. Es ist aber zu hoffen, daß dies Resultat noch

besser wird, da für das neue Jahr die vierzehntägige Kasserung voll durchgeführt ist. Die aufgenommenen Statistiken über die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei und über die Verbreitung der Parteiliteratur unter den Mitgliedern des Zweigvereins ist schon in Nr. 43 vom Jahre 1905 veröffentlicht. Die beiden Sektionen (Blattentwerfer und Zementierer) nebeneinander erfreulichen Aufschwung; es ist sicher zu erwarten, daß diese noch manches gute für ihre Mitglieder erringen werden, wenn diese Entwicklung noch weiter anhält. Außer den regelmäßigen Jahreshauptversammlungen und den zahlreichen Bezirkszusammenkünften fanden 21 Zweigvereinsversammlungen statt, wovon sich drei mit der Lohnbewegung beschäftigten. Die übrigen Versammlungen beschäftigten sich mehr oder minder mit Differenzen an den Bauten, geschäftlichen Angelegenheiten zc. Das Bundeslegationsbüro entsprach immer noch nicht dem, was notwendig zu erwarten wäre. Wenn auch in der Hochkonjunktur 200 und mehr Delegierte angemeldet waren, so ist das im Vergleich mit der Anzahl der Baukassen immer noch sehr unbefriedigend. Delegationskassen fanden neun statt, in denen beschriebene Vorträge gehalten und vor allem notwendige geschäftliche Angelegenheiten besprochen wurden. Die Tätigkeit des Vorstandes war, wie schon erwähnt, ziemlich unsuffizient. Außer der Teilnahme an Sitzungen anderer Körperkassen und denen in den Baukassen, Sektionen und Bezirken, hielt der Vorstand für sich noch 67 Sitzungen ab. Davon 24 Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes und 43 des Geschäftsführenden Ausschusses. Die Bureaukratie hat sich gegen das Vorjahr wiederum ganz erheblich gehiebert, so daß fast für das ganze Jahr, außer den beiden Brämen, ein Kollege als Hilfskraft notwendig war. Die Korrespondenz ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Eingänge:	Ausgänge:
Briefe 1499	Briefe 1702
Karten 1180	Karten 1504
Druckdrachen 821	Druckdrachen 7108
Telegramme 6	Telegramme 27
Pakete 24	Pakete 59
Geldsendungen 32	Geldsendungen 37
Insgesamt 3062	Insgesamt 10438

Mit Zirkularen, Versammlungseinladungen usw. wurden außerdem noch 17 464 Exemplare angefertigt und befördert. Die persönlichen Ausgaben der Verwaltung pro Mitglied betrugen im Berichtsjahre M. 1,63, im Jahre 1904 M. 1,44 und 1903 M. 1,74.

Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten wurde im Bureau in 166 Fällen erteilt. Von diesen liegen sich 80 auf gültlichem Wege resp. durch Vermittlung eines Ausschussmitgliedes erledigen, während es in 86 Fällen zur Klage kam und Rechtschutz gewährt wurde. Von diesen 86 Klagen, wovon die meisten aus der Affordarbeit entstanden waren, wurden 81 vor dem Gewerbegericht und 5 vor dem ordentlichen Gericht geführt. Von den Gewerbegerichtsklagen führten 4 zur Verurteilung bei dem Landgericht; während hierdurch von Ungunsten der Kläger 2 ausfielen, sind 2 noch nicht entschieden. Klageurteilen wurden im ganzen 62 angefertigt, in 38 Fällen wurde die Vertretung der Klagen von einem Mitgliede des Ausschusses übernommen. Die Klagekasse hat in diesem Jahre eine ganz bedeutende Höhe erreicht, sie betrug M. 24 345,76. Die Klagen hatten folgendes Ergebnis: Zu Gunsten der Kläger durch obliegenden Urteil wurden 37 Klagen mit M. 15 721,26, durch Vergleich 15 mit M. 2651,36 erledigt. Zu Ungunsten der Kläger fielen 9 aus, während von 10 der Ausgang nicht bekannt geworden ist und 4 wegen Unzulänglichkeit zurückgewiesen wurden. Die Summe, die bei diesen Klagen für die Kollegen erreicht wurde, betrug also insgesamt M. 18 372,74.

Von einem ganzen Teil dieser sogenannten Baulöhne war trotz wiederholter Forderung der angelegte Lohn resp. das Affordgeld nicht beigetragen. Insgesamt schweben eine Anzahl dieser Herren unseren Kollegen noch M. 4969,13. Ob diese Summe für immer verloren ist, wird die Zeit lehren müssen. Aus dem Kassenbericht sind folgende bemerkenswerte Zahlen anzuführen. Die Einnahme und Ausgabe für die Bausekasse sind für Sterbeunterstützung M. 8807,15, für Krankenunterstützung M. 7517,55, für Reiseunterstützung M. 1688,50, für Rechtschutz M. 760,67. Der Lokalfasse waren zu überweisen M. 38645,72. Die Einnahme der Lokalfasse inkl. Bestand betrug M. 79203,62, die Ausgabe M. 38586,52. Hierfür für Unterhaltungen M. 7218,98, für Agitation M. 1380,15, für die Verwaltung M. 8083,22, für sachliche Verwaltung M. 4056,33 und für sonstige Ausgaben M. 17868,74. Das Gesamtvermögen des Zweigvereins beziffert sich mit den Kassenbeständen in den Baukassen auf M. 35564,75. Die Diskussion zu dem Jahresbericht war nur kurz, nennenswerte Ausstellungen wurden nicht gemacht. Der Kassierer wurde sodann auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Hierauf wurde nach einem Bericht der Wahlkommission die von dieser aufgestellte Kandidatenliste zum Geschäftsführenden Ausschuss von der Versammlung genehmigt. Die Wahl selbst fand am 18. März in den Bezirken statt. Als Revisoren wurden die bisherigen einmütig wiedergewählt. Am Schluß des Berichts mag noch ein Ausdruck finden, nämlich, daß die Mitglieder dem neu zu wählenden Vorstand die gleiche und noch größere Unterstützung angeheißen lassen mögen wie bisher, dann wird die Organisation weiter blühen und gedeihen, uns zum Schluß, den Unternehmern zum Trug!

Die am 18. März stattgehabene Neuwahl des Geschäftsausschusses ergab folgendes Resultat: Abgegebene gültige Stimmen 889, hiervon erhielten Garwig, bisheriger Vorsitzender, 721, Hambs, bisheriger Kassierer, 686, Gode, als zweiter Vorsitzender 464 und Koch als Schriftführer 459 Stimmen. Zur Wahl des zweiten Kassierers ist noch eine Stichwahl notwendig.

Gesellschaftliche (Zahlstille Gladb.) Hier in Gladbach geht es recht lustig zu. Einen Tarif haben wir zwar, aber wie sieht es mit seiner Innigkeit aus? Sehr traurig! Besonders geizig sich hierbei die Maurer der Firma Braunsteiner aus; es sind diese sogenannte „Christliche“. Statt die anderthalbstündige Mittagspause einzuhalten, wird Mittags schon um 1 Uhr angefangen, es wird also 10½ Stunden gearbeitet, angeblich, um Regenfeiernanden herauszubringen. Diese Kollegen müssen jedenfalls kein Salz in ihrem Haussalt haben, sonst würden sie doch den Tarif einhalten können, denn sie im vergangenen Jahre so zugebeut haben, wo sie sich verpflichtet, für seine strenge Innigkeit und Durchführung zu sorgen. Das ist nun die berühmte christliche Gewerkschaftsarbeit! Recht lustig geht es auch beim Neubau der Kolonie der staatlichen Bede „Vereinigte Gladbach“ zu. Die Arbeit ist

der Firma Wilhelm Altfener in Osterfeld übertragen. Bei der genannten Firma ist ein Kolier Häfcher beschäftigt, der es sich zu seiner Aufgabe gemacht hat, unsere Verbandkollegen auf jede mögliche Art und Weise, „christlich“ zu machen. So hatte ein Verbandsmittglied vier Kollegen aufgenommen, da verlangte Häfcher von ihm, er solle ihm die Namen nennen, und äußerte: „Wenn es Ausländer sind, so gehe ich zum Kommissar und zeige sie an, dann werden sie aus Deutschland ausgewiesen.“ Dieser ehrenwerte Christenkolier sollte doch Besseres tun, als sich um Ecken befummern, die ihn durchaus nichts angehen. Möge er doch seine Pflicht tun und dafür sorgen, daß die Vorkantlagen abgelehnt werden, daß die Baulöse größer wird, damit nicht die Arbeiter ihr Heißtut usw. im Stehen verzeihen müssen, daß der Abort in einen verwerflichen Zustand kommt, und daß die Zahlung, wie im Tarif vorgeschrieben, des Mittwoch stattfindet, und nicht, wie am Donnerstag, den 15. März, wo sie erst Abends um 8½ Uhr begann, so daß die letzten Arbeiter erst gegen 10 Uhr ihren Lohn erhielten. Ferner, daß die Abkühlungszahlung regelrecht am folgenden Mittwoch nach der Böhnung stattfindet und nicht erst am darauf folgenden Samstag. Offenlich genügen diese Beilen, um dem Herrn einen Fingerzeig zu geben, was seine Angelegenheiten sind, andernfalls gehen wir uns veranlaßt, noch deutlicher zu sprechen.

Gau Hannover. (Konferenzbericht.) Am 11. März hielt der Gau Hannover in Hannover seine Konferenz ab. Vurgdorf, Delmold, Groß-Freden und Stadthofendorf waren nicht vertreten. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes, 2. Lohnbewegungen und Streiks, 3. Agitation, 4. Anträge der Delegierten und Wahl des Gauvorstandes. Zum ersten Punkte führte Varnhorst aus, daß auf der vorigen Konferenz in Aussicht gestellt worden sei, die Gawe Braunschweig und Hannover zu verschmelzen; aber daraus sei nichts geworden. Ferner sei beschlossen worden, in den nächsten Jahren eine richtige Agitation zu betreiben. Infolge dieses Beschlusses sind seit der letzten Konferenz in Bünde, Plomberg, Stadthofendorf, Stadthagen und Winnen Zweigvereine neugegründet worden. Aufgeführt haben sich die Zweigvereine in Wodenweder und Riet hem a. d. A. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: 1905: 1. Quartal 4837, 2. Quartal 5460, 3. Quartal 5871, 4. Quartal 6272. Beitragsmarken wurden im ersten Quartal 22 078, im zweiten 29 591, im dritten 73 816, im vierten 67 609, in Summa 213 089 umgelegt; macht pro Mitglied 38,70. Außerhalb ist der Vorbescheid 1905 in 278 Orten tätig gewesen. Ferner führt weiter aus, daß wir im großen und ganzen mit der Entwicklung zufrieden sein können. Die einzelnen Zweigvereine haben, was anerkannt werden mußte, tüchtig gearbeitet; aber leider sehe es in einigen Zweigvereinen mit der Geschäftsführung und Kassenführung, infolge des häufigen Wechsels des Vorstandes, nicht zum besten aus. Der Kassierer Dettmeier führte hierauf aus, daß es wohl überflüssig sei, den Kassenerbericht mündlich zu geben, da er gedruckt vorliegt. Obermeyer-Braunschweig weist auf den „Grundstein“-bericht über die Verhältnisse in Braunschweig hin und empfiehlt die Verschmelzung Braunschweigs und Hannovers. Hiergegen erfolgt kein Widerspruch. Zum zweiten und dritten Punkte, die zusammengelegt wurden, referierte Bömelburg und führte in anschaulicher Weise den Wert der Haus- und Baulenagitation vor Augen. Von großen Werten sei es, daß die Kollegen ihr Wissen bereichern; denn die übergroße Mehrzahl sei in kleinen Orten groß geworden, wo die Schulbildung bekanntlich mangelhaft ist. Deshalb sei es Hauptaufgabe der Organisation, durch Anschaffen von Büchereien und Besuchen von interessanten Versammlungen, den Bildungsgrad der Kollegen zu heben. Wir müssen immer mehr bestrebt sein, die Organisation zu festigen und unsere Kollegen als leistungsfähige Kämpfer zu erziehen, damit wir noch in erhöhtem Maße in der Lage seien, die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Mitglieder zu verbessern, weil die Arbeitgeber es versuchen, uns in immer größere Kämpfe zu verwickeln. Zu diesem Zwecke werde in Kürze eine Broschüre von 32 Seiten unentgeltlich herausgegeben werden. Diese soll vom 25. März bis 1. April betrieblen und damit zugleich eine Hausagitation betrieben werden. Ueber die Notwendigkeit der Lohnherabsetzung seien alle Kollegen klar; aber über die Verzögerung der Arbeitszeit müsse mehr Klarheit geschaffen werden und diesbezüglich werde der Hauptvorstand im August eine Broschüre zu einem geringen Preise herausgeben. Hierauf wurde beschlossen, zwecks besserer Agitation Bezirkskonferenzen abzuhalten. Zu den verhandelnden Klagen betreffs der Affordarbeit bemerkt Bömelburg, daß diejenigen, die Afford annehmen in Orten, wo Affordarbeit unterlagert ist, aus dem Verbande ausgeschlossen würden. In den Vorstand wurden hierauf Varnhorst als Vorsitzender, Dettmeier als Kassierer, Olshoff als Schriftführer, Busse, Kaufmann und Windolph als Beisitzer und zu Revisoren Dreweß, Schilling und Bahmann gewählt. Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag des Hauptvorstandes, das Gehalt des Vorsitzenden auf monatlich M. 170 mit rückwirkender Kraft, vom 1. Mai 1905 festzusetzen. Während die hannoverschen Delegierten dagegen sprachen, waren die auswärtigen dafür. Es wurde der Antrag ohne den letzten Teil angenommen. Nach Erledigung der Anträge, wurde die Konferenz geschlossen.

Sohsenfalska. Die hiesigen Kollegen haben den Unternehmern eine Lohnforderung unterbreitet. Es hat auch schon eine Unterhandlung stattgefunden, eine Einigung ist aber nicht erzielt worden. Die Unternehmern setzten sich aufs hohe Pferd und drohten mit der Geranzollung von Mauern aus Oberkasseln; diesen würden sie dann 50 % und eine Mark mehr geben als den hiesigen Kollegen. In dem drei Meilen von hier entfernten Orte Kruschwitz ist gegenwärtig eine gute Bausekassur und hier haben die Unternehmern bereits fremde Maurer herangeholt. Obgleich nun schon in der „Bausekassur“ vor Augen nach hier gewandt und bekannt gegeben ist, daß hier Differenzen vorliegen, kamen doch zwei geführte organisierte Maurer in Kruschwitz zugereist, nahmen hier Arbeit an und erklärten, noch mehr Maurer beschaffen zu wollen, wenn solche verlangt würden. Das sieht den „Christen“ ganz ähnlich.

Leutenberg in Thüringen. In der am 18. März hier abgehaltenen Versammlung des Zweigvereins wurde über die Lohnfrage beraten. Aus dem Bericht der Lohnkommission ging hervor, daß der Stundenlohn am 1. April d. J. von 30 auf 33 bis 35 % und auf dem Lande auf 36 % erhöht und die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. Gefordert waren 35 %, in der Stadt, außerhalb der Stadt bis zu einer Stunde Entfernung 37 % und 40 % für weitere Entfernung. Der Betrag soll auf zwei Jahre befestigen. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, den Antrag anzunehmen. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, mehr an den Versammlungen teilzunehmen und sich an der in nächster Zeit stattfindenden Hausagitation zu beteiligen.

Alfa. Am 8. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung zu der sich 55 Kollegen eingefunden hatten. Zunächst wurde die Lohnfrage beraten. Der bisherige Stundenlohn stand auf 24 %; beschlossen hatten wir, 40 % zu fordern. Diese Forderung war den Meistern auch unterbreitet worden. Durch Unterhandlungen ist es gelungen, einen Vertrag auf ein Jahr mit den Unternehmern zu vereinbaren, worin der Stundenlohn um 2 % erhöht wird, also 26 % beträgt. Zugewillt, die bei ihrem Lohnmeister weiter arbeiten, erhalten einen Stundenlohn von 25 %, und die älteren Kollegen sollen nach Leistung entlohnt werden. Der Kollege Kiebig aus Schwelgau war im vorigen Jahre sechs Wochen Beitrag schuldig. Als ihn die Kollegen einmal daran erinnerten, gab er ihnen zur Antwort, er sei nicht mehr im Verbanne. Als er dann in etwas heiterem Zustande nach Hause kam, steckte er sein Mitgliedsbuch ins Feuer und verbrannte es. Auf diese Tat hin erfolgte sein Ausschluss aus dem Verbanne.

Martenwerder. Sonntag, den 11. März, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Was müssen wir tun, um die gelbe Gefahr bei uns im Reime zu erlösen? In einem kurzen Vortrage teilte der Vorsitzende mit, worauf hingewiesen, wie es unseren Kampfgesossen in Königsberg ergangen ist. Ferner betonte er, daß auch im Westen die christlichen Brüder zum Teil der Hemmschuh unserer gerechten Sache sind. Deshalb müßten wir hier im Osten mit allen erlaubten Mitteln gegen solche Schmarotzer und Herrentrieber kämpfen, um sie im Reime zu erlösen. Der Vorsitzende schloß mit der Mahnung, hier am Orte stets auf unserer Hut zu sein. Sollte uns von irgend einer Seite Gefahr drohen, so müßten wir solange unser Feld bearbeiten, bis es wieder geräuhert sei. Was jetzt ist hier am Orte nur ein Maurer, der der christlichen Sekte angehört. Er scheint aber kein Mittel, um unter dem Mantel der christlichen Liebe noch mehr Kollegen zu bekommen. Ebenfalls ist er ärgerlich darüber, daß er von uns im vorigen Jahr aus gewissen Gründen ausgeschlossen wurde. Na, vorläufig wünschen wir ihm viel Glück. Im zweiten Punkt: „Vereinsangelegenheiten“, wurde beschlossen, die Sperre über den Bau der höheren Fachschule solange zu führen, bis unser Vertrag vom Unternehmer Hinz aus Thorn anerkannt worden ist. Bis jetzt arbeitet kein Maurer an dem Bau. Jeder Versuch, andere Maurer anzustellen, ist gescheitert. Ueber kurz oder lang wird der spröde Herr doch auch mal weichen werden. Die Arbeitsgelegenheit am Orte ist bis jetzt gut zu nennen. Mit einem begeisterten Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Verbandes, wurde die Versammlung, die nicht fast bejagt war, geschlossen.

München-Glabach. Unsere Zahlstelle sowie der Zweigverein Mchyd sind endlich wieder in der Lage, Mitglieder- und Ortsversammlungen abzuhalten, da es jetzt gelungen ist, trotz der Polizei, ein Lokal zu bekommen. Es ist dies der neuebarte Saal des Wirtes Paland in Mchyd, Friedenstraße. Es dient nun allen Kollegen von Mchyd. Obenstehen und München-Glabach zur Nachricht, daß in den neuen Lokal Sonntag, den 1. April, die erste Mitgliederversammlung Nachmittags 4 Uhr stattfindet. Es ist dringend erforderlich, namentlich angesichts unserer Lohnforderung, daß alle Kollegen pünktlich erscheinen.

Nürnberg-Fürth. Dienstag, den 13. März, tagten im hiesigen Zweigverein drei öffentliche Maurer- und Steinbauer- und Zimmermannsversammlungen, die trotz des schlechten Wetters ansehnlich besucht waren. Die Referate hatten die Kollegen Metzel, Engelhardt und Ziegler aus Nürnberg übernommen. Die Tagesordnung lautete: „Unser Tarifablauf und unsere Stellung hierzu“. Von allen Referenten wurde eingehend der Wert von Tarifverträgen erläutert und die Kollegen aufgefordert, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß wieder ein Tarif zu Stande kommt, da unsere Vereinbarungen am 1. Juli d. J. ablaufen. Die Referenten wiesen auch darauf hin, wie schädlich die Unternehmern mit Vereinbarungen umgehen. Gerade die Nürnberger Unternehmern hätten dies in letzter Zeit bewiesen. Sie gemieren sich nicht, kontraktbrüchig zu werden und sich an den Pfennigen, die sie den Arbeitern abgeben, zu bereichern. Die Referenten wiesen ferner auch auf die Lausheit unserer Kollegen hin, die sich in den meisten Fällen nicht gekneen, ihr Recht vor den Unternehmern zu verlangen, was darauf zurückzuführen sei, daß viele unserer Kollegen sich der Organisation noch nicht angeschlossen haben. Dies müsse aber sehr bald nachgeholt werden, wenn wir uns mit einem neuen Tarif beschäftigen wollten. Ferner wiesen die Referenten auf die Bepflanzungsorganisationen hin und führten aus, daß solche nur geschaffen worden sind, um die Einigkeit der Arbeiter nicht aufzuheben werden zu lassen. Die Annahmenden wurden aufgefordert, sich von solchen Sonderbindern den Kopf nicht verdecken zu lassen. Beschäftigt wurde der Referenten gezollt und in der Diskussion wurde noch das Vorgehen einzelner Herren einer Kritik unterzogen. Hierauf forderten die Vorsitzenden zu einer regen Agitation auf und schloßen mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung die Versammlungen.

Verdichtung. Ein Bericht in Nr. 12 des „Grundstein“ aus Nürnberg-Fürth gibt eine sehr unrichtige Darstellung über meine Ablehnung der Wahl zum ersten Vorsitzenden. Ich stelle hier fest, daß ich schon vor der Wahl ablehnte, also hätten mich die Kollegen schon im voraus überhaupt nicht wählen sollen. Außerdem war dann meine Begründung ganz anders, wie angegeben. Nachdem sich eine Anzahl Kollegen schon im vorigen

Sahr mit meiner Person beschäftigt, wie es nicht sein sollte, wollte ich ihnen eine solche Gelegenheit nicht wieder bieten, deshalb habe ich abgelehnt. Die in dem Bericht gegebene Darstellung, den Anforderungen nicht genügen, erachte ich als Diskreditierung für mich nach außen hin. Ein Urteil hierüber will ich nicht abgeben, das überlasse ich denen, die nach Deutschnacht befinden.

Urban Engelhardt.

Dyphen. Im vorigen Jahre trafen sich hier einige Streikbrecheragenten herum, um für den hiesigen Unternehmer Paul Moör „Arbeitswillige“ anzukurbeln. Es gelang ihnen auch, einige Dumme einzufangen, mit denen dann die Meiste nach Kiel am 22. April v. J. angetreten werden sollte. Kurz vor Beginn der Reise gestellten sich zu den Angeordneten die Kollegen Paul Konegisch und August Wobben, um sie davon abzuhalten, daß sie den Kieler Kollegen in den Mäusen fischen. Bei dieser Gelegenheit sollen sich die beiden Kollegen eines Vergessens gegen den § 133 der Gewerbeordnung haben zu schämen kommen lassen, indem sie die Leute bedroht, beleidigt und vor ihnen ausgepöbeld haben sollten. Wegen dieses Vergessens hatten sich die beiden Kollegen am 16. März d. J. vor dem Schöffengericht in Schleswig zu verantworten. Es war ein großer Zeugenapparat aufgetrieben worden, um den Angeklagten ihre Schuld nachzuweisen. Aber der liebe Witz war wieder einmal unfehlbar gewesen. Keiner der Zeugen konnte etwas Belastendes für die Angeklagten aussagen und so mußte denn die Freisprechung der Angeklagten erfolgen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. — Nun etwas über die hiesigen Verhältnisse im allgemeinen. Die Bauwirtschaft ist hier in diesem Jahre etwas besser zu werden, und das ist es ja ganz selbstverständlich, daß die Bauwirtschaft alles aufbieten, um die Organisation zu stärken. Das hat nun die ganze realistische Gesellschaft, Polizei und Geistlichkeit, in einen gewissen Schreden versetzt. Es wird daher alles angeordnet, um die „rote Gewerkschaft“ zu ersticken. Allen voran ist natürlich die Polizei; aber auch den „Christen“ ist kein Mittel zu faßlich, um uns zu bekämpfen. Die Polizei bringt ihr überall bestes Mittel der Sozialabtreibung auch hier in Anwendung. So hat sie einem Wirt gedroht, andere Maßnahmen gegen ihn zu ergreifen, wenn er uns noch länger in seinem Lokal dulden würde. Der Wirt protestierte dagegen, daß er seine Gäste an die Luft setzen solle, indem er darauf hinwies, daß wir anständige Gäste seien, die sich nichts zu schämen kommen ließen. Aber die Polizei behauptete, wir seien Sozialdemokraten und deshalb dürfe uns kein Wirt in seinem Lokal dulden. So treibt es hier die Polizei. Und das Unternehmen und Geistlichkeit in unserer Verfassung nicht zurücksetzen, bedarf es keiner längeren Darlegung. Fast jeder Maurer, der hier in Arbeit tritt, wird von den Bauherren und Politikern bedrängt. Es wird ihm gesagt, wenn er nicht Mitglied der katholischen Gewerkschaft werde, erhalte er keinen höheren Lohn. Um schlußendlich treibt es in dieser Hinsicht der Bauherr, der Maurermeister Schmidt und dessen Poliere, wie der berühmte Streikbrecheragent Kasporf, Schwarz und andere.

Bruch. Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Maurer und Zimmerer tagte hier am 15. März im Lokal des Herrn M. Schilling. Der Gesellen-Ausschuß berichtete über die Verhandlung mit den Unternehmern. Nach unserer letzten Versammlung, in der beschlossen wurde, wegen der abnehmenden Zahlung der Unternehmer nun statt 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn 60 $\frac{1}{2}$ und 10 Stundenlohn zu fordern, haben die Herren Meister sich bequemt, uns ein diskretes Angebot zu machen. Sie bieten vom 16. März d. J. bis 15. März 1907 pro Stunde 50 $\frac{1}{2}$ und vom 16. März auf ein weiteres Jahr pro Stunde 53 $\frac{1}{2}$ als 9 Stundenlohn. In der Diskussion, an der sich auch die Gauleiter der Zimmerer und Maurer beteiligten, wurden vier verschiedene Ansichten über das Angebot vertreten. Kollege Robert-Hamburg machte darauf aufmerksam, daß unbedingt auf die Nebenforderungen mehr Bezug genommen werden müsse. Vor allen Dingen sollte man aber an die Baugelddarsteller denken. Diese sollten wieder so sans facon bei Seite geschoben werden. Aus moralischen Gründen sowohl als auch im eigenen Interesse hätten wir darauf zu bringen, daß für die Baugelddarsteller die Lohnfrage geregelt werde. Es erfolgte dann die Abstimmung über Lohn und Arbeitszeit und wurde das Angebot der Unternehmer mit kleiner Majorität angenommen. Aber die Landarbeit wurde eine sehr lange Debatte geführt. Zum Schluß einigte sich die Versammlung über einige Änderungsanträge. Hiernach wurde nun über die Lohnfrage der Baugelddarsteller beraten und folgende Resolution angenommen: „Das Angebot der Unternehmer, für dieses Jahr bei zehn Stundenlohn 50 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Lohn und für 1907 bei neun Stundenlohn 53 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Lohn zu zahlen, wird von der Versammlung unter folgenden Bedingungen akzeptiert: 1. Die Lohnfrage muß mit den Bauarbeitern geregelt sein. 2. Neben den Bedingungen muß in der Lohnfrage eine Einigkeit erzielt sein. Solange diese beiden Punkte nicht geregelt sind, wird die Annahme als Provisorium betrachtet.“ Nachdem nun einige interne Angelegenheiten besprochen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Honneburg. Eine Bauhandwerker-Versammlung tagte hier am 18. März im Restaurant „Zum Schwan“. Die Tagesordnung lautete: „Rend und Nutzen der Organisation“. Zu klaren, verständlichen Beispielen der Referent, Kollege R. Koch, zeigte in einem 1 $\frac{1}{2}$ stündigen Vortrag auf die entsetzlichen Mängel durch die heutige Gesellschaftsordnung und auf den Nutzen der Organisation gerade in dieser Bewegung, unter dem Zeichen des Hungerlohnkrisis stehenden Zeit. Hierin: Ferner appellierte er an die Anwesenden, sich an allen Gebieten der modernen Arbeiterbewegung eifrig zu beteiligen. Eine Resolution in dem Sinne, „bei irgend einem entscheidenden Kampf, gleich welcher Verursachung, selbstlos an den Parteibeträger und strenge Solidarität zu üben“, fand einstimmige Annahme. Der Besuch war gut, hätte aber viel besser sein können, auch von unseren Kollegen.

Neichenbach i. Schl. Am 15. März 1906 tagte hier eine öffentliche Maurer-Versammlung, zu der Kollege Möller aus Breslau erschienen war. Da die hiesigen Maurer dem Zweigverein Langenbielau angehören und hier eine eigene Zeitung nicht besteht, so erstattete Kollege Möller Bericht über die Verhandlungen mit dem Unternehmernbund für den Kreis Neichenbach. Die Kollegen waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und wünschten, daß auch hier in Neichenbach Lohn- und Arbeitszeit „so“ geregelt werden, wie

es in Langenbielau durch Vertrag geschehen ist. Im Laufe der Versammlung wurde noch mitgeteilt, daß verschiedene Kollegen eine Einladung von ihrem Unternehmer erhalten haben zu einer Besprechung über Lohn und Arbeitszeit für Freitag, den 16. März, Abends 8 Uhr im „Deutschen Kaiser“. Es wurde nun den betreffenden Kollegen der Auftrag erteilt, unbedingt für den Langenbielauer Vertrag einzutreten und Dienstag, den 20. März, in öffentlicher Versammlung über die Verhandlungen Bericht zu erstatten. Nach Schluß der Versammlung ließen sich einige Kollegen in den Verband aufnehmen.

Freitag, den 16. März, fand nun die schon angekündigte Versammlung statt, zu der sich die hiesigen Maurer- und Zimmermeister einige Maurer und Zimmerer sowie Poliere, ungefähr 25 bis 27 Mann, eingeladen hatten. Baumeister Förster eröffnete die Versammlung und erklärte, aus welchen Gründen die heutige Versammlung zusammen gekommen sei. Bekanntlich sei, so führte er aus, mit den Langenbielauer Maurern und Zimmerern ein Vertrag abgeschlossen, der die zehn Stundenlohn Arbeitszeit und einen Normallohn von 35 $\frac{1}{2}$ vorsehe. Die hiesigen Maurer würden wohl nicht zurückstehen wollen; aber er wolle doch auch die Meinung der Gesellen hören. Hauptächlich in Bezug auf die Arbeitszeit sei geteilte Ansicht vorhanden; die meisten wollten 11 Stunden arbeiten, andere 10 Stunden. Da wäre wohl ein Kompromiß das Beste, das jedem gerecht würde; es sei daher die 10 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit einzuführen. Hierauf wurde die Diskussion eröffnet. Baumeister Georg Klatt zeigte an der Hand einer Tabelle das Lohnverhältnis bei der 11, 10 $\frac{1}{2}$ und 10 Stundenlohn Arbeitszeit. Der Lohn sollte bei 11 Stunden 33 $\frac{1}{2}$, bei 10 $\frac{1}{2}$ Stunden 34 $\frac{1}{2}$ und bei 10 Stunden 35 $\frac{1}{2}$ betragen. Hierauf erhielt Kollege Hauptfleisch das Wort, der für die 10 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit und 35 $\frac{1}{2}$ Lohn pro Stunde eintrat und einen Vertrag empfahl, der von den beiderseitigen Organisationen abzuschießen sei. Damit waren die Meister nicht einverstanden. Sie brauchten keinen Parteipapier, der die Vereinbarungen überwachte. Diese Versammlung sei nur privat, die Organisationen hätten nichts dabei zu tun. Da die Mehrheit der hiesigen Maurer und Zimmerer nicht organisiert sei, könnte auch nicht mit den Organisationen ein Vertrag abgeschlossen werden. Als weiterer Redner erhielt das Wort Zimmerpolier Kaffera, der für 10 $\frac{1}{2}$ Stunden und 35 $\frac{1}{2}$ eintrat. Er führte aus, daß bei 10 $\frac{1}{2}$ stündiger Arbeitszeit und 35 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn keine großen Vorteile an Lohn zu verzeichnen seien; aber bei den teuren Lebensmittelpreisen wohl ein höherer Verdienst nötig wäre. Wir brauchten uns doch den Langenbielauern betreffs der Arbeitszeit nicht anzuschließen. Es wurde hierauf zur Abstimmung geschritten. Es stimmten 21 für und 4 gegen die zehn Stundenlohn Arbeitszeit und 35 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Die weiteren Punkte im Langenbielauer Vertrag kamen ebenfalls zur Abstimmung und wurden auch angenommen. Für Nacht-, Sonntag- und Feiertagsarbeiten wurde ein Zuschlag von 10 $\frac{1}{2}$ pro Stunde festgelegt. Ferner wurde auch die Leistungsfähigkeit der hiesigen Maurer kritisiert. Es wurde behauptet, daß in Mischheit auf den Lohn viel zu wenig Arbeit geleistet werde; die fremden Arbeiter schafften viel mehr. (Die fremden Maurer, die hier waren, bekamen voriges Jahr 80 $\frac{1}{2}$ pro Stunde.) Kollege Bruchler trat wieder die Verhandlungen entgegen und führte Beispiele dafür an, wie unbillig diese Behauptungen der Unternehmer sind. Hierauf folgte Schluß der Versammlung. Nach Verlesung des Protokolls wurde zur Unterschrift aufgefordert und betont, daß die heutigen Verhandlungen gedruckt und in den Baugeschäften und Bauhütten ausgehängt werden sollen. Die Vereinbarungen gelten bis zum 1. April 1907.

Aus Röhndorf bei Mühlberg erhalten wir eine Karte folgenden Inhalts:

„Weil Sie in Ihrer Verbandszeitung sogar den freizügigen Arbeiter rühmend das Wort reden, sehe ich und mehrere Verbandskollegen uns wirklich veranlaßt, Abdruck zu nehmen.“

Hochachtungsvoll.
R. Jankens u. Co.“

Auch wenn es sich hier wirklich um Verbandsmitglieder handeln sollte, meinen wir ihnen keine Ehre nach. Wir halten die Zurückdrängung des pfaffen Einflusses in Frankreich für einen Kulturfortschritt — auf den wir leider noch lange werden verzichten müssen — und werden das auch bei jeder passenden Gelegenheit freudig bekennen.

Rothau. Sonntags, den 17. März, tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des hiesigen Zweigvereins, die zahlreich besucht war. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Lohnfrage. Die Lohnkommission erstattete Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Das Ergebnis war, daß sich von den hiesigen drei Unternehmern zwei bereit erklärten, den vorgelegten Lohnantrag anzuerkennen, wenn der Punkt „Der Weg zur Arbeitsstelle bei Ueberlandarbeit rechnet zur Arbeitszeit“ gestrichen wird. Ferner wünschten beide Unternehmer den Punkt hinzuzufügen, daß sich die Arbeiter verpflichten, Arbeiten in eigener Regie nicht mehr zu übernehmen. Weiches wurde von der Versammlung anerkannt. Weiter wurden drei Mitglieder der Lohnkommission gewählt, die bei dem dritten Unternehmer vorzulegen werden sollen. Beim nächsten Punkt wurde beschlossen, am dritten Osterfeiertag ein Vergnügen zu veranstalten. Nachdem der Vorsitzende noch darauf hingewiesen hatte, daß es jetzt unsere Aufgabe ist, die uns noch fernstehenden 20 Kollegen der Organisation zuzuführen, wurde die Versammlung geschlossen.

Siegen. Die arbeitende Bevölkerung des Siegerlandes steht den großen Arbeiterfragen völlig indifferent gegenüber, dafür zeigt sie aber um so mehr zum Wortschatz, wozu sie durch allerlei Anlässe, die vom Klerus veranstaltet werden und durch die vom Klerus bestritten oder doch stark beeinflusst werden, systematisch erzogen wird. Eine Folge davon ist, daß die Arbeitszeit übermäßig lang ist, die Löhne aber sehr niedrig sind. Kein Wunder also, daß die Unternehmer hier in recht angenehmen Verhältnissen leben und die bedürftigsten, aufrechten Arbeiter in allen Tonarten preisen. Der riesige Aufschwung der Eisenindustrie in den letzten Jahren, die besonders im Siegerlande eine riesige Ausdehnung angenommen hat, ist sehr gewinnbringend für die Unternehmer; riesige Profite fließen ihre Taschen, während die Arbeiter nichts weiter davon haben, als höchstens eine verlängerte Arbeitszeit. Daß diese Verhältnisse auch auf unsere Verhältnisse und unsere Organisation von bedeutendem Einfluß sind, ist klar, obgleich hier nur sehr wenig Maurer anwesend sind. Die meisten Maurer kommen aus Hessen und Nassau, um hier im Sommer ihr Gewerbe auszuüben und im Winter wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Dennoch beugt sich die Tätigkeit

der Kollegen auf höchstens zehn Monate aus, während sie zwei bis drei Monate ohne Arbeit in ihrer Heimat zubringen. Man sollte nun glauben, daß die Maurer bestrebt wären, ihren Stundenlohn resp. Jahresverdienst möglichst hoch zu gestalten. Aber die Mißhandlung der Kollegen und ihre Konsumlosigkeit, die sich in dem bekannten Satz äußert: „Ich, es nützt ja doch nichts, wenn der eine nicht tut, find zehn andere da“, machten es bisher unmöglich, an eine Erhöhung der Löhne und an die Verkürzung der Arbeitszeit zu denken, weil eben die Kollegen nicht für die Organisation zu haben waren. Die Vorgänge in anderen Städten, besonders die Ausbreitung in Industriegebiet, haben nun auf die Anschauungen der Kollegen einen günstigen Einfluß ausgeübt, so daß heute eine größere Empfänglichkeit für die Fragen der Organisation bei ihnen vorhanden ist. Nun sind ja hier wie überall, wo die Tätigkeit des Verbandes erst anfängt, eine Menge Schwierigkeiten zu überwinden; besonders spielt die Lokalfrage eine Rolle. Aber das sind Dinge, die anderswo auch waren und überwunden wurden. Die Situation während der letzten Wochen hat uns gezeigt, daß auch hier vorwärts zu kommen ist, wenn man nur ernstlich will. Haben wir keine Lokale zu größeren Versammlungen zur Verfügung, so muß man eben in engeren Besprechungen Ausflügen in die Meilen der Kollegen tragen. Sind diese dann bestrebt, das Gehörte auf den Baustellen zu verbreiten, die geleseenen Exemplare des „Grundstein“ an indifferenten Kollegen weiterzugeben, dann werden wir auch hier im Siegerlande bald von einer starken Organisation reden dürfen. Wir werden dann auch die erbärmlichen Löhne verbessern, und die wahrhaft schandbaren Zustände auf den Baustellen (eine regelrechte Baubude ist hier eine so große Seltenheit wie ein zufriedener Unternehmer) beseitigen können. Die Zeitung des Zweigvereins erscheint nun alle Kollegen des Siegerlandes, Hand ans Werk zu legen und mit ihr dafür zu sorgen, daß wir in den Besitz sämtlicher Adressen der in hiesiger Gegend arbeitenden Kollegen gelangen. Es ist dies notwendig, weil viele davon auf den Werken und in Fabriken beschäftigt sind und somit nicht bei der Arbeit aufgefunden werden können. Zu bemerken ist noch, daß der Vorstand in letzter Zeit neu gewählt ist. Alle Anfragen usw. sind an den Kassierer Joh. Kessel, vorläufige Adressen: Siegen, Rosterstr. 4, zu richten. Also vorwärts, trotz alledem!

Schleiz. Hier wurde am 11. März eine Mitglieder-Versammlung abgehalten. Aus dem von dem Schriftführer verlesenen Protokoll einer Sitzung der Gewerkschaftskommission ist hauptsächlich hervorzuheben, daß beschlossen worden ist, von jedem Teilnehmer einen Beitrag von 5 $\frac{1}{2}$ pro Abend zur Deckung der Lokalität zu erheben. Durch den Kassierer wurden die Kollegen aufgefordert, doch den „Grundstein“ recht eifrig zu lesen. Zur Verbreitung der vom Vorstand herausgegebenen Flugblätter und zur Verbreitung von Hauszitation in den umliegenden Ortschaften am 25. März wurden einige Kollegen bestimmt. Fünf Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Hierauf hielt Genosse Langenrich einen Vortrag über: „Verbandsmittelverteilung und die Notwendigkeit der Organisation.“ Hierauf wurde beschlossen, den 1. Kassierer als Geschäftsführer einzusetzen, so daß alle An- und Abmeldungen bei diesem auszuführen sind. Die nächste Versammlung, in der Herr Schacht referieren wird, findet Sonntags, den 7. April, Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Unterlage 23, statt.

Schönebeck-Elbe. Sonntag, den 11. März, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Der Bauvorstand, Kollege Koch, hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Die Macht der Presse“. Er wies darauf hin, daß es immer noch Kollegen gebe, die es nicht für nötig halten, ein Arbeiterblatt zu lesen. Er ermahnte die Kollegen, doch nun endlich daran zu denken, ein Arbeiterblatt zu lesen und sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Wenn die Kollegen nicht daran dächten, sich der Arbeiterbewegung anzuschließen, würden die Unternehmer Mittel und Wege finden, um uns den Fuß in den Nacken zu legen und uns die Löhne bis auf äußerste herunterzuziehen. In „Verständnis“ wurde vom Vorsitzenden angeregt, auf jedem Bau einen tüchtigen Baubetruhten zu wählen, der empfangende Mithand den Vorstände zu unterbreiten habe. Die betreffenden Baubetruhten brauchen keine Furcht zu haben, daß sie auf Straßenpflaster geworfen würden; sie sollten daran denken, daß die große Masse der Kollegen ihnen stehe.

Tilfit. Am 18. März fand hier eine Demonstrations-Versammlung organisierter Maurer statt. Das Gewerkschaftshaus war bis auf den letzten Nagel gefüllt. Die Tagesordnung lautete: „Notwendigkeit und kultureller Wert der Arbeiterorganisation“. Kollege Wighar hielt hierzu das Referat. Er bestrich die langsame aber sichere Entwicklung der Organisation in den letzten fünfzig Jahren, beleuchtete auch das Handwerk im Mittelalter und in der Gegenwart. Den Hauptpunkt des Referats bildete die Schilderung des christlichen Verbandes, der mit Hilfe der Tilfiter Maurerpoliere und eines Herrn Schönekeß, zur Zeit in Königsberg i. Pr. als Sekretär der Streikbrecherorganisation tätig, zu stande gekommen ist und dem alle anwesenden Maurer beitreten sollten. Hierdurch würden die Kollegen so in Aufregung versetzt, daß die Versammlung in fünf Minuten aufgehoben war. Grund hierzu war, daß Genosse Ludwigkeit, Vertreter des hiesigen Gewerkschaftsartells, während der Versammlung den Saal nicht betreten durfte. Als der Sturm losbrach, wurde Genosse Ludwigkeit sofort aufgefordert, das Wort zu übernehmen. Weil die Aufregung unter den Kollegen zu groß war, triffen die Herren aus und hoben die Versammlung auf. Herr Schönekeß, ein noch sehr jugendlicher Herr, ließ bestreiten, daß seine Organisationen auf Gründung einer christlichen Maurerorganisation schwebten und reifte einfach ab. Zu Punkt 2: „Die Affordfrage“, wurde beschlossen, weil die Affordarbeit noch nicht aus der Welt zu schaffen ist, möglichst hohe Affordarbeit von den Meistern zu fordern. Hierauf wurde zu einer regeren Agitation für dieses Frühjahr ermächtigt. Ferner wurden noch einige Kollegen in den Verband aufgenommen. Der Vorstand ernannte noch die Kollegen, in diesem Jahre recht wachsam zu sein. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation und den Verband geschlossen.

Torgau. Dienstag, den 6. März, tagte hier die regelmäßige Mitglieder-Versammlung, die zu unserem Erstaunen polizeilich überwacht wurde. Deshalb dies geschieht, ist, bleibt für uns ein Rätsel. Wie wir erfahren, sollen nicht nur alle öffentlichen Versammlungen, sondern auch alle Mitglieder-Versammlungen mit der Entsendung eines Polizeibeamten besetzt werden. Nach unseren Mitteilungen streben wohl die Unternehmer dahinter, um zu erfahren, wer von den Kollegen sich

eröffnet, zu seinen Kollegen von besseren Löhnen zu sprechen. Nach Eröffnung verschiedener Punkte soll und muß der Zweigverein gespart werden. (Was, wenn es beim Sprengen nur nicht in die Luft geht, beim Herunterfallen können wir die Herren sonst wohl tot fallen!) Nun, Kollegen, ein Lohn von 27 bis 33 $\frac{1}{2}$ ist wohl nicht benutzend, das ist wohl jetzt schon mehr Hungerlohn. Torgau ist eine Militärlage, die im dritten Serbisrange steht; danach müßten wir einen Mindestlohn von 45 $\frac{1}{2}$ erhalten. Die Kollegen sollten deshalb ungelohnt aus Wert gehen und neue Mitglieder anwerben, damit wir ebenfalls vorwärts kommen. Die Tagesordnung der Versammlung lautete: 1. Berichtserstattung von der Gaukonferenz in Altdorf. 2. Wahl der Flugblattverbreiter. 3. Anträge. Nachdem Punkt 1 und 2 erledigt waren, entspann sich über Punkt 3 eine lebhafte Debatte, da Kollege Wendig im Namen anderer Kollegen den Antrag stellte, unsere Beiträge zur Hauptkassette zu erniedrigen. Der Antrag wurde vom Vorsitzenden zurückgewiesen mit der Begründung, daß noch einige Kollegen den Lohn von 35 $\frac{1}{2}$ erhalten. Außerdem müßten wir dahin streben, unseren Lohn wieder dahin zu bringen, daß wir hantengemäß 35 $\frac{1}{2}$ zahlen müßten. Schließlich wurde der Antrag bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt, um den Kollegen, die den Antrag gestellt haben, in der nächsten Versammlung Gelegenheit zu geben, sich darüber auszusprechen. Nach einer regen Diskussion über verschiedene Angelegenheiten erfolgte der nur schwach besuchte Versammlung. Nun, Kollegen, sorgt dafür, daß wir nicht wieder über schlechten Verhältnissen zu klagen haben. Verlaßt die Führer nicht im Kampfe, dann wird auch der Nutzen nicht ausbleiben.

Wansburg i. Schl. Mittwoch, den 21. März, tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Sperre über die Spiegelhütte. 2. Die Gaukonferenz und Wahl von zwei Delegierten dazu. 3. Unsere Lohnfrage. Kollege Fülle gab nochmals eine Uebersicht über die Entstehung und den Verlauf der Sperre. Diefelbe wurde über die Spiegelhütte verhängt, weil die Direktion der Spiegelhütte, die die Maurerarbeiten in eigener Regie ausführt, den dort beschäftigten Maurern den Lohn von 35 auf 29 $\frac{1}{2}$ reduzierte und auch nicht gelohnt war, den Maurern den höheren Lohn wieder zu zahlen, sondern sie auf den Sommer vertröschte. Mittlerweile wären aber die nötigen Arbeiten fertig geworden. Deshalb legten die Kollegen Mittwoch, den 21. Februar, die Arbeit nieder. In Betracht kamen 35 Kollegen; davon blieben fünf als „Arbeitswillige“ stehen; am anderen Tage gestellte sich noch der Kollege Paul Schwarzer und im Laufe der Woche noch ein Streikbrecher zu ihnen, so daß also die Zahl der Streikbrecher sieben betrug. Jedoch sind noch sieben Mann aus Bayern dazugekommen. Die Streikbrecher erhalten pro Tag 7 nebst Verpflegung und Logis; da aber diese 14 Mann zusammen die Arbeit in der Spiegelhütte nicht bewältigen können, so hat sich die Direktion genötigt gesehen, die Arbeit dem Maurermeister Jäger zu übertragen, und so darf man wohl hoffen, daß die Sperre in kurzer Zeit zu unseren Gunsten beendet sein wird. Kollege Fülle gab dann noch den Zweck der Gaukonferenz bekannt. Als Delegierte dazu wurden die Kollegen Fülle und Glaubig gewählt. In Bezug auf die Lohnfrage gab Kollege Fülle bekannt, daß die Meister sich bereit erklärt hätten, einen Vertrag mit uns abzuschließen. Mit einem Hoch auf das fernere Wohlfühlen und Gedeihen des Zweigvereins schloß Kollege Fülle die Versammlung.

Witzburg. Das „Frankische Volksblatt“ sendet uns folgende Mitteilung:

„Es ist unumwunden, daß das „Frankische Volksblatt“ im Aussehen begriffen ist und am Abonnentenstand nicht selbst. Im Gegenteil hat sich in den letzten drei Jahren der Abonnentenstand nahezu um das Vierfache erhöht.“

Da hat sich also ansehend unser Berichterstatter in Witzburg geteilt, als er das Gegenteil von dem behauptete, was die Mitteilung sagt. Wir halten diesen Irrtum für sehr entschuldigbar, fernerhin, man ansehend im „Volksblatt“ selber nicht genau weiß, wie es eigentlich damit steht. Die Mitteilung behauptet: Der Abonnentenstand habe sich in den letzten drei Jahren um das Vierfache erhöht; in der Zeit wieder einmal besonders frummen „Wagnererschaft“ aber ist eine Korrespondenz aus Witzburg, der unseres Gracians die Redaktion des „Volksblatt“ nicht sehr fern steht, darin wird behauptet, der Abonnentenstand dieses Blattes habe sich in vier Jahren um das Dreifache erhöht. Das ist ein ganz gewaltiger Unterschied. Man scheint in Witzburg bei der vergleichenden Darstellung der Abonnentenziffern ein allzu leicht abminderndes Verfahren eingeschlagen zu haben.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 18. bis 24. März sind folgende Beiträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Pankow M. 300, Alt-Glienick 200, Groß-Bichterfeld 200, Friedrichshagen 200, Alt-Biesitz 200, Groß-Schönebeck 160, Meiersburg 150, Altdamm 150, Hermsdorf 100, Saarnow 100, Greifhagen 80, Summa M. 1830.

Zufüsse erhielten: Scharnbeck M. 300, Büdewitz 200, Neu-Saarnow 150, Schindl 100, Mitten 100, Gölitz 100, Driesen 100, Mühlen (Oberlahnsteine) 80, Torgelow 75, Langendörfer 75, Heideberg 50, Wölffen 50, Eggenstedt 55, Summa M. 1445.

Altdorf, den 28. März 1906.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bereich bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Aufzählung der Beteiligten und der verursachten Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsangelegenheiten.)

Berlin. Ein schweres Baumunglück hat sich Freitag Nachmittag, den 23. März, in Tempelhof ereignet. Der vom Maurermeister Baugarten in der Moltkestraße

geführte Neubau war ziemlich zur Rohbauabnahme fertig. Ein Schornsteinfegermeister war mit zwei Gesellen damit beschäftigt, die Mauer der Schornsteine in Ordnung zu bringen. Als die drei Personen auf dem zum Boden führenden dieser Mauer durch, durchging die übrigen Mauer bis zum Keller und sich zwei Leute mit sich in die Tiefe. Auf dem Gerüst hin eilen die Arbeiter des Nachbarhauses hinzu, um die Verunglückten zu befreien und brachten dann dieselben in das in der Nähe befindliche Garnisonlazarett, wo die Ärzte schwere innere und äußere Verletzungen konstatierten. Der Name des verletzten Meisters ist unbekannt, der des Gesellen ist nicht bekannt. Der dritte mit auf dem Gerüst verunglückte Geselle konnte sich noch schnell irgendwo festhalten, bis er von den hilfsbereiten Arbeitern befreit wurde. Wen die Schuld an diesem Unglück trifft, muß erst noch genau festgestellt werden.

Bahrenz. Am 19. März ereignete sich bei den Ausschachtungsarbeiten am unteren Kanalbau ein Unfall, wodurch zwei Bauarbeiter so schwer verletzt wurden, daß man an ihrem Auskommen zweifelt.

Chemnitz. Wie Baumfälle entstehen und Menschenleben dabei zu Grunde gehen, beweist der Baumfall am Neubau des Unternehmens Kraus, Gravelothstraße. Am Dienstag Nachmittag waren der Landarbeiter Karl August Mauersberger und eine Arbeiterin an der Kalkofe, die nur 1 bis 1½ m vom Außengerüst entfernt war, beschäftigt, als plötzlich in der fünften Stunde ein 2,50 m langer Schuttfelg von dem vier Stock hohen Gerüst herunterfiel und der Mauersberger so unglücklich auf den Kopf traf, daß er bewußtlos zusammenbrach. Auf Anordnung eines herbeigerufenen Arztes wurde der Verletzte mittels Krankenwagens ins Krankenhaus gebracht, wo er infolge der erlittenen Gehirnerschütterung in der Nacht zum Mittwoch starb. Es wird hierzu berichtet, daß das heruntergefallene Pfostenstück vom Wind nach und nach aus seiner früheren Lage gerückt war, bis es seinen Fall fand und herunterfiel. Am das zu verhindern, wäre es äußerst notwendig gewesen, daß öfter das Gerüst vom Unternehmer oder vom Beauftragten kontrolliert wurde, im weiteren ist es ja auch Aufgabe der städtischen Baukontrolleure sowie der Berufsgenossenschaft, daß diese die Gerüste bezüglich der Sicherheit beaufsichtigen, damit Unfälle verhindert werden können. Das scheint aber in Chemnitz wenig der Fall zu sein, sonst müßten die dort kontrollierenden Beamten gesehen haben, daß bei diesem Neubau das Gerüst bis zur Hälfte nur mit Stützbalken versehen ist. Es ist auch äußerst gefährlich, wenn mehrere Stützbalken, noch dazu am Außengerüst, im vierten Stockwerk aufeinandergeklappt werden, wie dies an dieser Arbeitsstelle zu beobachten ist. Vielfach findet man bei Bauten, daß die Kalkofen vom Neubau nicht genügend entfernt sind und die daran Arbeitenden der Gefahr ausgesetzt sind, von den herunterfallenden Stützbalken oder Mauerbrocken, was sehr oft vorkommt, verletzt zu werden. Es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß diese Mißstände nur dann beseitigt werden, wenn praktisch gelehrte Bauarbeiter den technisch gebildeten Baukontrolleuren zur Seite gestellt werden.

Forst i. d. S. Sonnabend, den 17. März, stürzte der Kollege Winkler aus Kassa bei Triebitz beim Kappenholzen in den Keller und zog sich schwere Verletzungen zu. Der Verunglückte mußte nach Cottbus in die Klinik geschafft werden. Ein zweites Unglück ereignete sich Sonnabend, den 24. März, am Neubau Ecke der Insel- und Heinrichstraße. Hier stürzte ein Gerüst in der dritten Etage, das man gerade mit Steinen beladen hatte, in sich zusammen und rief vier Arbeiter und einen Bauarbeiter in die Tiefe. Es erlitten schwere Verletzungen. Der Einsturz des Gerüsts wurde dadurch herbeigeführt, daß man leichtsinigweise einen Mensbaum, der als Hauptträger des Gerüsts diente auf einen mit nassem Steinem zugeworfenen Bogen gelegt hatte, der die Last nicht zu tragen vermochte. Am dem Bau werden meistens nichtgenügend versicherte Arbeiter beschäftigt, doch gehören drei der Verletzten der Organisation an. Der Bau wird von dem Unternehmer Gras ausgeführt.

Submissionslisten. Bei den Submissionen der Eisenbahnabteilung in G. R. L. für Erd- und Maurerarbeiten zum neuen Rangierbahnhof bei Görlitz wurden unter anderen folgende Offerten abgegeben: Submission vom 17. März, Ros. II. Firma: Rudolf-Wiegand Schachtel: M. 657 951. Firma: Gebrüder Witt-Breslau Mindestgebot: M. 346 727,50; Unterbietet: M. 311 233,50. Submission vom 20. März, Ros. I. Firma: Niedermeyer & Co. G. R. L. L. Mindestgebot: M. 355 208. Firma: Wiltz, Bau-Verlin Mindestgebot: M. 235 455; Unterbietet: M. 119 751.

***Voraussetzung vor Gericht.** Bei dem Umbau der alten hölzernen Chybinabridge in Posen ereignete sich am 4. August 1904, Nachm. 4 Uhr, ein schweres Unglück, durch das der Bauarbeiter O. Grausitz zu Tode kam und die Arbeiter Knoll, Matyschewski und Stenegerwitsch verletzt wurden. Die Sache hatte am 20. März vor der Strafkammer in Posen ihr Nachspiel: Die Bauarbeiten an der Chybinabridge waren von der Landesbaupräsidenten der Stadt- und Tiefbau-Ministerei in Posen, die auch den Größtbauplan als Referenzschloße in Posen aufstellt, überwiesen worden. Leiter der Bauhilfe für Posen war damals der Baumeister Eduard Baranowski aus Posen, der mit drei Submittenten zu jener Zeit acht Neubauten zu leiten hatte. Am dem Unfalltag war B. in Grätz, wo er den Bau des Kreislandhauses beaufsichtigte. Doch wird er beschuldigt, auf Grund seiner Anordnungen als Bauleiter der Chybinabridge, durch Fahrlässigkeit den Tod des Gr. und die Körperverletzungen der anderen drei Arbeiter verschuldet zu haben. Er hatte sich deshalb vor der zweiten Strafkammer zu verantworten. Baranowski bestritt jede Schuld, indem er behauptete, daß der Maurerpolier Schlawitz, der am Unfalltag die Bauarbeiten an der Brücke in seiner Abwesenheit leitete, von ihm nicht ernannt und auch nicht mit der Bauleitung beauftragt worden sei. Der Neubau der Chybinabridge wurde Anfang Juni 1904 in Angriff genommen. Später wurde durch den damaligen Maurerpolier Kallinowski auf dem Hallengerüst der alten Chybinabridge eine Holzbrücke errichtet, die aber nur für Fußgänger bestimmt war. Kallinowski als Zeuge sagte aus, daß diese Holzbrücke so schwach gebaut war, daß sie unter der Last von zwei beladenen Lokomotiven zusammenbrechen mußten. Als aber Kall. als Bauleiter durch Schlawitz und Lichter als Bauleiter durch den Angeklagten ersetzt war, geschah unter der neuen Leitung das folgenschwere Unglück. B. hatte nämlich angeordnet, daß auf der schwachen Holzbrücke noch Schienen gelegt werden sollten, damit nach dem Hierauf von Schlawitz zu belegenden Ufer in Lokomotiv Erdboden vom Dampfer transportiert und dort aufgeschüttet werden könne. Als nun drei Lokomotiven hintereinander von Arbeitern über die Brücke gefahren wurden, wobei eine Lokomotive auf die andere prallte, brach ein Längsbalken, die Lokomotive um und stürzte, einen Teil der Brücke mitreißend, ins Wasser. Der 34jährige Arbeiter Grausitz war durch den Sturz so schwer verletzt worden, daß er zehn Minuten nach dem Unfall bereits verstarb; die anderen drei Verunglückten waren teilweise heilungslos. Sie kamen einige Wochen ins Lazarett, haben aber keinen dauernden Schaden davongetragen. Andere, die sich auf der Brücke befanden, unter ihnen Schlawitz, retteten sich durch Anklammern an Gitterstäbe oder rechtzeitiges Ueberpringen auf das Ufer. Als Sachverständige gaben Regierungsbaumeister und Geh. Baumeister Sirt die Gutachten ab. Danach wurde das Gewicht einer beladenen Lokomotive auf 23 Zentner angegeben, so daß diese Mehrbelastung in Verbindung mit dem Zusammenprallen eine Katastrophe herbeiführen mußte. Ein Mann von der Qualifikation des Schlawitz hätte die gefährliche Situation nicht beurteilen können, das wäre die Aufgabe des Angeklagten der sachverständigen Lösung für schuldig und beantragte mit Rücksicht darauf, daß er als Leiter von acht Bauten eine übergroße Verantwortung auf sich geladen habe, eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Das Gericht maß dem Angeklagten die Schuld an dem Unfall zu, weil er die Brücke zu schwach konstruiert hätte; es verurteilte B. mit Rücksicht darauf, daß er noch nicht vorbestraft ist, nur zu einem Monat Gefängnis.

Aus anderen Berufen.

Der Eisenarbeiterverband hielt vom 26. Februar bis 2. März in Stettin seinen neunten Verbandstag ab. Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1905 17 716 Mitglieder. Bei der Eigenartigkeit des Berufs, besonders im Hinblick auf die unregelmäßige Beschäftigung, ist der Mitgliederwechsel außerordentlich groß. So wurden in den Jahren 1904 und 1905 17 848 Eintrittskarten verkauft, während der Verband nur einen Mitgliederzuwachs von 1482 aufwies; mithin sind in dieser Periode 18 866 Mitglieder wieder ausgeschieden. Die Mitgliedschaften verteilen sich auf 50 Ortsfaktionen. Der Verband hat fünf beauftragte Bezirksleiter angestellt, die für den ihnen überwiesenen Bezirk die Agitation für den Verband zu leiten haben. In der zweijährigen Berichtsperiode 1904 und 1905 befaßte sich die Einmache der Hauptkassette auf M. 657 199,95. Der Kassenbestand beträgt am Schluß des Jahres 1905 M. 38 092,96. Unter den Ausgaben figurieren für Streiks und Aussperrungen M. 213 928,05, Krankengeld M. 64 133,53, Sterbegeld M. 18 880, Unterstützung für Gemüthliche und in Notfällen M. 11 912,65, Nachschuß und Gerichtskosten M. 6627,26. Auf dem Verbandstage machte sich eine starke Stimmung für eine Verschmelzung der übrigen vom Verste nachstehenden Verbände geltend, während von einigen Rednern der Zeitpunkt als verfrüht erachtet wurde. Es kommen hier zunächst der Verband der Seelente, der Verband der Eisenbahner und der Handels- und Transportarbeiterverband in Betracht, deren Vertreter gleichfalls ihre Bereitwilligkeit bekundeten, den Zusammenschluß der Verbände zu fördern. Um eine engere Fühlung unter den beteiligten Organisationen herbeizuführen, wurde ein Kartellvertrag vereinbart, dem außer den genannten Organisationen auch der Verband der Eisenbahner und der Verband der Maschinen- und Feilerbeitenden. Das Verbandsorgan, „Der Eisenarbeiter“, wird nach einem Beschluß des Verbandstages nicht mehr vierteljährig, sondern achtwöchentlich erscheinen. In der Stellungnahme zu den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses fand folgende Resolution gegen zwei Stimmen Annahme: „Da das Für und Wider der Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses an allen Orten Deutschlands in ausgiebiger Weise erörtert worden ist, verzichtet der Verbandstag auf eine Diskussion. Grundsätzlich werden die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses von den Delegierten anerkannt.“ Die Beitragsleistung wurde dahin geändert, daß an Stelle der 39 Wochenbeiträge künftig 44 pro Jahr zu entrichten sind. In das Streitreglement wurden einige Bestimmungen neu aufgenommen. Die Streifenunterstützung wird auf M. 12 festgesetzt. Für die ersten drei Tage wird eine Unterstützung nicht gewährt. Ueberschreiten die Kosten des Streiks M. 20 000, so hat jedes Mitglied einen Extrabeitrag von 50 $\frac{1}{2}$ zu leisten; dieser Extrabeitrag wiederholt sich bei jedesmaliger Erhöhung der Streifenkosten um M. 20 000. Bei einem Streik der Innenschiefer soll den Streikenden die Minderkeits in die Heimat bezügelt werden. Jedoch müssen die Innenschiefer so lange den Streikort meiden, bis die Leitung die Minderkeits gestattet. Für den Hauptvorstand wurden die alten Beamten wiedergewählt.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Eith Braun (Verlag: Berlin W. 16. Preis für das Einzelheft 10 $\frac{1}{2}$ pro Monat 40 $\frac{1}{2}$, pro Vierteljahr M. 1,20. Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist schon das 13. Heft des 2. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ernst Reinhardt: Die kleinste Gewerkschaftsgesellschaft. — Eith Braun: Bürgerliche Sozialreformer und ihre Schleppepette.

Ein neues Werk von Karl Marx über sozialökonomische Theorien ist für unsere ganze Partei ein hochinteressantes Ereignis, auch wenn es theoretisch und theoretische Untersuchungen enthält, deren Studium nur der kleine Kreis derer, die mit den drei Bänden des „Kapital“ gründlich vertraut sind, gewachsen ist. Erweitert der Inhalt auch nicht die theo-

tischen Grundlagen unserer Bewegung, so erklärt, vertieft und füllt er dieselben doch beträchtlich.

Wir sprechen von dem kürzlich im Diehl'schen Verlag erschienenen zweiten Band „**Theorien über den Mehrwert**“ von Karl Marx, in zwei schon ausgeschatteten Bänden der Internationalen Bibliothek Nr. 86 und 87.

Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ hat Genosse Kaunisch das Material mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und sachverständiger Zweckdienlichkeit gesichtet und zu einem organischen Aufbau zusammengestellt und herausgegeben. Aus seiner Vorrede läßt sich erkennen, welche Mühen und Überwindung von Schwierigkeiten das erfordert hat. Als wissenschaftlich bedeutende Ergänzung und Kommentierung namentlich des dritten Bandes „Kapital“ charakterisiert der Herausgeber das neu erschienene Werk und sagt, es sei jedem, der die drei Bände „Kapital“ schon kennt, aufs dringende zu raten, sie durch dasselbe zu ergänzen. Nur auf diese Weise werde es ihm möglich sein, den Gedankeninhalt des „Kapital“ aufs tiefste auszuschnüpfen.

Abrechnung des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands für das vierte Quartal 1905.

Einnahme in den Zweigvereinen.

Vom 3. Quartal 1905 am Orte verbleibende Hauptkassengelder	M. 8791,49
Eintrittsgelder	6395,50
Wöchentliche Beiträge	714470,70
Sonstige Einnahmen für die Hauptkasse	977,82
Zufluß aus der Hauptkasse:	
a) Rechtschutz, Genussegelien, Reise-, Kranken- und Sterbeunterstützung	3098,86
b) Streiks und Baupersonen	43375,24
Summa	M. 772109,61

Ausgabe in den Zweigvereinen.

An die Hauptkasse eingekandt	441279,52
Für Streiks und Baupersonen	78052,72
Reiseunterstützung im Winter	2542,85
Reiseunterstützung an Streikende	286,60
Rechtschutz	17074,75
Genussegelienunterstützung usw.	3405,30
Unterstützung in Krankheitsfällen an Mitglieder	28081,09
Unterstützung in Sterbefällen an Mitglieder und deren Frauen	16684,85
Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgeldern	176794,28
Hauptkassengelder am Orte behalten	5028,60
Verluste in den Zweigvereinen	2879,05
Summa	M. 772109,61

Einnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand vom 30. September 1905	M. 11054,78
Von Einzelmitgliedern bei der Hauptkasse	108,76
Für Kalender pro 1906	118,50
1906	12912,50
„ das Buch „Arbeit und Kultur“	8524,80
„ Protokolle vom 8. Verbandstage in Braunschweig 1905	2299,-
„ Mitgliedsbücher-Futurale	1267,10
„ Bauarbeiter-Zeitung	85,25
„ Broschüre „Das Maurergewerbe in der Statistik“	71,50
„ Die Geschichte der deutschen Maurerbewegung	32,50
„ das Buch „Monarchie oder Republik“	10,40
„ „Grundstein“ -Einbanddecken usw.	99,20
„ alte Broschüren	5,25
Von den Zweigvereinen an die Hauptkasse eingekandt	441279,52
Von hiesiger der Streikunterstützung zurückgekandt	1417,36
Zurückgegebene Kapitalien	5000,-
An Zinsen belegter Kapitalien	41780,41
Summa	M. 526896,82

Ausgabe in der Hauptkasse.

Für das Fachorgan „Der Grundstein“	M. 42815,20
„ die Zeitung „L'Operaio-Italiano“	216,55
„ „Oswiata“	389,10
„ „Stavebnik“	314,40
„ Agitation: a) an die Gauborstände	29243,09
„ b) für sonstige Agitation	2173,97
„ Delegation zu Konferenzen usw.	289,40
Zufluß an Zweigvereine:	
a) Rechtschutz, Genussegelien, Kranken-, Sterbe- und Reiseunterstützung	3098,86
b) Streiks und Baupersonen	43375,24
„ verschiedene Reisen zwecks Streikunterstützung	8091,51
„ die ausgescherten Beiträge für den Winter	1000,-
„ Rechtschutz für den Vorstand	80,75
„ Quartalsbeitrag an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands pro 3. Quartal 1905	8007,76
„ Beitrag an die Bauarbeiter-Kassensammlung	1011,55
„ eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes und Ausschusses in Hamburg	652,74
„ 10 000 Bücher „Arbeit und Kultur“	11880,40
„ 2600 Kalender (Druck, Einband, Fracht und Versand)	1281,76
„ 10 000 Statuten in italienischer Sprache	428,10
„ 20 000 kleine Schriften „An den Einzelnen“	82,20
„ 5500 Mitgliedsbücher-Futurale	412,50
„ 220 „Grundstein“-Einbanddecken	198,-
„ Bücher „Monarchie oder Republik“	10,40
„ Ergänzung der Verbandsbibliothek	8,60
„ sachliche Verwaltung:	
a) Mitgliedsbücher	1298,-
b) 8500 Vorwissenverzeichnis	406,50
c) sonstige Druckarbeiten	502,-
d) 88 große Mitgliederverzeichnis	98,-

a) sonstige Buchbinderarbeiten	M. 169,25
b) 1 140 000 Eintragskarten	691,-
c) Schreibmaterial	453,45
d) Stempel und Zuschuß	110,20
e) Bureauinhalte, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	761,16
f) Renovierung des neuen Bureaus	627,35
g) bauliche Veränderungen im neuen Bureau	4849,51
h) neue Schränke, Möbel und Schreibpulte	1072,60
i) Heizungsabonnement und Dringergeld	38,47
j) Porto	
197 Pakete	M. 98,80
4644 Kreuzbandendungen	282,18
Dreisporto, Doppel- und	
Geldsendungen	630,34
Beitrag	140,20
Summa	1151,52

persönliche Verwaltung:	
a) Beamtengehälter	5355,-
b) Zuschüsse im Bureau	659,15
c) Verkleidung des Vorstandes	101,04
d) Revision	53,40
e) Verwaltung des Ausschusses	100,-
f) Manuskript an den Kassierer pro 1905	210,-
Der Kassierer belegt mit Zinsen pro 1905	350880,54
Summa	M. 512645,12

Einnahme	M. 526896,82
Ausgabe	512645,12
Kassenbestand	M. 13251,70

Hamburg, 25. März 1906.

J. Küster, Kassierer.

Vorstehender Rechnungsablaß ist von uns revidiert, mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden.

W. H. W. R. S. Hamburg.

H. M. A. S. Hamburg.

Zur Beachtung!

Die Abrechnungsformulare für das 1. Quartal d. J., nebst dem neuen Adressenverzeichnis, sind an die örtlichen Verwaltungen versandt; sollten sie in einer Verwaltungsstelle noch nicht angekommen sein, so ersuchen wir um sofortige Benachrichtigung.

Der Vorstand.

Briefkasten.

Beckhensfeld, Fr. B. Ihnen war es wohl hauptsächlich nur um den Abdruck des einen, von Ihnen zitierten Satzes zu tun, weil Sie ihn so besonders hervorheben. Wir haben die Aufnahme aber nicht wegen dieses einen Satzes abgelehnt, sondern deshalb, weil der Bericht im allgemeinen kein Interesse bot. Wäre darin eine Kritik der Konferenzbeschlüsse enthalten gewesen, so wäre sein Abdruck sicherlich erfolgt, wie dies ja auch schon mit anderen Berichten, die eine Kritik brachten, geschehen ist. Korrigieren können wir einen Bericht wohl, aber wir können doch nichts in ihn hineinschreiben, als was auch wirklich in der Versammlung gesprochen oder beschlossen worden ist. Oder sollten wir Ihnen zu lieb, weil Sie gegen einzelne Personen vorgekommen zu sein scheinen, recht tüchtig auf den Gauborstand lospacken?

Wittenberg, R. G. Eine Beschwerde wird keinen Erfolg haben, da die Paß der Marken, die gestellt sein müssen, gesetzlich vorgeschrieben ist.

Demmin, S. W. Eine solche Aufforderung können wir an die Berliner Komitees nicht richten. Das müssen Sie schriftlich dem Zweigvereinsvorstand in Berlin mitteilen. Der wird dann wohl in Ihrem Sinne wirken.

Bayreuth, S. Ihre Andeutung, als ob die norddeutschen Zweigvereine in der Aufnahme von Berichten bedrängt würden, ist so abgemildert, daß wir es uns versagen müssen, darauf etwas zu erwidern. Schreiben Sie nur ordentliche Berichte, dann werden sie auch veröffentlicht.

Salzstadt, W. B. Nur im Falle von Maßregelung, wenn es vom Zweigvereinsvorstand beantragt wird.

Rheide, J. D. Versammlungsanzeigen werden nur einmal veröffentlicht.

Gardelegen, G. B. Soeben hat der Vorstand ein neues Adressenverzeichnis herstellen lassen, und nun kommen Sie schon wieder mit einer Änderung. Sieß sich das denn gar nicht vorher bewußt?

Schneidig. Sie haben weder Namen noch Sterbetag des verstorbenen Mitglieds angegeben, wir konnten ihn darum auch nicht in der Sterbetafel bringen.

Anzeigen.

Berlin.

Das Bureau der Mutter befindet sich vom 1. April ab Sophienstr. 6, Durchgang 7. Alle Sendungen sind an Aug. Keipin zu senden. [M. 1,50]

Gardelegen.

Vorstand des Zweigvereins in Fritz Richter, Briefkasten Nr. 217. Der Kassierer Emil Brückmann wohnt Dörfstraße Nr. 72. [M. 1,50] Der Vorstand.

Das Bureau der Ritziger Maurer befindet sich vom 1. April an im „Volkshaus“, Zetzerstraße 32, 1. Et., Zimmer 1. [90 4]

Aufforderung.

Kollege Walter Albert Hoffmann, aus Steinfisch 5. Eilenach, wird ersucht, zwecks Größtangelegenheiten seine Adresse seinem Bruder anzugeben. [M. 1,50]

Kollegen, welchen der Aufenthalt des Kollegen Adolf Kötter, Verb.-Nr. 71 688, bekannt ist, werden gebeten, mir umgehend dessen Adresse mitzuteilen. [M. 1,20] Kassierer M. Elsmann, Amalienstr. 19, H., pt., Weimar.

Alwin Mann, geb. am 16. November 1883 in Hefring, Verb.-Nr. 195 184, wird ersucht, seine Adresse sofort an seine Eltern gelangen zu lassen. [M. 1,20]

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileid in A.)

Bahn. Am 21. März verstarb unser treues Verbandsmitglied, Kollege August Radtke im Alter von beinahe 60 Jahren an Magenkrebs.

Berlin. Am 17. März verstarb unser Mitglied Julius Glenz, 52 Jahre alt. — Section der Heger. Am 17. März verstarb unser Mitglied Fritz Ortel im Alter von 58 Jahren an Nierenerkrankung.

Cöln a. Rh. Am 14. März verstarb unser Verbandsmitglied Joseph Bürger im Alter von 63 Jahren an Halskrebs.

Dresden. Am 19. März verstarb nach langem Leiden unser Verbandsmitglied, der Kollege Johann Friedrich im Alter von 48 Jahren an Magenkrebs.

Dresden. Am 20. März verstarb nach langer Krankheit unser Verbandsmitglied Franz Teske aus Vordam im Alter von 38 Jahren an Brustleiden.

Friedland (Bez. Preuss.). Am 19. März verstarb unser Mitglied Ernst Hiltmann durch Unfallsfall.

Gießen. Am 12. März verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied August Noack im Alter von 61 Jahren.

Hagenberg-Schau. Am 20. März verstarb unser treues Verbandsmitglied Christian Habekost im Alter von 70 Jahren an Altersschwäche.

München. Am 3. März verstarb im Alter von 83 Jahren unser treues Mitglied Michael Fent an Lungenleiden. — Am 7. März verstarb im Alter von 84 Jahren unser treues Mitglied Jakob Mändl an Lungenleiden. — Am 14. März verstarb im Alter von 66 Jahren unser treues Mitglied Sebastian Brändl an Schenkelleiden. — Am 20. März verstarb im Alter von 36 Jahren unser treues Mitglied Xaver Fischer an Lungenleiden.

Oldenburg i. Gr. Am 28. März verstarb unser Verbandsmitglied Kollege Karl Kramland im Alter von 50 Jahren an Albin.

Schöneberg a. d. Weichsel. Am 17. März verstarb unser treues Mitglied Ferdinand Porsch im Alter von 55 Jahren an Magenkrebs.

Zeuthenreuth. (Veröffentlichung.) Der in Nr. 11 des „Grundstein“ als verstorben gemeldete Kollege heißt nicht Egr. Stöber, sondern Karl Knoblauch.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Samstag, den 1. April.

Hamburg. (Bemerkung: der Runkelnerbeiter.) Nachm. 2 Uhr bei Wohnplatz. Remont des Sektionsvorstandes. Nachm. 2½ Uhr bei Runkelner. Mitglieder, die noch mit den Beileid, tragen im Rückhause, müssen ihre Bücher mitbringen.

Lettsch. Nachm. 3 Uhr bei Neigel.

Rheide. Nachm. 4 Uhr bei Pölsch, Friedenstrasse.

Wittstock. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal.

Dienstag, den 3. April.

Itzehoe. Bei F. Reich.

Neusalz. Abends 6 Uhr im „Deutschen Kaiser“.

Torgau. Abends 6 Uhr im Vereinslokal.

Mittwoch, den 4. April.

Berlin. Bei Ostern 1. Abends 9½ Uhr in der „Königsbau“, Gr. Frankfurterstr. 117. Z.O.: 1. Vertretung der Lebensmittel durch die Adre und die Konsumvereine. 2. Abrechnung vom Wochenball. — Gruppe Magdeburger. Abends 8 Uhr bei Jannasch, Julestr. 10. Z.O.: 1. Vortrag. 2. Bericht.

Guben. Abends 9½ Uhr im Vereinslokal.

Wittenberg. Abends 6 Uhr.

Donnerstag, den 5. April.

Glogau. Abends 9½ Uhr im „Ratgeber“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Gossen. Abends 6 Uhr im Vereinslokal.

Samstag, den 7. April.

Schleiz. Abends 6 Uhr im Gewerkschaftslokal, Wartengasse 25.

Neudamm. Nachm. 9½ Uhr im Hotel „Kaiserhof“. Wichtige Tagesordnung.

Vandsburg. Abends 7 Uhr im Restaurant Dohse. Z.O.: Abrechnung vom 1. Quartal. Bericht.

Samstag, den 8. April.

Hohenmölsen. Nachm. 3 Uhr. Die Mitglieder des Zweigvereins Zeuthen sind anwesend.

Ohlau. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zur Stadt Oels“.

Roth am Sand. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Würzburg. Im Vereinslokal „Waltersgitter“.

Öffentliche Maurerversammlungen.

Samstag, den 1. April.

Roth am Sand. Nachm. 3 Uhr bei Stephan Reimold.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Samstag, den 8. April.

Neu-Ruppin. Nachm. 1½ Uhr bei Diermar, Wehmer-Gasse. Z.O.: Abrechnung vom 1. Quartal. Bericht.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.